Nr. 14. 20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 17. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Aufforderung.

Bei unsrer Geschäftsstelle liegen zur Abholung

Sechzig Mark

welche am 13. Januar 1903 im Café Schiller an unsren Redaktionsboten **für Treubruch und für Verrat von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei** gezahlt wurden.

Der Auszahler kann dieselben gegen Quittung nach Ausweis der Identität seiner Persönlichkeit bei unsrer Geschäftsstelle, Lindenstr. 69, 2. Hof II, abholen.

Redaktion des „Vorwärts".

Syndikate und Arbeitslöhne.

In der „National-Zeitung" veröffentlichte vor einiger Zeit der frühere Unterstaatssekretär und jetzige Kurator der Bonner Universität Dr. v. Rottenburg einen längeren Artikel über „Kartelle und Trusts", in welchem er den Nachweis zu erbringen suchte, daß die Kartellierung, wie sie sich unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen entwickelt habe, nicht nur zur Preistreiberei und zur Verschärfung der Vermögensungleichheiten führe, sondern auch die Stellung des Arbeiters als Arbeitsvertragschließers verschlechtere. Unter andrem führte Dr. v. Rottenburg aus:

„Fast ein Jahrhundert lang ist die individualistische Schule in Bezug auf den Arbeiter der Meinung gewesen, er sei bei der Verdingung seiner Arbeitskraft vor jedem Zwange gesichert, da es ihm freistehe, wenn die Bedingungen des einen Arbeitgebers ihn nicht befriedigten, sich an einen andern zu wenden. Schon unter der Herrschaft der freien Konkurrenz war diese Behauptung nicht ausnahmslos zutreffend; sie wird immer unwahrer, je mehr die Individualbetriebe aus der Industrie verschwinden. Wo Trusts bestehen, fehlt es an jeder Konkurrenz unter den Arbeitgebern gegenüber den Arbeitnehmern; in der Hand der ersteren liegt es, die Bedingungen des Arbeitsvertrages zu diktieren. Daß es sich auch hier nicht um eine Gefahr handelt, welche lediglich in der Vorstellung ängstlicher Gemüter besteht, zeigt wiederum die Geschichte. Ich kann hier aus dem reichen historischen Beweismaterial nur zwei Fälle anführen. So lange die Kohlenschätze im Loirebecken und in Anzin von 63 bezw. 10 Konzessionären ausgebeutet wurden, betrug der Arbeitslohn der Kohlenarbeiter im Durchschnitt 3 Frank; 1845 gelang es, sieben Achtel der für die Loire erteilten Konzessionen in der Hand der Compagnie des mines de la Loire zu vereinigen; in Anzin trat eine Fusion sämtlicher Konzessionen ein. Die unmittelbare Folge dieser Monopolisierungen war, daß der Lohn sank, in Anzin fast um 50 Prozent, auf 1 Frank 55 Centimes."

Der Artikel war der kartellfreundlichen Presse, die sich seit einiger Zeit bemüht, die Nützlichkeit der Kartelle auch für die Arbeiter nachzuweisen, wie einzelne ihrer spöttischen Auslassungen deutlich beweisen, recht unangenehm; doch schwieg damals das offizielle Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, die „Deutsche Industrie-Zeitung", obgleich Dr. von Rottenburg wegen seiner früheren Thätigkeit als Unterstaatssekretär zu den besiegbaßten Gegnern des Centralverbandes gehört, und dessen Tintenkuli sich nicht gern einen Anlaß entgehen lassen, dem „Socialmoralisten" am Zeuge zu flicken. In ihrer soeben erschienenen letzten Nummer holt die „Industrie-Zeitung" dieses Versäumnis nach und zwar ist es der Special-Ober-Offiziosus des Verbandes, Dr. Alexander Tille, dem der Auftrag zugefallen ist, Dr. von Rottenburg abzufertigen. Wie es nach manchen Polemiken der letzten Zeit scheint, muß Herrn Alexander Tilles journalistische Begabung immer dann herhalten, wenn es sich um schriftstellerische Leistungen handelt, die weniger Verstand als Unverfrorenheit erfordern und die Herr Bueck und Herr Steinmann-Bucher nicht gern übernehmen.

Herr Tille beschränkt sich in Abwehr des Rottenburgschen Artikels, darauf hinzuweisen, daß erstens bei den beiden Beispielen der Nachweis eines Zusammenhanges zwischen der zufälligen Gleichzeitigkeit der Kapitalskonzentration und des Sinkens der Lohnhöhe fehle, und daß ferner es sich in beiden Fällen gar nicht um Kartelle, sondern um die Vereinigung einer Reihe Betriebe in einer Hand handle: eine Beweisführung, an die Herr Tille folgende Anrempelung knüpft: „Die Behauptung, daß die Kartelle die Löhne drückten, ist aber auch unwahr und Herrn v. Rottenburg kann in dieser Hinsicht der Vorwurf der Unwissenheit und der „Fahrlässigkeit" nicht erspart werden; denn er hat den angesehensten Vertretern des deutschen Großgewerbes gegenüber „die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht" gelassen. Es ist dies um so unverzeihlicher und irreleitender für die öffentliche Meinung, je höher Dr. v. R. früher als Unterstaatssekretär gestanden hat und je mehr er deshalb Fernerstehenden als besonders erleuchtet gelten muß."

Abgesehen von ihrer kuriosen Fassung haben Tilles Einwände eine gewisse Berechtigung. Aus der Thatsache, daß gleichzeitig mit der Betriebskonzentration oder mit der Kartellierung in irgend einem Industriezweige Lohnrückgänge erfolgt sind, folgt noch nicht ohne weiteres, daß nun die Kartellierung notwendig die Ursache des Sinkens der Löhne ist. Ebenso richtig ist allerdings auch die Umkehrung: wenn in einer syndizierten Branche die Löhne irgendwo gestiegen sind, so ergiebt sich daraus noch nicht, daß die Syndikatsbildung Ursache der Lohnsteigerung ist. Obgleich dieser Satz nur die einfache Konsequenz seines eignen Einwandes gegen Dr. v. Rottenburg ist, läßt ihn jedoch in diesem Fall Herr Tille nicht gelten; denn er folgert weiterhin kurzweg daraus, daß auch in verschiedenen kartellierten Industriezweigen während der letzten Aufschwungsperiode Lohnerhöhungen vorgekommen sind, die Kartelle drückten nicht die Löhne, sondern wirkten auf ihre Steigerung hin. In umständlicher Weise, als handle es sich um wirkliche Beweise, hebt er hervor, daß während der neunziger Jahre die Löhne im Bereich des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, im Webstoff-Großgewerbe des Bezirks Düsseldorfs, beim Magdeburger Braunkohlensyndikat, beim Dortmunder Briket-Verkaufsverein usw. mehr oder weniger gestiegen sind, und hält dann damit für bewiesen, daß die Kartellierung die Lohnsteigerung begünstigt hat.

Es braucht nicht erst dargelegt zu werden, daß diese Folgerung geradezu lächerlich ist. Ebenso wie in einzelnen kartellierten sind auch in vielen nichtkartellierten Industriezweigen die Löhne während der vergangenen Prosperitätsjahre gestiegen, und zwar würde es keine Mühe machen nachzuweisen, daß bei den nicht mit Syndikaten ausgestatteten Branchen die Erhöhung vielfach eine größere war, als bei den kartellierten Industriegruppen. Die Ursache der Steigerung war eben in dem einen wie andren Fall die infolge der angespannteren industriellen Thätigkeit sich einstellende Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften. Früher hat das auch Herr Tille recht gut gewußt, denn in seinem 1893 veröffentlichten Buch „Volksdienst", sagt er S. 190: „Jeder wirtschaftlichen Weisheit Anfang sind die fundamentalen Sätze aus Mill: Der Arbeitslohn im allgemeinen wird durch die Konkurrenz geregelt, und hängt daher von dem Angebot und der Nachfrage in ihr ab, oder von dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Kapital. Er ist kaum durch etwas andres dauernd zu beeinflussen." Allerdings hat Herr Alexander Tille, seit er vor 13 Jahren unter dem Pseudonym „Alex Lauenstein" als Reformator der deutschen Dichtkunst auftrat, dann unter dem Pseudonym eines „Socialaristokaten" gegen Militarismus und „Soldatenspielerei", Kapitalvererbung, Bureaukratie und Religion kämpfte und für Produktivgenossenschaften und englisches Gewerkschaftswesen schwärmte, sich als so wandlungsfähig erwiesen, besonders nachdem er in Glasgow unmöglich geworden war und als Publizist beim Centralverband zur Verbreitung großindustriell-kapitalistischer Ethik Anstellung gefunden hat, daß auch in puncto des Millschen Satzes vom Arbeitslohn seine Bekehrung nicht ausgeschlossen erscheint.

Bestimmt aber das Verhältnis des Arbeitsangebot zur Nachfrage die Lohnhöhe, so kann von einer lohnsteigernden Wirkung der Kartelle absolut keine Rede sein, denn daß durch die Vereinigung der Unternehmer zu Syndikaten ihre Nachfrage nach Arbeitskräften steigt, wird man keinem denkenden Menschen glauben machen. Eher ist das Gegenteil richtig. Die sogenannte größere Wirtschaftlichkeit der Kartelle, ihre Außerbetriebsetzung nicht leistungsfähiger Betriebe und Rayonierung der Produktion bewirkt eine Verringerung der benötigten Arbeitskräfte. Zudem aber überbieten sich bei aufsteigender Konjunktur die Einzel-Unternehmer, wenn sie mit einander konkurrieren und jeder die Lage zu seinem Vorteil auszunützen sucht, in ihren Lohnangeboten weit mehr, als wenn sie in Syndikaten organisiert sind und jeder an den einlaufenden Aufträgen einen bestimmten, vereinbarten Anteil hat. Außerdem ist es bei Streiks etwas wesentlich andres, ob die Arbeiterschaft einer durch mannigfache Interessengegensätze zersplitterten Unternehmerschaft gegenüber steht oder einer festen, an der Niederzwingung der Arbeiter gleichmäßig interessierten Unternehmerkoalition.

Begünstigten thatsächlich die Kartelle das Streben der Arbeiter nach höheren Löhnen, der Centralverband deutscher Industrieller würde kaum so sehr für die Kartelle eintreten, wie geschieht, denn, wie Alexander Tille in dem Artikel der „Industrie-Zeitung" offen zugesteht, sieht der Centralverband „ganz und gar nicht auf dem Standpunkt, ein grenzenloses Steigen der Löhne als den erstrebenswertesten Fortschritt anzustaunen, wie es Wirtschaftsmoralisten vom Schlage Rottenburgs thun, die selbst niemals einen Industriebetrieb geleitet haben. Er ist vielmehr der Meinung, daß ein Steigen der Löhne nur dann eine gesunde und die Nationalwirtschaft fördernde Erscheinung ist, wenn es mit einem Steigen der Leistung parallel geht. In jedem andern Falle bedeutet es für die Mitterwerbsfähigkeit des Landes auf dem Weltmarkte eine schwere Gefahr. England, Australien, Neuseeland haben gezeigt, daß eine solche künstliche Emporschraubung der Löhne über das entsprechende Leistungsniveau ganze Industrien ins Ausland treiben oder in ihrer Entwicklung stillstellen sowie die Entstehung neuer Industrien verhindern kann. Verhinderten die Syndikate ein Emporsteigen der Löhne über die entsprechende Leistungsgrenze, so erwürben sie sich damit sogar ein hervorragendes nationalwirtschaftliches Verdienst, indem sie der heimischen Produktion ihre Konkurrenzfähigkeit sicherten."

Wann die Leistung gestiegen und um wie viel höher sie zu bewerten ist, darüber haben natürlich ausschließlich die Syndikate zu entscheiden — ein Verhältnis zwischen Lohn und Leistung, wie es in England besteht, gilt, wie man sieht, bereits als durchaus schädlich, und wenn die Kartelle sich ähnlichen Lohnsteigerungen widersetzen, so erwerben sie sich damit nur ein „hervorragendes nationalwirtschaftliches Verdienst"! In diesem Satz enthüllt sich die wirkliche Auffassung der Herren über die von den Kartellen einzuhaltende Lohnpolitik; alles Gerede über die lohnsteigernde Wirkung der Syndikate, ist lediglich auf die berechnet, die niemals alle werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Der Reichstag

führte am Freitag die Debatte über die Meistbegünstigungsklausel zu Ende. Sie war in der Hauptsache eine Polemik zwischen den Rednern des gestrigen Tages. Herr von Heyl setzte zweimal seine krampfhaften Versuche fort, mit den Ansichten Calwers in der Meistbegünstigungsfrage zu krebsen und die socialdemokratische Partei als versteckte Gegnerin der Meinungsfreiheit zu verdächtigen. Bernstein blieb ihm die Antwort nicht schuldig und rechnete gründlich mit dem Fürsten Herbert Bismarck ab, der in bramarbasierendem Tone leere Drohungen gegen Amerika ausgestoßen hatte. Sonst sprach noch der Wissenschaftler des Bundes der Landwirte, Herr Lucke, der dem Hause wieder einmal versicherte, daß die Landwirtschaft beim Zolltarif zu kurz gekommen sei, Herr Gothein, der in einer sachkundigen Rede den deutsch-amerikanischen Vertrag von 1900 beleuchtete, und Herr Dr. Pachnicke. Dann wurde die Speckesche Resolution mit 141 gegen 67 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Herr v. Heyl hatte seine Resolution, deren Annahme zweifelhaft war, vorsichtigerweise zu Gunsten der Speckschen zurückgezogen, die formell nicht so ungeschickt ist und der Regierung etwas mehr Spielraum läßt.

Dann wurde unsre Resolution beraten, die die reichsgesetzliche Regelung der Gefängnisarbeit verlangt. Es handelt sich hier um eine uralte Forderung der Arbeiter und Handwerker, unter denen besonders die Textilarbeiter, die Tabakarbeiter und Schuhmacher unter der Konkurrenz der Gefängnisarbeit zu leiden haben.

Genosse Baudert gab die eindringliche Begründung. Aber es ging hier so, wie es schon in der Zolltarif-Kommission gegangen war: Die Forderung, mit der im Prinzip alle Parteien einverstanden sind, wurde von Pontius zu Pilatus geschickt; es sei keine Reichssache, hieß es, sondern Sache der Einzelstaaten. Vom Bundesratstische wurde darauf verwiesen, daß gegen früher eine gewisse Besserung eingetreten sei und die Zahl der von Unternehmern beschäftigten Gefangenen von 73 Proz. im Jahre 1899 auf 37 Proz. im Jahre 1901 in Preußen zurückgegangen sei. Woraus zu folgern ist, daß die von uns verlangte gründliche Reform jetzt besonders leicht durchzuführen ist. Aber die Redner des Centrums, der Nationalliberalen und der Freikonservativen, Schädler, Schlumberger und Gamp versteckten sich hinter formelle Gründe, um der Annahme unsrer Resolution widersprechen zu können. Nur der Liberale Schrader stellte sich auf unsre Seite. Die Resolution wurde schließlich abgelehnt.

Sonnabend soll nach Erledigung der Rösickeschen Interpellation wegen der Malzgerste die letzte Resolution zum Zolltarif beraten werden. —

Ein Nachzug auf dem Bismarck-Archipel.

Wir haben seiner Zeit wiederholt über die Ermordung des Pflanzers Wolff auf dem Bismarck-Archipel und die eigenartigen Rachezüge berichtet, die anläßlich dieses Mordes gegen die eingeborene Bevölkerung unternommen worden waren. Wir knüpften damals an die spärlichen Mitteilungen über diese Rachethaten die Betrachtung, daß es sich hier augenscheinlich um ganz ungewöhnliche Zustände, um einen Kassekrieg handle, der in so hinterwäldlerischen Formen geführt werde, wie er mit geregelten kolonialen Zuständen absolut unvereinbar sei. Wie sehr unser Urteil zutraf, beweist jetzt ein ausführlicher Bericht, den der P. Johannes Eberlein, Missionar vom „Heiligsten Herzen", an die „Köln. Volks-Ztg." gerichtet hat. In diesem Bericht wird mit dürren Worten erzählt, daß nach der Ermordung völlig anarchische Zustände um sich griffen, daß Rachezüge unternommen wurden, durch die zahlreiche Unschuldige hingeschlachtet wurden, kurzum, daß in dieser Kolonie eine Zeit lang ein Zustand herrschte, der an die longostaatlichen Vorkommnisse erinnert! In dem Bericht, der sich in Nr. 37 des Kölnischen Centrumsorgans befindet, wird erzählt:

„Das Ergebnis des ersten Tages (der Untersuchung nach dem Morde) war, daß die Spuren von verlorener Beute dem Weg nach Wairili folgten, so daß anzunehmen war, daß wenn nicht alle, so doch ein großer der am Mord Beteiligten sich in Wairili versteckt hielten. Ein Angriff auf Wairili hätte die unmittelbare Auslieferung der wahren Mörder zur Folge gehabt, und es wäre **viel unschuldiges Blut verschont worden.**

Leider bemächtigte sich vieler Weißen infolge der abscheulichen Mordthat ein gewisser Abscheu gegen alle Eingeborenen, und es griff bald die Meinung Platz, der Angriff in Paparatava sei nur ein Zeichen gewesen zu einem allgemeinen Aufstand. Die schwarze Polizei und noch andre bewaffnete Eingeborene waren bald überall hin zerstreut, **erregten überall Schrecken und erschossen Unschuldige.**

In nächster Nähe der Station St. Otto wurden **unschuldige Frauen** erschossen, auf dem großen Wege von Herbertshöh nach Rakunai **zwei Häuptlinge,** obgleich sie ihre Amtsinsignien trugen und **gar keine Verbindung mit Paparatavaleuten hatten.** Um das Uebermaß voll zu machen, wurde damals der Polizei die Parole gegeben, **alles niederzuschießen, was bei deren Anblick nicht stehen bliebe.** Wieviel unschuldiges Blut geflossen wäre, wenn die katholischen Missionare nicht überall unter steter Lebensgefahr gewesen wären, um die armen Geängstigten zu belehren und zu ermutigen, ist nicht abzusehen. Die beiden Stationen Takabur und St. Otto waren Zufluchtsstätten für Katholiken und Heiden, Männer, Frauen und Kinder. Die Gehöfte waren alle verlassen, und auf den Wegen war niemand zu sehen, ausgenommen Polizisten. Während dieser Zeit blieben die eigentlichen Mörder unbehelligt in ihrem Versteck in Wairili.

Wie unsicher für einen **Weißen** damals alle Wege waren, nicht so sehr wegen der Eingeborenen aus Paparatava als vielmehr wegen der **undisciplinierten Polizeitruppe,** beweist folgender Vorfall. Einige Tage nach dem Ueberfall in Paparatava wurde das Gerücht verbreitet, einer der gefähr-

lichsten Häuptlinge von Paparatava, To Kirara, sei bei seinen Verwandten in Rebar und zwar auf der Missionsstation St. Otto, wo sich einige Mitglieder der Familie befanden, versteckt. Offenbar wollten sich die bewaffneten Uferleute die Erlaubnis erwirken, nach Rebar zu gehen, um dort zu plündern, was zu plündern war. Sie hinterbrachten das Gerücht dem stellvertretenden Gouverneur Dr. Hahn, welcher denn eine ganze Truppe der bewaffneten Eingeborenen nach Rebar sandte. Sie sollten auch dem Missionar in St. Otto, P. Riederer, einen Brief überbringen, in welchem er auf das sonderbare Gerücht von der Anwesenheit des To Kirara in seiner Umfriedung aufmerksam gemacht wurde. Die eigentümliche Polizeitruppe, anstatt zuerst ihren Brief abzugeben, durchsuchte ohne weiteres das Eigentum des Missionars zum großen Schrecken der anwesenden Flüchtlinge aus Rebar und **machte dann die ganze Gegend unsicher.** Unter dem Vorwande, auf To Kirara aufzupassen, lagerten sie sich auf dem Wege, und es hätte **nicht viel gefehlt, daß sie auf den Missionar geschossen hätten.**

An einem vom kaiserlichen Richter geleiteten Streifzug nahm auch diese bewaffnete Truppe Anteil, und **einige Mordbuben erlaubten sich fast unter den Augen des Richters Frauen und Kinder zu erschießen.** Da sie aber die gerechte Strafe befürchteten, so deckten sie im Augenblick, wo der Richter herankam, die Leichen mit Bananenblättern zu. Man kann hieraus schließen, wozu eine solche Mordbande fähig gewesen wäre, wenn sie nicht nach wenigen Tagen wieder aufgehoben und entwaffnet worden wäre."

Der Missionär berichtet dann noch des Ausführlichen über die spätere Gefangennahme der Mörder. Er erzählt des weiteren, daß die Mission, der er angehört, gerade wegen dieser Orgien der sogenannten „Polizeitruppe" starken Zulauf gehabt habe, da sich zahlreiche Eingeborne unter ihren Schutz gestellt hätten, und sich, da man ihre Hütten niedergebrannt und ihr Eigentum konfisziert habe, auch bereit gezeigt hatten, ihnen überwiesene Arbeiten zu verrichten, um ihre Existenz zu fristen. Das Hunnentum hat aber doch auch „kulturelle" Folgen gehabt!

Wir begnügen uns einstweilen mit der Wiedergabe der Schilderung der Rachegreuel dieses gewiß unverdächtigen Zeugen. Die deutsche Regierung wird nicht umhin können, im Parlament Rechenschaft über diese unerhörte Art der Kolonisation abzulegen. Wir buchen diese grauenhaften Vorkommnisse als Illustration deutscher kolonialer Kulturverbreitung. —

Das Resultat der östreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen.

Sowohl der ungarische Ministerpräsident von Szell, als sein östreichischer Kollege Dr. von Koerber ergriffen heute in den Sitzungen des ungarischen und des östreichischen Abgeordnetenhauses das Wort, um in längerer Rede über die gemeinsamen Ausgleichsvereinbarungen zu referieren.

Ministerpräsident von Szell erklärte im ungarischen Abgeordnetenhause nach dem Wolffschen telegraphischen Bericht:

„Das Zollbündnis wird gemäß der Vereinbarung auf zehn Jahre geschlossen; sein Inhalt stimmt in allen wesentlichen Punkten mit dem Zollbündnis überein, wie es in früheren Perioden abgeschlossen worden ist. Die wichtigste Neuerung ist der neue gemeinsame Zolltarif. Wir haben uns vor Augen gehalten, daß wir, da wir der Industrie Oestreichs durch hohe Zölle unsren Markt sichern, andrerseits das Recht haben, daß wir unsrer Produktion durch gleichwertige Zölle den östreichischen Markt sichern. Es soll durch höhere landwirtschaftliche Zölle vermieden werden, daß jene Rohprodukte, welche durch protektionistische, sozusagen exklusive Zollpolitik des Auslandes vom ausländischen Markte verdrängt werden, hierher eindringen, um mit unsrer Produktion zu konkurrieren, die unter schwierigeren Bedingungen erzeugt wird. Wir können uns jedoch der gerechten Forderung Oestreichs nicht verschließen, daß, nachdem zumal Deutschland seine Industriezölle bedeutend erhöht hat, auch andrerseits die östreichische Industrie auf entsprechenden Schutz angewiesen sein muß. Bei der Bemessung der Zollpositionen haben wir uns die Parität zwischen Oestreich und Ungarn vor Augen gehalten.

Der Ministerpräsident zählt sodann die Zollerhöhungen verschiedener landwirtschaftlicher Produkte auf. Weizen ist von 3½ auf 7½ Kronen erhöht. Neben diesem Tarifzoll wurde ein Minimalzoll von 6,30 Kronen festgesetzt. Für Roggen ist statt 3,75 jetzt ein Satz von 7 und ein Minimalzoll von 5,80 Kronen eingesetzt, für Gerste statt 1,75 jetzt ein solcher von 4 und ein Minimalzoll von 2,80 Kronen. Für Hafer ist gegen den früheren Zollsatz von 1,70 jetzt ein solcher von 6 und ein Minimalzoll von 4,80 Kronen vorgesehen. Mais wird bisher mit 1,10 Kronen verzollt. Im neuen Tarif ist ein Zoll von 4 und ein Minimalzoll von 2,80 Kronen in Ansatz gebracht. Die Viehzölle sind folgendermaßen festgesetzt: Zoll für Ochsen 60 Kronen statt bisher 35, für Stiere 30 statt 9, für Kühe 30 statt 7, Kälber 18 statt 9 und für 9 und für Schweine ist der Zoll auf 12 und resp. 100 Kronen erhöht, je nachdem sie unter oder über 120 Kilogramm wiegen. Der Ministerpräsident zählt sodann die wesentlichen Aenderungen in den Industriezöllen auf und fügt hinzu, daß er den Zolltarif nur als eine Verteidigungslinie und eine Waffe ansehe, jedoch an dem Standpunkt der Vertragspolitik festhalte."

Aehnlich äußerte sich Dr. v. Koerber im östreichischen Abgeordnetenhause. Es wäre aussichtslos gewesen, erklärte er, die früheren in Oestreich durch kaiserliche Verordnung, in Ungarn im verfassungsmäßigen Wege festgestellten Vereinbarungen einfach zu ignorierrn. Es handelte sich vielmehr darum, gewisse schädliche Konsequenzen der früheren Abmachungen hintanzuhalten und eine vollständige Klarheit durch das neue Uebereinkommen herzustellen. Unhaltbar erschien der Regierung eine Reihe von Vereinbarungen, welche sich unter andern auf den Viehverkehr, die Veterinärpolizei, die sofortige Aufhebung des Tiroler Getreidezuschlages, die Besteuerung der Kommissionslager, Transportsteuer, auf den Donau-Verkehr ꝛc. beziehen. Außerdem mußten gewisse Doppelbesteuerungen in beiden Reichen vermieden werden. Der Ministerpräsident zählt sämtliche dem Reichsrat zu unterbreitenden Ausgleichsvorlagen sowie kaiserliche Verordnungen auf, darunter die über Einziehung der Staats-Noten, die 80 Millionen-Schuld, sowie das neue Uebereinkommen mit der Oestreichisch-Ungarischen Bank, ferner die dem ungarischen Reichstage zu unterbreitenden Vorlagen, endlich gewisse mit Ungarn getroffene Vereinbarungen und bindende Erklärungen bezüglich der Befreiung der ungarischen Staatsfonds von der östreichischen Rentensteuer ꝛc.

Der Ministerpräsident macht dann dieselben Enthüllungen über die vereinbarten Zollsätze für Getreide und Vieh, wie v. Szell, und fügt hinzu, daß alle bisherigen Freigebiete und Zollausschlüsse unverändert aufrecht erhalten würden, ferner daß Waren aus Staaten, welche östreichische oder ungarische Schiffe oder Waren ungünstiger behandeln als jene der andren Staaten, mit Zuschlägen bis zu 200 Proz. des Zollsatzes oder bis zur Höhe des Handelswertes der Waren, und wenn diese zollfrei, bis zum Betrage ihres Handelswertes belegt werden. Das Gesetz trage im übrigen den modernen Anforderungen des Verkehrs und der Produktion vollauf Rechnung.

Die Angaben über den Inhalt des neuen Zolltarifs zeigen, daß die Befürchtungen, Oestreich-Ungarn werde die deutschen Zollerhöhungen nachahmen und mit einem ähnlichen „Rüstzeug", wie dem deutschen, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen antreten, nur allzu berechtigt waren. Mitteilungen über die Steigerung der Industriezölle fehlen noch; die Andeutungen des ungarischen Ministerpräsidenten lassen aber darauf schließen, daß sie vielfach in gleicher Weise hinaufgeschraubt worden sind, wie die Getreide- und Viehzölle. Nachdem die Schweiz die deutsche Tarifänderung zum Anlaß genommen hat, um ihre Zölle zu erhöhen, folgt nun auch Oestreich-Ungarn, dessen Beispiel bald wieder von andren Vertragsstaaten nachgeahmt werden wird. So treten alle Mächte mit bedeutend erhöhten Zolltarifen in die Vertragsverhandlungen ein, und das schließliche Ergebnis wird nichts andres sein, als eine allgemeine Hinaufsetzung der Zölle aller europäischen Staaten. —

* * *

Deutsches Reich.

Freiheit der Wissenschaft.

Die liberale Presse ist gegenwärtig in heller Begeisterung, daß einer der modischen Hoftheologen Professor Delitzsch, angefeuert von dem — wie er sagte — Adlerblick Wilhelms II. — es gewagt habe, am Anfang des 20. Jahrhunderts offen auszusprechen, daß die Dokumente altbiblischer Mythologie keine Offenbarung Gottes seien. Mindestens seit dem 17 Jahrhundert, seit Spinoza, ist der Glaube an die biblische Offenbarung wissenschaftlich überwunden. Es ist hübsch, daß in Preußen-Deutschland noch als Heldenmut gepriesen wird, was seit Jahrhunderten sicherster Besitz des Kulturbewußtseins ist. Auch die Beziehungen der altbiblischen zu der assyrisch-babylonischen Welt sind keine Offenbarung Delitzschen Geistes. Seit der Entdeckung der hetitischen Inschriften sind auch diese Zusammenhänge bekannt. Was neu ist an Delitzsch sind seine byzantinischen Zuthaten, seine selbstbewußten Ansprüche und seine phantastischen Uebertreibungen, die — wohl ungewollt — dem Zwecke dienen, das Reich der Eisenbahnpläne der Deutschen Bank möglichst interessant erscheinen zu lassen. Schade, daß sich zur Zeit des Hunnenzuges nicht Sinologen gefunden haben, die über chinesische Kultur in höheren Kreisen Aufklärung verbreitet haben!

Indessen, wie ernst immer der Wert der babylonischen Mode sein und für wie tapfer man das arg verspätete Bekenntnis wider den Offenbarungswahn halten mag, mit der Freiheit der Wissenschaft hat die babylonische Extratour nicht das mindeste zu thun. Der brave Liberalismus berauscht sich wieder einmal an einem Nichts, wenn er das goldene Zeitalter der Denk-, Forsch- und Lehrfreiheit aufblühen sieht.

Eben jetzt liefert die Berliner Universität, die principiell Papiere russischer Studenten der Polizei ausliefert, einen Beweis, eine wie jämmerliche Unfreiheit auf den Gelehrtenkasernen herrscht und wie es um die „Freiheit der wissenschaftlichen Forschung" bestellt ist. Es handelt sich um eine neue That des derzeitigen Rektors der Berliner Universität, des Juristen Prof. Gierke. Genannter Herr, der schon öfter von sich reden machte — so blieb er als Rektor dem Begräbnis Virchows fern — hat einen Vortrag unsres Parteigenossen Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein über „Proudhonnne und Lassalle — ein Vergleich" verboten; Bernstein sollte diesen Vortrag in der „Freien wissenschaftlichen Vereinigung an der Universität Berlin" halten.

Sein Verbot begründet Herr Gierke damit, daß ein dem Lehrkörper der Universität angehöriger Privatdocent seine Lehrthätigkeit wegen seiner Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Partei habe aufgeben müssen, so daß man ihm (Gierke) als einen demselben Lehrkörper angehörenden Professor, nicht zumuten könne, die Erlaubnis dazu zu geben, daß in einem seiner Aufsicht unterstellten Verein ein socialistischer Abgeordneter socialistische Vorträge hält. Er müsse vielmehr **zu verhindern und verhüten bestrebt sein, daß die socialistischen Irrlehren in irgend einer Form Eingang in die jugendlichen Seelen fänden und sie vergifteten.**

Herr Professor Gierke wird nun ein Uebriges thun und den Studenten bei Strafe der Relegierung verbieten müssen, daß sie eine socialistische Schrift oder ein socialdemokratisches Blatt lesen. Die heilige Kirche der Gierkeschen Wissenschaft muß über die jungen Seelen wachen, auf daß ihnen nur die allein selig machenden Lehren zufließen. Vielleicht entfernt man nun aber aus den Akten der Universität den bedeutenden Namen Boeckhs, der es gewagt hatte, ein Freund und Bewunderer Lassalles zu sein, über den heute in diesen heiligen Hallen nicht gesprochen werden darf. Vor allem aber tilge man den schrecklichen Namen Fichte, der sogar selbst ein Socialist war, der volle, unumschränkte Lehrfreiheit als unveräußerliches Menschenrecht forderte.

Die seligen Schmalz und Kamptz gehen immer noch in Preußen um, trotzdem man über — Babylon mit allerhöchster Zustimmung revolutionär denken darf! —

Das Spitzelrecht.

Noch immer hüllt sich die bürgerliche Presse zum größten Teil in Schweigen über den frechen und plumpen Bestechungsversuch der politischen Polizei, obwohl man doch meinen müßte, es handle sich da um eine gemeinsame Angelegenheit der gesamten Presse. Vielleicht enthüllt der liberale „Hamburgische Korrespondent" einen der Gründe des Schweigens. Bisher galt Spitzelei als eine der gemeinsten Handlungen und die Einbrüche der politischen Polizei in das Bereich radikaler oder revolutionärer Parteien und Personen wurden von allen Liberalen gebrandmarkt. Inzwischen hat auch in dieser Beziehung die „liberale Weltanschauung" umgelernt und so erklärt das Hamburger Blatt mit schöner Offenheit:

„Unsres Erachtens ist jene Entrüstung künstlich gemacht und ziemlich deplaciert. So lange die Socialdemokratie in ihrer Feindseligkeit gegen Staat und Gesellschaft und in der absoluten Skrupellosigkeit bei der Wahl ihrer Kampfmittel beharrt, kann sie sich nicht beklagen, wenn sich die politische Polizei auch um ihre Redaktionsgeheimnisse kümmert. **Das ist sogar bis zu einem gewissen Grade ihre Pflicht.** Schön freilich ist diese Thätigkeit nicht, zumal wenn sie so ungeschickt ist, sich ertappen zu lassen."

Der liberale Moralist des „Hamb. Korresp." hatte neulich auch die Einsperrung einer fürstlichen Ehebrecherin in ein Irrenhaus lebhaft verteidigt, d. h. die Verübung des Verbrechens der Freiheitsberaubung empfohlen, das mit schwerem Zuchthaus bestraft wird. Indessen der Verzicht auf Moralheuchelei ist immer anerkennenswert und so begrüßen wir die liberale Proklamation des Rechtes auf Spitzelei, Bestechung und Verleitung zum Treubruch.

Die Berliner „Volkszeitung" knüpft an unsre Bemerkungen über die „Redaktionsspitzel" an und bemerkt:

„Uns ist eine solche Behauptung bisher nicht zu Gesicht und nicht zu Ohren gekommen. Auch hören wir zum erstenmale davon, daß die Redaktionsspitzel, von denen der vom „Vorwärts" citierte anonyme Sachverständige gesprochen haben soll, den Kollegen als solche bekannt sein sollen. Der „Vorwärts" selber scheint an der Richtigkeit der ungeheuerlichen Behauptungen des namenlosen „Sachverständigen" zu zweifeln; denn er sagt: wenn es wahr ist.

Es bedarf keiner langatmigen Ausführungen, um darzuthun, daß die Behauptung, in allen Redaktionen säßen Polizeispitzel, die als solche sogar von den Kollegen mit Bewußtsein geduldet würden, ebenso dumm wie falsch ist. Sie ist so dumm und abgeschmackt, daß wir uns nicht einmal wundern würden, wenn es die Zeitungen verschmähten, sie zu widerlegen. Ist einmal irgendwo ein Fall vorgekommen, daß ein Polizeispitzel sich in eine Redaktion einzuschleichen gewußt hat, der hinterher entlarvt und hinausgeworfen worden ist, so ist es von dem ungenannten „Sachverständigen" eine Lächerlichkeit sondergleichen, alle Zeitungen als spitzelbehaftet hinzustellen.

Wir möchten den „Sachverständigen", der gegen die gesamte deutsche Presse die ungeheuerlichste Beschuldigung ausgesprochen haben soll, ersuchen, aus seiner Reserve herauszutreten. Und wenn er wirklich behauptet hat, in allen Redaktionen säßen Spitzel, so wird er sicherlich in der Lage sein, wenigstens ein paar Blätter namentlich anzuführen, deren Spitzel ihm bekannt sind; ein Blatt aus jedem Parteilager, von der äußersten Rechten bis zur Socialdemokratie, würde genügen. Schweigt er, so ist er gerichtet."

Wir haben nicht den mindesten Anlaß, die Ehre der „Volkszeitung" zu verdächtigen. Wir erkennen vielmehr gern an, daß die „Volks-Zeitung" zu den ganz seltenen bürgerlichen Blättern gehört, deren journalistische Moralität und Lauterkeit der Gesinnung Achtung verdient.

Merkwürdig ist aber, daß die „Volks-Zeitung" die gelegentlich der Affäre Hamburger öffentlich mit Namensunterschrift erhobene Anklage übersehen oder bereits wieder vergessen hat. Es hat uns überrascht, daß damals die bürgerliche Presse ebenso stumm blieb wie gelegentlich der Aussagen in der amtlichen Börsenenquete-Kommission über die Korruption der Handelsredakteure. Vielleicht nimmt man jetzt Notiz von der Anklage, die Herr Martin Hildebrandt, Herausgeber des journalistischen Fachblattes „Das Recht der Feder", öffentlich erhoben hat. —

Agrarischer Beutefrieden.

Der lärmend begonnene Streit unter den Bündlern und den konservativen Bewilligern des Antrags Kardorffs löst sich nun, wie wir vom ersten Anbeginn wußten, in stilles Wohlgefallen auf. Der Vorstand der konservativen Partei, an seiner Spitze Freiherr von Manteuffel-Krossen, erläßt diese Friedfertigkeits-Erklärung:

„Die schließliche Stellungnahme der konservativen Reichstagsfraktion zu dem Zolltarif-Gesetze ist keine einheitliche gewesen.

Die konservative Parteileitung ist aber überzeugt, daß die Vertreter beider hierbei zu Tage tretenden Richtungen lediglich das Interesse der Landwirtschaft im Auge gehabt haben und wünscht deshalb, daß sowohl die Mitglieder unsrer Partei im Lande in dem Vertrauen zu ihrem seitherigen Vertreter nicht wankend werden, wie daß die im Bunde der Landwirte organisierte Landwirtschaft sich ebenfalls darin nicht beirren lassen und darauf hinzielende Angriffe vermeiden möge. (Die feudaladligen Herren vom konservativen Parteivorstand hätten einen ihrer Zeitungsbedienten in Anspruch nehmen sollen, um wenigstens die deutsche Sprache nicht bis zur Sinnlosigkeit zu verderben! Red. d. „Vorw.").

Die Parteileitung erwartet demgemäß auch, daß, falls die bevorstehenden Handelsverträge in der That nicht das notwendige Maß des Schutzes der Landwirtschaft darbieten sollten, ebenso, wie früher, die Ablehnung derselben durch die konservative Reichstagsfraktion erfolge.

Die Parteileitung ist der Ueberzeugung, daß nur durch einmütiges Zusammengehen des Bundes der Landwirte mit der konservativen Partei die gemeinsamen Ziele zum Wohle der Landwirtschaft und des gesamten Vaterlandes zu erreichen sind, und giebt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Zusammengehen fernerhin gesichert und von keiner Seite gestört wird."

Zugleich mit dieser Erklärung veröffentlicht die „Konservative Korrespondenz" eine ausführliche Erklärung des Bundesleiters Freiherrn v. Wangenheim, in der die früheren scharfen Bemerkungen gegen die konservativen Abgeordneten, die dem Zolltarif zugestimmt haben, vollständig abgeschwächt werden und in der gleichfalls die Hoffnung ausgesprochen wird, „daß das von der konservativen Parteileitung gewünschte einmütige Zusammengehen mit dem Bunde der Landwirte gewahrt werden möge".

Das Agrariertum betreibt sein altes Spiel. Erst stellt man tolle Ueberforderungen auf. Dann, als man die Regierung zu weitgehenden Konzessionen an die agrarische Raubsucht gepreßt hatte, vermittelte eine genügend große Zahl von Abgeordneten die Durchführung des „Erreichbaren". Der folgende Akt zeigt die Bewilligenden und die Ablehnenden im heftigen Scheinzwist, der die erneute Umkehr der Vermittler zu den Unentwegten des Bundes herbeiführt. Nun ist man wieder einig und hetzt die Regierung in Handelsverträge, die das Gemeinwohl schwer schädigen, aber die feudalen Grundbesitzer gewaltig bereichern. —

Der verlassene Kardorff. Zu der Nachricht, daß die Freikonservativen nicht daran denken, ihrem Führer zu folgen und aus dem Bund der Landwirte auszutreten, bemerkt die „Post" aus „bester Quelle", daß der Bericht in „wesentlichen Punkten" den Thatsachen nicht entspreche.

Da nichts weiter über das „Wesentliche" verraten wird, ist also die Nachricht wahr, die auch ohnehin wahrscheinlich, ja selbstverständlich ist. —

Ein neuer Fall Kugel.

Man schreibt uns: Vor einiger Zeit wurde im Innern Rußlands von der politischen Polizei eine Frau Buchholz verhaftet, die deutsche Staatsangehörige ist und die unbehelligt über die Grenze gelassen war. Verschiedene Umstände ließen schon damals den Gedanken aufkommen, daß diese Verhaftung in mancher Hinsicht ein Seitenstück zu dem bekannten Fall Frau Kugel bildet. Diese Vermutung wird jetzt durch ein Cirkular des Polizeidepartements, das seinen Weg auch außerhalb des Reiches der Polizeimeister und Gendarmerie-Obersten, für die es bestimmt ist, gefunden hat, nur noch bekräftigt. Aus dem Cirkular geht hervor, daß die russischen politischen Behörden gegen die Frau Buchholz den Verdacht gehabt haben, daß sie an der russischen socialdemokratischen Bewegung, so weit diese im Auslande Wiederhall findet, beteiligt sei. Das Cirkular präcisiert diesen Verdacht noch näher, indem es die Frau Buchholz mit der socialdemokratischen Gruppe der „Iskra", die angeblich in Berlin bestehen soll, in Zusammenhang bringt. Liegen die Dinge so, dann muß man sich wundern, daß die Frau Buchholz überhaupt über die Grenze gelassen worden ist. Denn entweder mußte sie gleich in Gewahrsam genommen werden, oder es mußte ihr der Zutritt auf russischen Boden verweigert werden. Weder das eine noch das andre geschah. Sie gleich auszuweisen, das hätte der Gendarmerie die Möglichkeit genommen, ihre Neugierde zu befriedigen; auch die Frau Kugel wurde ja nicht sogleich beim Ueberschreiten der Grenze, während der Paßvisitation, verhaftet, sondern erst später, obgleich die Grenzbeamten sehr wohl wußten, mit wem sie es zu thun hatten. Das Cirkular versucht nun, die Sache so darzustellen, als ob die Frau Buchholz nach Rußland aus Versehen hereingelassen worden sei. Dies bei der sorgsamen Spürthätigkeit der russischen Agenten in Berlin! Dies bei den Hunderten von Vorsichtsmaßregeln, die der russische Generalkonsul in Berlin ergriffen hat, um ja über jede Person, die aus Berlin nach Rußland geht, informiert zu sein. (Beweis: in demselben Cirkular wird genaue Auskunft über die Abreise eines bulgarischen Staatsangehörigen gegeben)! Der Konsul sollte nicht gleich an die Grenzpunkte gemeldet haben, daß die betreffende Person einen Paß nach Rußland habe visieren lassen, der ganze Polizeiapparat sollte mit einem Mal eingeschlafen sein. Für jeden, dem die Kniffe der russischen Geheimpolizei nicht ganz unbekannt sind, wird es kein Geheimnis sein, daß es sich nur um ein Manöver handelt, das von dem Polizeidepartement ausgeführt worden ist, um die deutschen Behörden zu täuschen und um etwaigen Unbequemlichkeiten, die entstehen könnten, wenn die Sache wieder, wie im Falle Kugel, in die Oeffentlichkeit käme, vorzubeugen. Das Polizeidepartement macht das unschuldsvollste Gesicht und erklärt jetzt, ja, wenn es gewußt hätte, daß die Frau Buchholz nach Rußland reise, so hätte es Anstalten getroffen, daß die Frau nicht hereingelassen worden sei, oder sie wäre sofort ausgewiesen worden; da sie sich aber einige Monate in Rußland aufgehalten habe und Verdacht vorliege, daß sie ihre der Regierung feindliche Gesinnung auch im Reiche selbst bethätigt haben

könnte, so habe das Polizeidepartement nach den Landesgesetzen verfahren und über die Frau Untersuchungshaft verhängen müssen usw. Die ganze raffinierte Komödie hat aber nur den einen Zweck, von der Frau Buchholz Belastungsaussagen gegen Dritte zu erpressen. Wenn dann, wie das sich im Fall Kugel gezeigt hat, die Gendarmerie sie zehn bis zwölf Monate geplagt und dem Wahnsinn nahe gebracht haben wird, dann eröffnet man ihr, daß der Zar in seiner großen Gnade alles verziehen habe, und bringt sie unter Bedeckung an die Grenze.

Und Deutschland, das seine Bürger gegen Haiti oder Venezuela so nachdrücklich in Schutz zu nehmen weiß, daß es sofort einige Kreuzer gegen diese Staaten schickt und mit Bombardements droht, läßt sich von Rußland derartige Komödien mit erstaunlichem Gleichmut gefallen! —

China in Deutschland. Noch sitzen zwei Redakteure des „Vorwärts" im Kerker; der eine, weil ein Chinatelegramm einen leichteren Thatbestand angab, als er in Wirklichkeit war; der zweite, weil Thatsachen für Urteile erklärt wurden, bei denen der angebotene Wahrheitsbeweis unzulässig sei.

Inzwischen tauchen an allen Ecken und Enden Zeugnisse der deutschen Kriegsführung in China auf.

Unter den Blättern, die zur Zeit des Khalizugs tagtäglich behaupteten, die Hunnenbriefe seien erlogen, befanden sich auch die „Münchener Neuesten Nachrichten". Vor wenigen Tagen aber schrieben sie über das Faschingsfest der Münchener Presse unter anderm:

„Auch wertvolle echte Kostüme erhöhten die Schönheit des Gesamtbildes, namentlich sah man viele kostbare **chinesische Gewänder, offenbar Beutestücke aus dem letzten Feldzug, der den hohen Kunst- und Farbensinn der Zopfträger in den Ballsaal verpflanzte.**"

Und in einem weiteren Bericht des nämlichen Blattes ist zu lesen:

„Das kostbarste Kostüm des Abends trug wohl Herr Diringer, der Besitzer der bekannten Kostümfabrik, der ein **aus Peking — importiertes goldstrotzendes Gewand anhatte.**"

Was die „Münchener Neuesten Nachrichten" selbst von dem „Import" dieses reichen Gewandes halten, sagt zur Genüge der Gedankenstrich, den sie vor das Wort „importiertes" setzten. Somit haben die „Münchener Neuesten Nachrichten" bewiesen, daß sie eben in Wirklichkeit auch an die Echtheit der Hunnenbriefe glauben und alles Geflunker war, was sie vor zwei Jahren schrieben.

Die „Zukunft" bringt folgende satirische Briefkastennotiz:

Im Inseratenteil Ihrer Zeitung wird „ein vom Kaiser Kwangh Su selbst gemaltes Bild, mit eigenhändiger Aufschrift und genauester Uebersetzung aller Stempel und Inschriften" für sechshundert Mark zum Kauf angeboten. Ob der Kaiser von China malt, weiß ich nicht; daß er, um sechshundert Mark zu verdienen, seine Bilder losschlägt, ist unwahrscheinlich. Entweder ist's Schwindel oder das Bild ist in China gestohlen worden. In beiden Fällen sollte die Expedition der „Vossischen Zeitung" sich nicht gegen Entgelt zu Vermittlerdiensten hergeben, die noch schlechter riechen als die einfache Alltagskuppelei.

Wie die Krupp-Presse „berichtigt". In unsrer Mittwochs-Nummer hatten wir unter der Spitzmarke „Das Fiasko des Huldigungsschwindels" mitgeteilt, daß in der Versammlung auch die socialdemokratische Kaiserdeputation des Magdeburger Gruson-Werkes anwesend gewesen sei und in ihrer großen Majorität nicht gegen die Protestresolution gestimmt habe. Gegen diese Mitteilung brachte die „Magdeburgische Zeitung" folgende „Berichtigung":

„Die Nummer 11 des „Vorwärts" bringt über eine am vergangenen Montag abgehaltene Versammlung der organisierten Arbeiterschaft von Magdeburg einen Artikel und darin die Behauptung, daß diejenigen Arbeiter, an welche der Kaiser in Essen die Ansprache gehalten hat, sämtlich anwesend gewesen seien. Dieser Artikel veranlaßte uns zur Einholung von Erkundigungen, und wir können auf Grund derselben die Behauptung für unrichtig erklären. Diejenigen Arbeiter, zu denen der Kaiser in Essen am Begräbnistage Krupps gesprochen hat, gehören sämtlich zur Arbeiterschaft der Essener Werke der Firma Krupp, und keiner von ihnen war am Montag hier anwesend."

Zu diesem Dementi erklärt nun unser Magdeburger Bruderorgan:

„Man muß gestehen: in der Verdrehung von Thatsachen ist in dieser seltsamsten aller Berichtigungen der Rekord geleistet. Der obige Schlußsatz soll nämlich bei den Lesern den Glauben erwecken, als sei die sogenannte Kaiserdeputation thatsächlich nicht im „Luisenpark" gewesen. Ferner stellt sich das Blatt so, als sei keiner von den 16 Mann in Essen gewesen — dasselbe Blatt, das erst vor kurzem aller Welt mitgeteilt hat, daß eine Deputation von Arbeitern des Krupp-Grusonwerks zur Beerdigung Krupps nach Essen delegiert worden war.

Wir stellen diesem plumpen Versuch, die Behauptungen des „Vorwärts" in Mißkredit zu bringen, folgendes der Wahrheit gemäß fest:

Die Arbeiter, Vorarbeiter usw., die am Montag in der Versammlung waren, waren sämtlich auf Kosten des Grusonwerks bei der Beerdigung Krupps mit anwesend.

Die Angaben des „Vorwärts" sind Wort für Wort wahr.

Richtig an der „Berichtigung" ist nur das eine, daß nämlich die von hier delegierten Arbeiter nicht alle für würdig befunden wurden, die Kaiserrede mit anzuhören. Und das zu „berichtigen" hat obendrein die „Magdeburgische Zeitung" in ihrem Uebereifer völlig vergessen! Wie wir erfahren, wurden in dem Wartesaal, in welchem Wilhelm II. die bekannte Rede hielt, nur solche „Arbeiter" zugelassen, die den „maßgebenden" Personen als „absolut zuverlässig" bekannt waren. Die Unglücklichen, die vom Grusonwerk abkommandiert waren (oder will man etwa behaupten, auch diese Delegation sei eine „freiwillige" gewesen?), mußten sofort nach dem Begräbnis wieder zum Bahnhof und abreisen."

Die Feststellungen unsres Magdeburger Partei-Organs sind außerordentlich interessant. Sie beweisen nicht nur, wie gewissenhaft die Krupp-Presse berichtigt, sondern sie zeigen auch, wie peinlich vorsichtig man in der Auswahl politischer Statisten ist, wie ängstlich man sich bemüht, kaiserliche Reden nur solchen Ohren zugänglich zu machen, die man für „absolut zuverlässig" hält. Bei den Journalisten hat man bereits seit einiger Zeit dies seltsame Auslese-verfahren angewendet, nun scheint man auch zu befürchten, daß durch andre Zuhörer Varianten einer Rede bekannt werden könnten, die in der offiziellen Bekanntgabe einer Retouche unterzogen worden sind. —

Schleifstein-Entrüstung. Der weiland Stummsche Schleifstein, die „Post", sucht sich um die Registrierung der letzten Berliner Polizeispitzel-Tölpelei durch die heuchlerische Ausflucht herumzudrücken, daß der „Vorwärts" in seinen Mitteilungen „unzuverlässig" sei und daß man deshalb besser thue, mit einem Urteil erst abzuwarten, bis eine „objektive Feststellung des Thatbestandes" vorliege. Die „Unzuverlässigkeit" des „Vorwärts" wird dann mit dem nach der „Magdeburgischen Zeitung" angeblich unrichtigen Bericht des „Vorwärts" über die Magdeburger Protestversammlung über die Krupp-Affaire bewiesen. Wer in der That unrichtig berichtet hat und „unzuverlässig" ist, haben wir in unsrer vorhergehenden Notiz bereits zur Genüge klargestellt. Die „Post" hat also keine Ursache mehr, ihre sittliche Entrüstung an ein falsches Objekt zu verschwenden.

Was aber die Hoffnung der „Post" anlangt, daß die verunglückte Bespitzelungsaffaire „noch weitere Folgen" haben und zu einer „objektiven Feststellung des Thatbestandes" von polizeilicher Seite führen werde, so verrät sie denn doch ein Uebermaß schlecht posierter Naivetät. Die „Post" weiß ganz genau, wie eilig es die Polizeibehörde mit Erklärungen in solchen Sachen hat. Als es unsren Genossen gelang, den Polizei-Agenten, der unsren Genossen Wasewitz durch Bestechungen zum Parteiverrat dingen wollte, in flagranti zu erwischen und ihn trotz alles Sträubens auf die Polizeiwache zu schaffen, da verweigerte die Polizei die von unsren Genossen dringendst gewünschte Feststellung der Personalien ihres Beamten. Und als unser Genosse sich an die Staatsanwaltschaft wendete, um ihre Unterstützung in der Eruierung und Bestrafung des Polizeibeamten zu erlangen, der ihn durch seine Bestechungsversuche in seiner Ehre so schwer gekränkt hatte, da wies auch die Staatsanwaltschaft jedes Eingreifen ab! Und wenn Spitzelaffairen im Reichstag zur Sprache gebracht wurden, so verschanzten sich die Regierungsvertreter, statt eine „objektive Feststellung des Thatbestandes" zu geben, hinter ihre angebliche Unzuständigkeit und erklärten, daß diese Angelegenheiten vor den preußischen Landtag gehörten! Alles das weiß die „Post" ganz genau, aber gerade deshalb hat sie die Stirn, über derartige Korruptionserscheinungen der politischen Polizei mit ein paar faulen, verlogenen Redensarten zur Tagesordnung überzugehen. —

Das deutsche Finanz-Elend kommt auch im württembergischen Etat zum Ausdruck. Wie aus Stuttgart telegraphiert wird, veröffentlicht der „Staatsanzeiger" den Etatsentwurf für 1903—1905. Der Staatsbedarf beträgt für beide Jahre zusammen 184 Millionen Mark, d. h. 6 Millionen Mark Mehrerfordernis. Die Einnahmen betragen 175 Millionen Mark, der Fehlbetrag 8,8 Millionen Mark. Die Regierung schlägt vor, zur Vermeidung einer Steuererhöhung ausnahmsweise eine Anleihe zu machen. —

Schulversäumnis und fürstliche Treibjagden. Der Lehrer des Dorfes Vilmnitz auf Rügen hatte seiner Pflicht gemäß die Schüler, welche den Unterricht versäumten, um an Treibjagden teilzunehmen, auf die Schulversäumnis-Liste geschrieben. Darauf haben die betreffenden Väter dem Lehrer offen ihre Feindschaft erklärt und angekündigt, daß sie ihm fortan die Unterstützung beim Kirchenchor, bei Schulausflügen ꝛc. verweigern würden. Der gemaßregelte Lehrer erläßt zu dieser Angelegenheit nun im „Rügenschen Kreis- und Anzeigenblatt" eine Erklärung, in der er sagt:

„Es ist uns Lehrern sehr unangenehm, wenn wir durch unser Vorgehen einzelnen Gemeindemitgliedern Verlegenheit und Verdruß bereiten müssen, ja wir bedauern aufrichtig die schiefe Stellung zu unsrer Gemeinde, in welche uns diese Angelegenheit hineinbringt. Die vorgesetzten Behörden verlangen aber auf das entschiedenste, daß jeder einzelne Fall von Schulversäumnis unnachsichtlich zur Anzeige gebracht werde. Man kann doch unmöglich von den Lehrern verlangen, daß sie aus Gefälligkeitsrücksichten ihre Pflicht verletzen oder die Sorge für die ihnen anvertraute Jugend aus den Augen verlieren."

Zur Erklärung des ganzen Vorganges sei hinzugefügt, daß die betreffenden Landleute Pächter des Fürsten zu Putbus sind und als solche die kontraktliche Verpflichtung haben, gegen einige Groschen Vergütung eine gewisse Zahl Treiber zu den fürstlichen Jagden zu stellen, und das können für den geringen Preis aber nur die Kinder sein.

Der Fürst von Putbus ist einer der größten Grundbesitzer des Reiches, dessen Besitz nach vielen Quadratmeilen zählt. Um aber seinem durchlauchtigsten Jagdvergnügen frönen zu können, zwingt er seine Pächter, ihre Kinder vom Schulbesuch fernzuhalten! —

Aus Bassermanns Wahlkreis Jena-Neustadt-Blankenhain kommt die Nachricht, daß man daselbst immer noch mit der Kandidatur Bassermanns bei der kommenden Wahl rechne. Die „Jenaer Ztg." berichtet, angeblich aus einer ganz zuverlässigen Quelle (also wohl von Bassermann selbst): „Wenn auch Bassermann die Kandidatur in Karlsruhe-Durlach annehme, so schließe dies nicht aus, daß er trotzdem auch die Kandidatur seines bisherigen Kreises beibehalte." Bei der Wahl im Jahre 1898 war dies auch der Fall, im alten Kreise fiel Bassermann natürlich durch und nur durch die Gnade der Nationalsocialen wurde er davor bewahrt, auch im andern Kreise dasselbe Schicksal zu erfahren. Trotz der Doppelkandidatur wird es ihm natürlich in diesen beiden Kreisen nicht gelingen ein Mandat zu erhalten, es wird also wohl in diesem Falle nur noch Ostpreußen für ihn übrig bleiben. —

Aus Baden wird uns geschrieben: Die Veränderung der politischen Situation, wie sie sich in Baden im Gefolge der letzten großen Vorgänge im Reichstage vollzogen hat, findet bereits bei den am nächsten Montag in Offenburg stattfindenden Gemeindewahlen in der Neugruppierung der Parteien ihren ersten praktischen Ausdruck. Bisher waren dort die Demokraten bei Gemeinde- und Landtagswahlen mit dem Centrum gegen die Socialdemokraten zusammengegangen; diesmal dagegen hat sich die Demokratie mit unsren Parteigenossen zum gemeinsamen Kampf gegen das Centrum zusammengefunden, dem sich aus Gründen lokaler Natur auch die Nationalliberalen anschlossen. Der Vorschlagsliste des Centrums, die selbst in der hauptsächlich in Frage kommenden Wählerklasse der Mindestbesteuerten lauter waschecht Schwarze aufweist, haben die vereinigten Gegner einen Zettel gegenübergestellt, der 15 Socialdemokraten, 9 Demokraten und 4 Nationalliberale enthält. Der Vorgang ist als Zeichen der Erbitterung, die sich allenthalben im Lande gegen die klerikalen Volksfeinde geltend macht, von hohem Interesse und läßt auch bereits einen Schluß zu auf den Aufmarsch der Parteien bei den nächsten Reichstags- und den im Herbst stattfindenden badischen Landtagswahlen. —

Um sich Unterkunft zu verschaffen, wendete der arbeits- und obdachlose Galvaniseur Paul Friede in Nürnberg ein verzweifeltes, aber nicht mehr ungewöhnliches Mittel an. Als ihm der Magen gar zu sehr knurrte und der Frost seine Glieder schüttelte, ging er kurz entschlossen in eine Wirtschaft und stieß ohne weiteres eine beleidigende Aeußerung über Wilhelm II. und dessen Verhältnis zu den Arbeitern aus. Dann forderte er die anwesenden Gäste auf, ihn wegen Majestätsbeleidigung anzuzeigen, damit er versorgt werde. Der Wunsch des armen Teufels ging in Erfüllung, indem er sofort verhaftet wurde. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis.

Ausland.

Marokko.

Ueber den Kampf bei Fez liegen auch heute keinerlei Meldungen vor. Die eingelaufenen Nachrichten besagen:

London, 16. Januar. Ueber die Kämpfe zwischen den Eingeborenen bei Tandji Balia wird dem „Reuterschen Bureau" aus Tanger von gestern gemeldet: Die Partei, welche am Dienstag bei den wegen Viehräubereien entstandenen Streitigkeiten den kürzeren gezogen hatte, machte heute in der Stärke von etwa 1000 Mann einen erneuten Angriff auf das Dorf Tandja Balia, zündete drei Häuser an und drohte auch das Haus des Engländers Harris anzugreifen, der die Dorfbewohner in der Nähe seines Hauses unterstützt und nach dem letzten Kampf ihren Frauen Obdach angeboten und ihr Vieh bei sich untergebracht hatte. Der britische Gesandte forderte den Vertreter des Sultans auf, zum Schutze Harris und seines Eigentums Truppen zu entsenden. Beim Herannahen der Truppen zogen sich die Angreifer zurück; eines ihrer Dörfer wurde von den Soldaten geplündert und in Brand gesteckt. Die meisten europäischen Bewohner von Tanger folgten diesen Operationen zu Pferde. Als die Truppen des Sultans sich zum Abzuge rüsteten, gaben eine Anzahl Dorfbewohner, die sich verborgen gehalten hatten, unerwartet Feuer auf sie. Es folgte ein lebhafter Gewehrkampf, der die Europäer, die sich in Pistolenschußweite befanden, veranlaßte, eine etwas entferntere sichere Stellung einzunehmen. Bei dem Kampfe wurden zwei Soldaten verwundet; ein Eingeborener ist gefallen, doch sind die genauen Verluste der Eingeborenen nicht bekannt. Das Verhalten der Soldaten war das eines undisciplinierten Haufens.

Der „Morning Leader" meldet vom 4. d. M. aus Mogador, an der Westküste Marokkos über Tanger, 14. d. M., der deutsche Gesandte in Tanger habe den deutschen Vertreter in Mogador angewiesen, die deutschen Einwohner von Marrakesch durch Eilboten aufzufordern, sich sofort nach Mogador zu begeben. Diese Maßnahme sei infolge des Ernstes der Lage erfolgt. Die Deutschen hätten Marrakesch infolge dieser Aufforderung sofort zu verlassen und müßten all ihr Eigentum im Stich lassen. Dieses Vorgehen der deutschen Behörden sei ein Beweis dafür, daß sie die Lage als höchst ernst betrachteten.

Oestreich-Ungarn.

Die czechische Obstruktion.

Die Obstruktion der Jungczechen hat gestern dem Reichsrat eine Nachtsitzung beschert, die bis 6 Uhr morgens dauerte. Ueber diesen letzten Obstruktionsversuch wird gemeldet:

Um 10 Uhr abends erhält der Czechisch-Radikale Fresl, der schon mittags 4½ Stunden gesprochen hatte, das Schlußwort zu seinem Dringlichkeitsantrage über die sprachlichen Verhältnisse bei den Staatsbahnen in Böhmen. Er spricht Czechisch mit leiser, tonloser Stimme. Die deutschen Parteien sorgen für die Beschlußfähigkeit des Hauses und lösen sich schichtmäßig ab. Der den Vorsitz führende deutsche Vicepräsident Kaiser fordert den Redner schon um 11 Uhr wiederholt auf, sich kurz zu fassen. Jeder solchen Aufforderung folgt wütender Lärm der Czechisch-Radikalen, welche rufen: „Sie haben oben zu sitzen und zu schweigen!" Der Vorsitzende beschließt daraufhin, entschiedener vorzugehen. Auf sein Glockenzeichen strömen die Abgeordneten aus den Wandelgängen in den Saal, die Deutschen nehmen auf der Präsidententribüne Aufstellung, um den Vorsitzenden zu decken, der nun erklärt, dem Abgeordneten Fresl das Wort zu entziehen, da er sich seinen Anordnungen nicht gefügt habe. Stürmischer Beifall aller Parteien mit Ausnahme der Jungczechen. Da ergreifen die Czechisch-Radikalen ihre Pultdeckel und beginnen damit zu klopfen. Die Abgeordneten Choc und Sehnal arbeiten mit Brettern, die sie vorbereitet hatten. Das Pult Fresls geht in Trümmer. Klofac benutzt ein dickes Buch zum Trommeln. Fresl zieht eine Pfeife hervor. Bald hört man auch eine Kindertrompete. Nun beginnen sich auch die Jungczechen zu rühren. Der Jungczeche Dr. Forscht hält seinen Parteigenossen eine Standrede, daß sie Vergewaltigung ihrer Landsleute zulassen. Mit Sokol und Dworzak stürmt er die Präsidententribüne. Sie drohen dem Vicepräsidenten Kaiser mit den Fäusten. Inzwischen dauert das Konzert mit den Pultdeckeln fort. Mitten in diesem Lärm läßt der Vorsitzende über den Antrag Fresl abstimmen. Natürlich wird der Antrag Fresl abgelehnt. Großer Lärm bei den Czechisch-Radikalen, welche neuerdings den Präsidentensitz zu stürmen versuchen. Die Deutschen schlagen den Angriff ab. In dem beängstigenden Gedränge schreit Fresl dem Präsidenten zu: „Hinaus, elender Schurke!" Der Alldeutsche Malik ruft den Czechen zu: „Ihr L... buben!" Hierauf gelangt der Dringlichkeitsantrag Choc über allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung zur Verhandlung. Die Czechisch-Radikalen stellen den Pultdeckellärm ein. Choc spricht in heftigsten Ausdrücken gegen Vergewaltigung. Der Vicepräsident ermahnt ihn wiederholt und entzieht ihm schließlich das Wort. Die Lärmscenen wiederholen sich. — Der Verlauf der Sitzung während der letzten Nachtstunden war folgender: Choc spricht bis 3½ Uhr früh. Um diese Zeit erscheinen die Abgeordneten der Linken fast vollständig im Saal; auch die Centrumsbänke füllen sich. Nach dem Schlußwort des Abgeordneten Kubr wird der Dringlichkeitsantrag betreffend die Altersversicherung abgelehnt. Das Haus verhandelt sodann den Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Prazek betreffend den Notstandstarif für Kunstdünger und Futtermittel. Der czechische Agrarier Prazek hält eine zweieinhalbstündige, stellenweise kaum hörbare Rede in czechischer Sprache, welche hier und da von den im Saale anwesenden Abgeordneten der Linken mit Zwischenrufen begleitet wird, worauf die Czechisch-Radikalen mit Gegenrufen erwidern. Nach Beendigung der Rede um 6 Uhr früh und nach einer kurzen Erklärung des deutschen Abgeordneten Primavesi, welcher die Ablehnung befürwortet, wird die Debatte geschlossen. Die deutschen Generalredner Derschatta und Hinterhuber verzichten auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit abgelehnt. Der Präsident unterbricht sodann um 6 Uhr 15 Min. früh die Sitzung.

Am Freitag um 10 Uhr früh, also nach nur vier Stunden Unterbrechung, wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Ueber die Rede Koerbers über den Ausgleich berichten wir an andrer Stelle. —

Frankreich.

Jaurès' Wahl zum Vicepräsidenten.

Paris, 14. Januar. (Eig. Ber.) Jaurès Kandidatur war eine harte Probe für das Regierungskartell, und dieses hat sie nichts weniger als glänzend bestanden. Der Vertreter der ministeriell-socialistischen Fraktion wurde erst in der Stichwahl gegen einen zweiten ministeriellen Vicepräsidenten gewählt, und zwar bloß mit 293 gegen 196 Stimmen. Das Regierungskartell zählt aber nicht weniger als 300 Stimmen.

Dieses Wahlergebnis erscheint auf den ersten Blick befremdend. Hat nicht dieselbe Kartellmehrheit in der früheren Kammer die Beteiligung Millerands selbst an der Regierungsgewalt gutgeheißen? Und bildet denn nicht Jaurès Kammerfraktion einen gleichberechtigten und einflußreichen Bestandteil des regierenden Kartells? . . . Jaurès Wahl zum offiziellen Ehrenposten eines Vicepräsidenten ist ja weiter nichts als eine feierliche Anerkennung oder auch nur eine formale Folge jener ganz anders bedeutungsvollen Thatsache. Dennoch aber der offenkundige Widerwille eines vollen Drittels des Kartells gegen Jaurès' Kandidatur! Die Méliniſten, die gegen Jaurès eine ungebührliche zweite Kandidatur ihrer Fraktion aufgestellt haben, motivieren ihre Weigerung, für die Gesamtliste des Kartells einschließlich Jaurès zu stimmen, mit ihrer Gegnerschaft gegen die socialistischen Lehren. Dieser Beweggrund, mag er aufrichtig sein oder nicht, kann jedenfalls für den Disciplinbruch der Kartellmitglieder nicht gelten. Es handelt sich da vielmehr um die neulichen Erklärungen Jaurès gegen die Revanche. Der Disciplinbruch war sozusagen eine „patriotische" Protest-Kundgebung. Andrerseits hat dabei wohl auch die Minierarbeit eines Teils der Linken gegen das Kabinett Combes mitgewirkt. Denn die Kandidatur des einflußreichen Mitgliedes des Kartellvorstandes war zugleich eine Probe auf die Autorität dieses Vorstandes, auf die Festigkeit der Disciplin der Regierungsmehrheit.

Die radikale Presse betrachtet denn auch mit Recht Jaurès' Wahl einzig von diesem Standpunkte aus. Und die Zeitung „Le Radical" trifft ins Schwarze, indem sie schreibt: „Der Bloc (Regierungskartell) hat sich gestern nicht wie ein guter Bloc benommen, er hat sich etwas zersplittert gezeigt, und das in einer Personenfrage . . ." — Die „Petite République" dagegen (Artikel von Géraudt-Richard) überschätzt die Bedeutung der Wahl ebenso gewaltig — wenn auch natürlich aus entgegengesetzten Gründen — wie die antiministerielle Bourgeospresse, indem sie in ihr, wie diese, einen Triumph des Socialismus erblickt: „Der gestrige Tag bedeutet ein wichtiges Datum nicht nur für die französische socialistische Partei, sondern auch für die socialistische Partei aller Länder. Die Lektüre der ausländischen Zeitungen wird bestätigen, daß ich nicht übertreibe . . ." Die überschwängliche Erklärung zeigt nur wieder einmal, wie leicht die ministeriellen Socialisten in den bekannten bürgerlichen Fehler verfallen, einen formalen parlamentarischen Erfolg, der obendrein so schwer errungen wurde, für eine welterschütternde That zu halten.

Rußland.

Russische Censurstücklein. Jedes Jahr wird eine ganze Anzahl Bücher von der Censur verbrannt, in denen sie noch nachträglich Gedanken aufspürt, die ihrer Meinung nach sich nicht ganz mit den Ansichten und Bestrebungen der Regierung in Einklang befinden.

Der Scheiterhaufen der Hauptpreßverwaltung hat dieses Jahr mehr als je Nahrung gehabt, denn wie die Beamten der Verwaltung selbst zugeben, erreiche die Anzahl der noch nachträglich als schädlich anerkannten Schriften, die dem Feuer überliefert werden, einen noch kaum dagewesenen Umfang. Als staatsgefährlich ist unter andrem auch eine Biographie Victor Hugos und der I. Band der Geschichte der französischen Revolution von Louis Blanc befunden worden, der schon vor 30 Jahren erschienen ist. Aus einem größeren Werk über die Kooperationsbewegung in Rußland von Prokopowitsch hat die Censur noch nachträglich die letzten sechs Seiten herausgeschnitten. —

Asien.

Die politische Situation in Japan wird in dem Organ der socialistischen Partei von Japan in folgender Weise geschildert: Das japanisch-britische Bündnis „zur Erhaltung des Friedens im fernen Osten" habe zur Folge gehabt, daß die japanische Regierung beflissen sei, die Marine und das Landheer zu vermehren. Die dafür nötigen Summen sollen aus der Grund- und Bodensteuer herausgewirtschaftet werden, eine Steuer, die, wenn sie nicht vom gegenwärtigen Landtag wieder bewilligt wird, im nächsten Jahre aufzuhören hätte. Das gegenwärtige Kabinett Katsura sei ein durch und durch dem Militarismus und Marinismus ergebenes, und es finde in weiten Kreisen, namentlich im Oberhause, Unterstützung.

Der Marquis Ito (der ehemalige Premierminister) sei mit dieser Politik nicht einverstanden und habe den Projekten des Kabinetts Katsura Opposition gemacht. Alle Vorstellungen des alten Staatsmannes waren vergeblich, und er brach deshalb mit allen seinen früheren Freunden und übernahm die Leitung der Seiyu Kwai, der Partei, die der Marquis vor 2 Jahren gegründet hat. In der gegenwärtigen Session wird nun die Entscheidung kommen. Einzelne Politiker meinen, daß es zu einer Auflösung des Parlaments kommen und daß der junge Katsura den alten Staatsmännern Platz machen werde; andre glauben, daß das Kabinett seine Projekte, in welchen u. a. nach deutschem Muster ein 10jähriger Schiffsbauplan vorgesehen ist, durchbringen werde.

Die „Labor World" selbst ist der Auffassung, daß der alte Marquis Ito seine politische Karriere zu Gunsten des jüngeren, geschickteren, schneidigeren Katsura wird beenden müssen. Das bedeute aber für die arbeitende Klasse schwere Opfer an Gut und Blut; im Interesse der Großmachtsucht werden dem Militarismus und der Flotte große Summen geopfert, welche durch die Landtaxe und andre Steuern aus dem Volke herausgepreßt werden. Die socialistische Partei Japans werde der Vermehrung der Flotte die entschiedenste Opposition machen. —

Amerika.

Venezuela. Ueber die diplomatische Entwicklung des Venezuela-Kreuzzugs liegt heute keinerlei Nachricht vor. Dagegen wird dem „Tag" über den Eindruck der Blockade aus Willemstad gemeldet:

„Die Zustände dürften sich nicht eher ändern, bis die Blockade ihre volle Wirkung thut. Diese erscheint aber ohne drastischere Maßregeln den Venezolanern so lächerlich, daß der hiesige Präfekt mir gestern scherzend sagte, er wolle die Kriegsschiffe bitten, Sonntags Kapellen an Land zu setzen, um zum Konzert aufzuspielen."

Drastischere Maßregeln anzuwenden wird man sich mit Rücksicht auf Amerika schwerlich einfallen lassen. —

Gerichts-Zeitung.

Das neue Gesetz, betreffend Aufhebung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse, hat für den Gewerbebetrieb der bundesstaatlichen Lotteriekollekteure eine unbeabsichtigte Wirkung ausgeübt. Die größeren Lotteriekollekteure aus Mecklenburg, Hamburg, Braunschweig und andren Orten haben unzählige Lotterieprospekte nach den andren Bundesstaaten versandt. Im Falle der Anzeige wurden die Versender in allen Orten, wohin die Prospekte gelangten, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Bei der Rechtsprechung wurde davon ausgegangen, daß die Straftat erst mit der Aushändigung der Sendung an die Adressaten vollendet worden sei. Nun hat das neue Gesetz vom 10. Juni 1903 für Druckschriften, durch deren Inhalt eine strafbare Handlung begangen ist, als Ort der That nur den des Erscheinens festgesetzt. Danach würde auch für die Lotterieprospekte nur das Gericht zuständig sein, in dessen Ort die Versendung erfolgte, mithin ein solcher, in welchem der Vertrieb der betreffenden Lose nicht strafbar ist. Ueber diese Frage veröffentlichte das Organ der Lotteriekollekteure, die „Lotterie-Post" einen Leitartikel, in welchem der Rat erteilt wurde, fortan den Einwand der Unzuständigkeit der betr. fremden Gerichte zu erheben. In der letzten Nummer der „Lotterie-Post" ist nun ein Urteil des Schöffengerichts zu Stuttgart mitgeteilt worden, in welchem sich das genannte Gericht unter sehr ausführlicher Begründung in der That für unzuständig erklärt. Die erlassene Strafverfügung ist deshalb außer Kraft gesetzt worden. Es wird nun abzuwarten sein, wie sich die höheren Instanzen zu dieser wichtigen Frage stellen werden.

Eine recht bedenkliche Körperverletzung eines Arbeitsgenossen führte gestern den 62 Jahre alten Schmied Gustav Goldmann vor das hiesige Schöffengericht. Der seit vielen Jahren in der Schwarzkopffschen Maschinenfabrik thätig gewesene Angeklagte kam eines Tages mit einem jüngeren Kollegen wegen der Benutzung des Dampf-Schmiedehammers in Streit. Der Schmied Jebran, der gerade den Dampfhammer benutzte, wollte denselben für den Angeklagten nicht freigeben und geriet darob mit diesem hart aneinander. Der Angeklagte fing an zu schimpfen und als ihn Jebran mit der Hand zurückdrängte und ihm dabei den Hut vom Kopfe stieß, stieß er seinen Gegner mit dem Fuß nach dem Unterleib. Nunmehr drängte ihn Jebran energischer zurück und bei dieser Gelegenheit kam der Angeklagte rücklings über eine Kiste zu liegen. Während ihn Jebran noch gepackt hielt, ergriff er einen unglücklicherweise zufällig dort liegenden schweren Hammer und versetzte damit dem Gegner mehrere heftige Schläge gegen den Kopf, so daß Jebran blutüberströmt zusammenbrach. Mehrere Arbeiter sprangen hinzu, entrissen ihm das gefährliche Werkzeug und verhüteten dadurch größeres Unglück. Der Verletzte hatte vier Kopfwunden und mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. Aber auch der Angeklagte hatte in dem Handgemenge ein blutunterlaufenes Auge davongetragen. Der ihn behandelnde Arzt bestätigte ihm, daß er infolge verschiedener schwerer Unfälle, die er im Leben erlitten, außerordentlich leicht erregbar sei und wahrscheinlich unbewußt nach dem Hammer gegriffen und damit um sich geschlagen habe. Rechtsanw. Lewinski beantragte die Freisprechung des Angeklagten, der sich in der Notwehr befunden habe und durch den Verlust seiner Stelle schon schwer genug gestraft sei. Mehrere Zeugen bestritten, daß Jebran gegen den Angeklagten thätlich vorgegangen sei, zwei andre bekundeten jedoch dahingehende Wahrnehmungen. Der Staatsanwalt hielt die Körperverletzung für eine sehr grobe und gefährliche und beantragte drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm zwar an, daß sich der Angeklagte in der Notwehr befunden, hielt diese aber für in unberechtigter Weise stark überschritten und verurteilte den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe event. zehn Tagen Gefängnis.

Ein netter Arzt. Wegen thätlicher Beleidigung ist am 14. August vorigen Jahres von der Strafkammer in Rosenberg (Wstpr.) der praktische Arzt Dr. med. Isidor Kalenscher zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die 17jährige Dienstmagd Anna K. hatte sich von ihm wegen eines angeblichen Lungenleidens untersuchen lassen. Nach Beendigung der Untersuchung, die ein Ergebnis nicht gehabt hatte, machte der Angeklagte einen unsittlichen Angriff auf das Mädchen, welches sich dagegen sträubte. Das Mädchen erzählte den Vorfall ihrer Mutter und beide stellten Strafantrag. Schließlich ließ sich aber die Mutter bereit finden, den Antrag zurückzunehmen, wogegen ihr der Angeklagte 350 M. zahlte. Das Vormundschaftsgericht bestellte aber nun dem Mädchen einen Pfleger und dieser erneuerte den Strafantrag. Das Gericht erachtete denselben für rechtswirksam und erkannte wie oben angegeben. — Die Revision des Angeklagten kam gestern vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Morris aus Berlin, beantragte Einstellung des Verfahrens, da die Straftat dem Richter entzogen sei, wenn der Strafantrags-Berechtigte den Strafantrag zurückgenommen habe. — Der Reichsanwalt beantragte dagegen die Verwerfung der Revision. Der Mutter stehe, wenn der Vater gestorben sei, die elterliche Gewalt zu. Das Vormundschaftsgericht habe die etwaige Gefahr, die dem Kinde durch Mißbrauch der elterlichen Gewalt usw. drohen, durch Bestellung eines Pflegers abzuwenden, der die elterliche Gewalt auszuüben habe. — Das Reichsgericht entschied jedoch nicht in diesem Sinne. Es erkannte auf Aufhebung des Urteils und stellte das Verfahren als unzulässig ein. Zur Begründung wurde angeführt: Die Mutter konnte den Strafantrag rechtsgültig zurücknehmen, so lange sie die gesetzliche Vertreterin ihrer Tochter war. Danach konnte weder von ihr noch von ihrem Nachfolger in der Vormundschaft der Strafantrag erneuert werden. — Sonach hat es der Angeklagte einem glücklichen Umstande zu danken, daß er lediglich mit einem Geldopfer von 350 M. davongekommen ist.

Versammlungen.

Der Centralverband der Zimmerer hat in den letzten Tagen fünf Agitationsversammlungen abgehalten mit der Tagesordnung: „Das Zolltarif-Gesetz und die Gewerkschaften." Am Dienstag fand die Versammlung im Charlottenburger „Volkshause" statt, am Mittwoch im „Klubhause" zu Schöneberg und am Donnerstag eine bei Brüder, Waldemarstraße, die zweite in der „Germania-Brauerei", die dritte bei Hübner, Swinemünderstraße. Referenten waren die Genossen Ritter, Rosenow, Link, Hoyle und Zubeil. Sämtliche Redner beleuchteten die schweren Schäden, die der Zolltarif für die Arbeiter im Gefolge haben muß, und entwarfen gleichzeitig ein Bild der gegenwärtigen politischen Situation mit ihrer Gefahr für die Volksrechte. An die zahlreich Erschienenen erging die dringende Mahnung, neue Mitglieder für die Gewerkschaft zu werben, in Anbetracht der kommenden Wahlen aber auch sämtlich sich der politischen Organisation anzuschließen und derselben die erforderlichen Kräfte zu stellen.

Bautischler. Am 11. d. M. tagte im Gewerkschaftshause eine überaus stark besuchte Branchenversammlung der Bautischler. Der Obmann gab den Thätigkeitsbericht, welcher von allen Seiten anerkannt wurde. Die Frage, was gedenken die Bautischler in diesem Jahre zu thun, förderte eine lebhafte Debatte zu Tage. Von allen Rednern wurde der Vorschlag der Kommission gut geheißen, welcher besagt, bei passender Zeit die Maschinengeldfrage so zu regeln, daß der Arbeitgeber sämtliches Maschinengeld zahlt, und den Arbeiten einen Nettotarif zu Grunde zu legen. Dies wurde auch von der Versammlung einstimmig beschlossen. Zum Schluß wurde jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, durch den Vertrauensmann die in Werkstellen bestehenden Tarife der Kommission einzureichen oder in den Vertrauensmännersitzungen abzugeben, auch ist es nötig, daß die jetzt bestehenden Maschinenpreise angegeben werden, damit es der Kommission leichter wird, unter Hinzuziehung der Kollegen der betreffenden Werkstellen, einen neuen Tarif auszuarbeiten. Das weitere wird in der nächsten Versammlung bekannt gegeben.

Die Zahlstelle Berlin des Centralverbandes der Maurer hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Silberschmidt über: Die politische Situation und die Gewerkschaften sprach. Der Vortragende wies auf die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland hin, auf den neuen Zolltarif, durch den das, was im gewerkschaftlichen Kampf an Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gewonnen wurde, mit einem Schlage wieder genommen wird; sowie auf die ganzen reaktionären Strömungen, durch die die Freiheiten und Rechte bedroht werden, an deren Erhaltung und Weiterentwicklung die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ganz besonders interessiert sind. Da nun, so führte der Redner weiter aus, die Socialdemokratie die einzige Partei ist, die unter allen Verhältnissen entschlossen für die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften kämpft, ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter nur diese Partei unterstützen können und alle Kraft einsetzen müssen, um bei den bevorstehenden Wahlen ein möglichst günstiges Resultat zu erzielen. Die Mitglieder einer Organisation, die wie der Maurerverband sich bis in die kleinsten Ortschaften erstreckt, können am besten dahin wirken, daß die politische Aufklärung und der Gedanke des Socialismus in Gegenden getragen wird, wo sie bisher noch keinen Fuß gefaßt haben und die Bevölkerung noch stumpf und gleichgültig dahinlebt. Dafür, sowie für die Stärkung der politischen Organisationen und die Verbreitung der socialdemokratischen Presse sollte jeder seine ganze Kraft einsetzen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. —

Die im zweiten Punkt angekündigte Beratung über Anträge zum Verbandstag wurde vertagt bis zur nächsten Versammlung. Bezüglich der Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlen der Verbandstags-Delegierten teilte Panser mit, daß die Vertreter der Sektionen und Zahlstellen des Zweigvereins Berlin ein Wahlreglement aufgestellt haben, wonach der Zweigverein nach Sektionen und Zahlstellen in 5 Wahlabteilungen zerlegt wird. Jede dieser Wahlabteilungen hat eine ihrer Größe entsprechende Zahl von Delegierten zu beanspruchen und Kandidaten dazu aufzustellen. Die eigentliche Wahl geschieht dann in der Versammlung des Zweigvereins. Von den 11 Delegierten, die der Zweigverein zu entsenden hat, kommen auf die Wahlabteilung Berlin mit Marienfelde, Mariendorf, Tempelhof, Tegel, Reinickendorf, Schönweide und Johannisthal 6 Delegierte. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden und stellte dann 13 Kandidaten auf, von denen dann in der Versammlung des Zweigvereins 6 als Delegierte und einer als Ersatzmann gewählt werden soll. —

Lichtenberg. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag eine Versammlung ab. Grauer referierte über: „Das Wahljahr und der Wahlverein." Als Wahlkomitee zu den bevorstehenden Gemeindevertreter-Wahlen wurde einstimmig der Vorstand des Wahlvereins bestimmt. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Mitglieder des Wahlvereins, die ohne zwingende Gründe zu Wahlen, die der Wahlverein propagiert, nicht teilnehmen, werden aus dem Wahlverein ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgt durch den Vorstand. Berufung an die Generalversammlung ist zulässig." Angenommen wurden weiter zwei Anträge an die Gemeinde-Verwaltung: 1. Endliche Schaffung eines Volksbades; bis dahin Zuschuß der Gemeinde zu den Kosten, die die Verausgabung von Bademarken zum Preise von 20 Pf. durch den socialdemokratischen Wahlverein an die arbeitende Bevölkerung und deren Angehörige mit sich bringen. — 2. Einstellung einer Summe in den Etat des nächsten Jahres zum Zwecke der Teilnahme der Schüler und Schülerinnen der oberen Klassen der Gemeindeschulen an dazu geeignete Theateraufführungen bezw. Schulvorstellungen.

Der Wahlverein Rixdorf hielt am Mittwoch in Thieles Salon eine stark besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Boeske erstattete den Vorstandsbericht. Die ganze Thätigkeit des Vorstandes konnte ausschließlich auf den inneren Ausbau der politischen Organisation und auf zweckdienliche Agitation für unsre gute Sache verwandt werden. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. So ist die Mitgliederzahl des Wahlvereins auf 1784 angewachsen, also rund 300 mehr wie zu Anfang des Quartals, ebenfalls sind 360 neue „Vorwärts"-Leser gewonnen worden, so daß gegenwärtig fast 3000 Abonnenten am Orte vorhanden sind. — Den Kassenbericht gab Stieler. An Einnahmen erzielte der Verein 2543,00 M., verausgabt wurden 2249,16 M., darunter 1781,10 M. an die Hauptkasse des Central-Wahlvereins. Als Bestand verbleiben somit 293,84 M. Nachdem der Kassierer noch hervorgehoben hatte, daß infolge der jetzigen regen Agitation 1000 Bons mehr verkauft seien wie im vorigen Quartal, wurde ihm auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt. — Hierauf berichtete der bisherige Bibliothekar Wurbs, daß die gut ausgestattete Bibliothek noch in keinem Quartal so stark in Anspruch genommen sei wie diesmal. — Ueber den Stand der Parteispedition verbreitete sich eingehend Genosse Ostermann. Einer Gesamteinnahme von 9732,15 M. steht eine Gesamtausgabe von 9345,06 M. gegenüber, sodaß ein Ueberschuß von 387,09 M. erzielt wurde. Auch hier erfolgte einstimmige Decharge-Erteilung. Eine lebhafte Debatte entspann sich nun über die Umgestaltung der Parteispedition. Im Auftrage einer früheren Versammlung hatte der Vorstand die Beschaffung eines Unterkunftsraumes für die Zeitungsträgerinnen zu veranlassen. Mit Zustimmung der Bezirksführer ist sodann zum 1. Januar ein Laden in der Prinz Handjerystraße 7 gemietet, in den die Parteispedition verlegt worden ist, nachdem sie gleichzeitig durch Anlegung einer Schulbuchhandlung erweitert wurde. Ebenfalls ist hier die Bibliothek untergebracht, auch werden daselbst die Zeitungsfrauen abgefertigt. Da der Parteispediteur Ostermann, der gleichzeitig ein Stadtverordnetenmandat auszuüben hat, die laufenden, jetzt noch erweiterten geschäftlichen Obliegenheiten jedoch nicht mehr allein bewältigen kann, so stellte ihm der Vorstand eine Hilfskraft in der Person Stielers zur Seite, in der Voraussetzung, daß diese Maßnahmen von der Generalversammlung gebilligt würden. Die Mehrzahl der Redner bemängelte jedoch die Errichtung der Schulbuchhandlung sowie die Anstellung des zweiten Parteibeamten aus finanziellen Bedenken und es erfolgte mit großer Mehrheit die Annahme eines Antrags Hoffmeister, den Hilfsbeamten nach Ablauf dieses Monats wieder zu entlassen. Bis dahin soll der Vorstand eine anderweitige Regulierung der Angelegenheit mit besonderer Berücksichtigung der Arbeitszeit des Spediteurs in die Wege leiten. Ostermann erklärte hierauf, es würde ihm, da er durch seine Thätigkeit als Spediteur jetzt mehr wie vollauf in Anspruch genommen sei, wohl kaum möglich sein, noch fernerhin das Stadtverordneten-Mandat pflichtgemäß ausüben zu können. — Unter „Verschiedenes" wurde u. a. noch beschlossen, den Vereinsbeitrag auf 25 Pf. pro Monat zu erhöhen.

Brix. Am 9. d. M. fand die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl ist von 65 auf 75 gestiegen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 107,25 M., die Ausgaben betrugen 40,54 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zur Aufnahme gelangten 7 neue Mitglieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Beydorf, 16. Januar. (W. T. B.) In einer heute abgehaltenen Versammlung der ausständigen Arbeiter des Stahlwalzwerkes Weyhach der Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft Friedrichshütte wurde den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit anheimgestellt. Die Werkverwaltung hat alle Forderungen abgelehnt.

Der sächsische Hofkonflikt.

Dresden, 16. Januar. (W. H.) Nach einer Meldung aus Genf bestätigte Lachenal einem Korrespondenten der „Dresdener N. N.", daß über die gepflogenen Konferenzen strengstes Stillschweigen bewahrt werde. Ein Exemplar des Protokolls befindet sich wahrscheinlich schon jetzt in den Händen des Kronprinzen. Auf die Frage, ob die Kronprinzessin auf der Scheidung bestehe, erwiderte Lachenal, daß die Scheidung vielleicht am 28. d. M. vor dem besonderen Gericht in Dresden beantragt werden würde. Auf die weitere Frage, ob die Kronprinzessin unter gegebenen Verhältnissen von Giron lassen würde, gab Lachenal eine ausweichende Antwort.

Zur Finanzlage der Einzelstaaten.

Stuttgart, 16. Januar. (W. T. B.) In seinem Finanzexposé hebt der Finanzminister hervor, daß die Beziehungen zum Reiche eine sehr unerwünschte Mehrbelastung Württembergs zeigen. Gelinge es nicht, eine weitergehende Belastung der Bundesstaaten mit ungedeckten Matrikularbeiträgen, als sie für 1902 erfolgte, hintanzuhalten, so würde dadurch die Lage des württembergischen Staatshaushalts auf das empfindlichste berührt und zur Ausgleichung dieser Mehrbelastung nachträglich zu einer weiteren Erhöhung des Anlehenbedarfs geschritten werden müssen.

Die österreichischen Kampfzölle.

Wien, 16. Januar. (W. T. B.) In der Rede des Ministerpräsidenten v. Koerber ist vor der Aufzählung der Minimalzölle für die Hauptgetreide-Arten in dem Satze: „Der Ministerpräsident bespricht zunächst die Getreidezölle und Viehzölle" hinter den Worten „und sagt" einzufügen:

Die Getreidezölle und zwar 7,50 Kronen für Weizenspelz und Halbfrucht, 7 Kronen für Roggen, 4 Kronen für Gerste, 6 Kronen für Hafer, 4 Kronen für Mais, 5,40 Kronen für Malz, 15 Kronen für Mehl, 40 Kronen für Trauben oder Weinmaische, 20 Kronen für feines Tafelobst, 20 Kronen für feines Tafelgemüse, 50 Kronen für Zierblumen, 70 Kronen für Hopfen sind die wichtigsten landwirtschaftlichen Zölle, welche ich anführen kann. Von den Viehzöllen erwähne ich: 60 Kronen für Ochsen, 30 Kronen für Kühe, 18 Kronen für Jungvieh, 22 Kronen für Schweine im Gewichte von über 120 Kilogramm, 100 Kronen für Pferde über zwei Jahre, 50 Kronen für Pferde unter zwei Jahren, 25 Kronen für 100 Kilogramm totes Geflügel, 20 Kronen für Fische, 35 Kronen für Butter, 45 Kronen für Schweinefett, 170 Kronen für Liqueure, 60 Kronen für Wein in Fässern, 75 Kronen für Wein in Flaschen, 150 Kronen für Schaumwein. Damit glaube ich wenigstens die hauptsächlichsten der die Landwirtschaft betreffenden Zölle angeführt zu haben. Der Minister sagt dann ferner, daß zum Zolltarifgesetz für die Hauptgetreidearten Minimalzölle, wie sie bereits gemeldet sind, aufgestellt würden.

Wien, 16. Januar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Placek (Jungczeche) protestiert unter Beifall der Parteigenossen gegen die Handhabung der Geschäftsordnung seitens des Vicepräsidenten Kaiser. Dieser erwidert unter lebhaftem Beifall der Linken und Protestrufen der Czechen, er werde, so lange er sich an dieser Stelle befinde, von niemand beeinflussen, von niemand kommandieren und mit sich kein frivoles Spiel treiben lassen und stets die Würde des Hauses wahren, er habe keinen Anlaß, dem Wunsche des Vorredners nach Schluß der Sitzung nachzukommen. Das Haus geht alsdann zur Verhandlung des Dringlichkeitsantrages Nallai betr. Einführung vollblütiger Hengste über. Um 7 Uhr abends dauert die Sitzung fort.

Marokko.

Aus **Tanger** meldet die „Frankfurter Zeitung" vom 16. Januar: Nach einer Privatnachricht aus Fez erhielt der Sultan 13 deutsche Mitrailleusen. Am 10. Januar entsandte er 3000 Mann mit 2 Mitrailleusen, diese wurden vom Feinde nachts umringt und geschlagen; sie ließen alles zurück und flohen. Es verlautet, die spanische Gesandtschaft habe dies nach Madrid gemeldet.

Aus Fez wird gemeldet: Drei Stämme in der Nähe von Mekinez schlossen sich dem Sultan an, welcher, wie der spanische Gesandte versicherte, an der Zebubrücke mit 10 000 Mann den Prätendenten angreifen will. Der Stamm der Jahs bei Tanger droht ein regierungstreues Dorf zu verbrennen, Truppen ziehen zum Schutze desselben aus. Es verlautet, daß morgen Truppen aus Fez eintreffen, um die Ordnung in Tanger aufrechtzuerhalten.

Ermordet.

Frankfurt a. M., 16. Januar. (W. H.) Wie der „Frankfurter Ztg." aus **Freiburg i. B.** berichtet wird, wurde der alleinstehende Handelsmann Furtheimer gestern abend in seiner Wohnung ermordet aufgefunden.

Kirchenraub.

Florenz, 16. Januar. (W. H.) Die Kirche von Valenzano ist in der vergangenen Nacht völlig ausgeraubt worden. Alle Gold- und Silbersachen im Werte von über 200 000 Lire sind gestohlen. Von den Thätern fehlt jede Spur.

Verantwortl. Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. **Hierzu 2 Beilagen.**

Reichstag.

239. Sitzung. Freitag, den 16. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Staatssekretär Graf Posadowsky.

Die Beratung über die Resolutionen der Abgg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.) und Speck (Z.) betr. **Kündigung der Meistbegünstigungsverträge** wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.):

Sowohl die Resolution Speck wie die meinige wenden sich gegen das Princip der reinen Meistbegünstigung, wir könnten also sehr wohl, wenn unsre Resolution abgelehnt wird, für die Resolution Speck stimmen. — Was das Abkommen mit Amerika im Jahre 1900 anlangt, so scheint es mir zweifellos, daß dasselbe der Genehmigung des Reichstages bedarf. Dieses Abkommen muß jedenfalls gekündigt werden, ehe irgend ein Handelsvertrag abgeschlossen wird. Die Feststellung dieser Thatsache ist das wichtigste Ergebnis dieser Debatte.

Gegenüber den Einwendungen des Abg. Bernstein möchte ich noch eine Aeußerung des Abg. Calwer citieren. Dieses Mitglied der socialdemokratischen Fraktion, welche in der Kommission die Aufhebung sämtlicher Zölle beantragt hat, hat geschrieben: „Wenn in Deutschland das Princip des Freihandels durchgeführt wird, so geht das internationale Kapital über die Leichenfelder der Arbeiter hinweg." Herr Calwer hat den Freihandel als dem socialistischen Princip entgegengesetzt erklärt. Das ist genau meine Ansicht. Ich bleibe auch dabei, daß die „Socialistisch. Monatshefte" in München angegriffen worden sind, weil in ihnen der Partei unbequeme Ansichten niedergelegt worden sind. Das offizielle Protokoll enthält leider nicht alle Aeußerungen, die ich in der Presse darüber gefunden habe. Aber nach dem offiziellen Bericht hat der Abg. Heine gesagt: „Die geistige Freiheit, die wir für die Zukunft wollen, wollen wir auch jetzt schon für die Gegenwart. Die „Socialistischen Monatshefte" sind gerade aus dem Gesichtspunkt der freien Diskussion entstanden." Meine Resolution steht völlig auf dem Standpunkt, den der Minister Möller, als er noch Abgeordneter war, in der Frage der Meistbegünstigung eingenommen hat. Ich hoffe, daß der Minister seinen damaligen Standpunkt noch teilt, und ihn mit aller Energie zu verwirklichen sucht. In andren Ländern, wie der Schweiz, wird die Handelspolitik viel kühler und ruhiger betrieben. Bei uns hat man sich viel zu sehr durch schöne Reden wie in der Caprivischen Zeit beeinflussen lassen. Selbst die Socialdemokratie hat sich zur Bewilligung eines 3,50 Mark-Getreidezolls bewegen lassen. Sie (zu den Socialdemokraten) haben also diesen „Wucher" von 3,50 M. mitgemacht. Wer Wucher treibt, treibt auch mit 3,50 M. Wucher. (Sehr richtig! rechts.) Ich begreife ja, daß Graf Posadowsky, der das gesamte zollpolitische Gebiet so gründlich beherrscht wie kein andrer, aus diplomatischen Rücksichten auf die auswärtige Politik manches verschweigt. Aber Fürst Bismarck hat doch den Grundsatz der strengen Scheidung politischer und handelspolitischer Erwägungen stets durchzuführen gewußt. Nehmen Sie meine Resolution oder wenigstens die Resolution Speck an! Wenn noch ihnen verfahren wird, so glaube ich konstatieren zu können, daß **der Reichstag niemals Handelsverträgen zustimmen wird, wie sie unter Caprivi zu seinem großen Bedauern abgeschlossen worden sind.** (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Lucke** (V. d. L.):

Wir erstreben seit Jahren die Beseitigung der unsrer wirtschaftlichen Entwicklung schädlichen Meistbegünstigungsverträge. Besonders muß der Vertrag mit Amerika alsbald gekündigt werden. Auch mit England, das seinen Kolonialzucker günstiger behandelt als außerenglischen Zucker, haben wir wegen der Meistbegünstigung ein Wort zu reden. Wir treten deshalb für diese Resolutionen ein. Ich möchte den Wunsch des Frhrn. v. Heyl dringend befürworten, daß bei den Verhandlungen über Handelsverträge Sachverständige zugezogen werden, nicht solche, die diplomatisch die ganze weite Welt umfassen, sondern Leute, die die Bedürfnisse unsrer heimischen Bevölkerung zu beurteilen wissen. Es giebt ja Diplomaten, die alles allein am besten zu wissen glauben und die die contribuens plebs am liebsten in nichts hineinreden lassen. Mich tröstet nur der eine Gedanke, daß ja auch unsre Diplomaten Kinder unsres Landes sind. Beim Zolltarif ist die deutsche Landwirtschaft zu kurz gekommen. Die Befürworter dieser Resolution sind nur die Generäle, die das Rückzugs-Gefecht decken sollen. Mit einer Fanfare sind wir in den Zolltarif-Kampf eingezogen, mit einer Chamade sind wir daraus weggegangen! (Bravo! bei den Bündlern.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.):

Herr v. Heyl sprach von goldenen Ketten, die der Handelsvertrags-Verein uns umgelegt habe. Unser Verhältnis zum Handelsvertrags-Verein besteht ausschließlich darin, daß ich persönlich trotz meiner Zugehörigkeit zur Freisinnigen Vereinigung ehrenamtlich stellvertretender Vorsitzender in diesem Verein bin. **Jede Verdächtigung** — ich finde kein andres Wort dafür —, die in den Worten liegt, daß wir goldene Ketten vom Handelsvertrags-Verein umgehängt bekommen hätten, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. **Ich muß Herrn v. Heyl dringend ersuchen, einen Beweis für diese Verdächtigung zu erbringen.** (Lebhafte Zustimmung links.) Ich wäre jeder Zeit in der Lage, sofort einen Gegenbeweis zu erbringen. (Zuruf des Abg. **v. Heyl.**) Wenn Sie das nicht Wort haben wollen, so haben Sie lediglich eine **verdächtigende Andeutung gemacht, ohne die Spur eines Beweises.** (Sehr richtig! links.)

Wenn die Linke schadenfroh wäre, so hätte sie jetzt allen Anlaß zu einer gewissen Freude; die Zollmehrheit des Reichstags bringt Resolutionen ein, über die der Vater des Zollkompromisses, Graf Posadowsky, sehr unglücklich ist und die er als ein Hemmnis bei den Verhandlungen mit dem Auslande bezeichnet. Herr v. Heyl muß ein sehr kurzes Gedächtnis haben, wenn er glaubt, den Grafen Posadowsky in dieser Frage für sich in Anspruch nehmen zu können. Hätten wir von der Linken solche Resolutionen eingebracht, hätte man uns sofort wieder Agenten des Auslandes genannt. Unser handelspolitisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist gewiß nicht ideal, aber auch unsre Zollerhöhungen, besonders beim Weizen, bedeuten kein Entgegenkommen gegenüber den Amerikanern. Es wird auf beiden Seiten gesündigt. Von einer wirklichen Meistbegünstigung ist weder Amerika noch irgend einem Lande gegenüber bis 1860 die Rede gewesen. Bei allen Meistbegünstigungsklauseln handelte es sich nur darum, daß die allgemein bereits gewährten Begünstigungen dem meistbegünstigten Staate zufallen sollten. Von künftigen Vergünstigungen, oder Vergünstigungen, die nur einzelnen Staaten gewährt werden, ist in den früheren Meistbegünstigungsklauseln nicht die Rede. Der moderne Begriff der allgemeinen Meistbegünstigung findet sich zuerst in dem englisch-französischen Vertrage, Artikel 19 vom Jahre 1860. Durch den **Vertrag vom Juli 1900 haben wir mit Amerika thatsächlich einen allgemeinen Meistbegünstigungs-Vertrag abgeschlossen** mit der einzigen Ausnahme, daß Amerika sich für berechtigt hält, Zuschlagszölle in der Höhe der Prämien, die andre Zuckerexport-Länder gewähren, zu erheben. Diese Ausnahme ist ja gewiß unerwünscht, weit besser wäre eine internationale Regelung nach Art der Brüsseler Zuckerkonvention. Zu einer solchen Regelung werden sich auch die Vereinigten Staaten bereit finden lassen, wenn sie erst auf den Export z. B. von Eisen nach Deutschland angewiesen sein werden. — Daß unsre Börsen abhängig sind von der New Yorker, muß ich ja leider zugeben, aber gerade die Herren der Rechten haben diesen Zustand durch ihre Börsengesetzgebung geschaffen. (Sehr richtig! links.) Herr Graf Kanitz hat in seinem Bienenfleiß Aeußerungen zu seinen Gunsten zusammen getragen, sich auch auf die Hamburger Handelskammer berufen. Der fleißige Herr Graf hätte in dem Bericht nur einige Seiten weiter lesen sollen, dort heißt es nämlich: „Was die Handelsverträge betrifft, so können wir nur dringend empfehlen, am System der reinen Meistbegünstigung festzuhalten". Sollten wirklich Handelsverträge nicht zu stande kommen, so halte ich die Meistbegünstigungsverträge doch jedenfalls für günstiger als einen vertragslosen Zustand. Das Abkommen mit Amerika vom Jahre 1900 wird allerdings gekündigt werden müssen, sobald Handelsverträge auf Grund der Mindestzölle des neuen Tarifs zu stande kommen, denn sonst würden Amerika gegenüber die geringeren bisherigen Getreidezölle weiter gelten, und das würden sich natürlich die Vertragsstaaten nicht gefallen lassen können. Auf keinen Fall aber dürfen wir die Meistbegünstigungsverträge kündigen, bevor neue Handelsverträge abgeschlossen sind. Ich sage mit Fritz Reuter: Man soll nicht unreines Wasser weggießen, ehe man reines Wasser hat. (Bravo! links.)

Abg. Fürst **Bismarck** (wildk.):

Ich muß zunächst meiner Befriedigung über die gestrige Aeußerung des Herrn Staatssekretärs Grafen Posadowsky Ausdruck geben, daß die Regierung den Abschluß eines Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten mit Freuden begrüßen würde. Das ist ja auch der Hauptzweck der vorliegenden Resolutionen, daß das für uns nachteilige jetzige Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beseitigt wird und ein besseres an seine Stelle gesetzt wird. — Gefreut hat mich auch das Zugeständnis des Herrn Abg. Gothein, daß das dreimonatliche Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom Jahre 1900 mit Rücksicht auf die Vertragsstaaten beim Abschluß neuer Verträge gekündigt werden müsse. Uebrigens gewährt dieses Abkommen uns durchaus nicht die volle Reciprocität. Wir sind z. B. Portugal gegenüber in Bezug auf Schaumwein differenziert. (Sehr richtig! rechts.) Weiter besteht noch die Gefahr — sie ist noch nicht perfekt geworden — des Abschlusses eines Vertrages mit Kuba, durch welchen nicht nur dem kubanischen Zucker — wie Herr Lucke meinte — sondern allen kubanischen Waren eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt werden soll. Wir haben alle Veranlassung, unsre Unterhändler darauf hinzuweisen, daß sie nicht wieder ein so kümmerliches Abkommen wie das vom Jahre 1900 abschließen, wenn auch zuzugeben ist, daß dieses Abkommen den früheren Zuständen gegenüber eine Verbesserung bedeutete.

Vor vier Jahren las der damalige Staatssekretär Graf Bülow im Reichstage ein Schriftstück vor, wonach unsre Beschwerden gegenüber den Vereinigten Staaten sich auf vier Punkte bezogen, in denen nach Ansicht der deutschen Regierung das handelspolitisch geltende Recht seitens der Vereinigten Staaten verletzt worden war. Etwa fünf Vierteljahre später kam dann das Abkommen von 1900, das immerhin einen gewissen wirtschaftlichen Fortschritt für uns bedeutete. Der Hauptfehler, der unsrerseits gemacht ist, ist das Saratoga-Abkommen, in dem unsre ganze landwirtschaftliche Produktion Amerika gegenüber preisgegeben ist. Die Resolution Heyl wird die Stellung unsrer Regierung gegenüber Amerika stärken, nicht schwächen, wie Herr Gothein meinte. Der Regierung kann es doch nur willkommen sein, wenn der deutsche Reichstag energisch ausspricht, daß wir nicht länger gewillt sind, uns von Amerika über den Löffel barbieren zu lassen. Viel eher waren einige Aeußerungen des Herrn Gothein geeignet, uns gegenüber dem Ausland in Nachteil zu setzen —, womit ich den Patriotismus des Abg. Gothein in keiner Weise in Zweifel ziehen will; im Gegenteil möchte ich Herrn Gotheins Sachkenntnis und Fleiß, worin ihm vielleicht nur Graf Kanitz nahe kommt, besonders anerkennen. Ich halte es in der gegebenen Situation für das beste, der vortrefflich begründeten Resolution Speck zuzustimmen, zumal sich auch Herr v. Heyl mit dieser einverstanden erklärt hat. Die amerikanische Industrie, die sich mit Riesenschritten entwickelt, bedeutet eine ernste Gefahr für die unsrige. Wer immer in Amerika gewesen ist, ob liberal oder konservativ, freihändlerisch oder schutzzöllnerisch — ich erinnere nur an Herrn Goldberger, der interessante Veröffentlichungen darüber geschrieben hat —, hat seine Bewunderung über die Schnelligkeit dieser Entwicklung ausgesprochen. Dieser Gefahr können wir nicht ruhig zusehen. Vor einem Zollkrieg brauchen wir dabei keine Angst zu haben. Die Furcht ist immer ein schlechter Ratgeber gewesen. Ich hoffe, daß wir auf Grund dieser Resolutionen zu Verträgen kommen, die für die deutsche Volkswirtschaft annehmbar sind. (Beifall rechts.)

Abg. **Bernstein** (Soc.):

Graf Kanitz hat geglaubt, meine Rede mit dem Worte charakterisieren zu können: „Angst vor Amerika!" Die Herren nehmen die Gefahr eines Zollkrieges selbst freilich sehr leicht. Meine Rede ging aber von dem Gesichtspunkt aus: „Vorsicht gegenüber dem Vaterland!" Sie (zur Mehrheit) wollen dem Volke ein Danaergeschenk machen, das die Interessen der breiten Massen auf das schwerste gefährdet. Daran können auch alle sich gegenseitig widersprechenden **Ratschläge des Vorredners** nichts ändern. **Seine leeren Drohungen werden von den Amerikanern mit dem Hohngelächter der Hölle beantwortet werden.** Die Ansicht des Fürsten Bismarck, daß alle Landwirte bis zu 3 Hektar ein Interesse an den Getreidezöllen hätten, steht im flagranten Widerspruch mit den Feststellungen des Professors Dr. Conrad und den Spezialuntersuchungen des badischen Nationalökonomen Hecht. Fürst Bismarck sucht die Resolutionen als eine harmlose Anregung für unsre Regierungen hinzustellen. Aber gerade seine Ausführungen müssen in Amerika böses Blut machen. Wir lassen uns auf diese Art von Diplomatie nicht ein. Man hat mir wieder vorgeworfen, daß meine Angaben den Interessen des Auslandes dienten. Ich habe aber nur statistische Mitteilungen gemacht, die allgemein zugänglich sind. Es wäre doch nur eine leere Redensart, wenn man den Amerikanern gegenüber behaupten wollte, daß man ihr Petroleum entbehren könnte. Wir können den Vereinigten Staaten keine andre Handelspolitik aufzwingen als sie das amerikanische Volk für angemessen hält. Eine propagandistische Beeinflussung der Amerikaner zu Gunsten besserer Verträge geschieht am besten dadurch, daß wir mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Graf Kanitz hat wieder viel von der amerikanischen Gefahr gesprochen. Daß die amerikanische Landwirtschaft und Industrie an Leistungsfähigkeit stetig zunimmt, ist unzweifelhaft und ist von einsichtigen Leuten wie von dem Engländer Cobden schon vor Generationen vorausgesagt worden. Wir können uns aber gegen die amerikanische Gefahr nicht dadurch schützen, daß wir unsrer einheimischen Volkswirtschaft immer neue Lasten auferlegen durch erhöhte Schutzzölle. **Die Hauptsache ist, daß wir unsre Arbeiterschaft durch hohe Löhne so leistungsfähig machen,** wie die amerikanische. Das Abkommen von 1900 halten auch wir nicht für besonders günstig und wir werden uns freuen, wenn es unsren Vertretern gelingt, hier eine Besserung durchzusetzen, aber den Weg, den diese Resolutionen wollen, halten wir für den denkbar gefährlichsten. — Herr v. Heyl ist dann wieder auf Calwer gekommen und hat gemeint, Calwer sei insofern ein Schüler von Marx, als er theoretisch für Schutzzoll sei, im Interesse der socialen Revolution aber praktisch für Freihandel stimme. Ich habe bereits gestern eine Aeußerung Calwers verlesen, in der er die jetzige Zollpolitik der Mehrheit für keinen Fortschritt, sondern für einen Rückschritt hält. Was Calwers Stellung zur Meistbegünstigungsfrage anlangt, so habe ich gestern keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich seinen Standpunkt in dieser Beziehung nicht teile und, wenn Herr v. Heyl das Protokoll unsres Parteitages in Mainz vom Jahre 1900 gelesen hätte, so müßte er wissen, daß jener Parteitag sich in seiner großen Majorität auf einen **Calwers Ansicht** entgegengesetzten Standpunkt gestellt hat. Bei der **von Herrn v. Heyl citierten Aeußerung Heines handelte es sich** nicht um eine Kritik der Haltung der socialdemokratischen oder socialistischen Presse, sondern um eine gegen einen einzelnen Parteigenossen gerichtete Polemik. Die Thatsache, daß ich z. B. auch nach dem letzten Parteitag ein eifriger Mitarbeiter der „Socialistischen Monatshefte" bin, beweist allein schon, daß Herr v. Heyl unsrer Partei nicht vorwerfen kann, sie verbiete einzelnen Parteigenossen, in bestimmten Organen zu schreiben. — Wenn er gesagt hat, das offizielle Protokoll unsres Parteitags laute in einem Punkte anders als die Zeitungsberichte, so möge er nur einmal die Wiedergabe seiner Reden in den Zeitungen und im amtlichen Stenogramm nachlesen, er wird dann den Unterschied merken. Uebrigens wird jedem Redner die Wiedergabe seiner Rede im Protokoll vor der Drucklegung zur Prüfung vorgelegt. — Herr v. Heyl hat erklärt, ein Teil seiner Freunde würde, falls die Meistbegünstigungsverträge nicht gekündigt würden, gegen die Handelsverträge stimmen. Wir können uns einer derartigen Drohung nicht anschließen, da wir die große Bedeutung von Handelsverträgen für die deutsche Volkswirtschaft nicht unterschätzen. Wir können Ihnen unsrerseits ankündigen: sollten Sie es durch eine Politik im Sinne dieser Resolutionen dahin bringen, daß ein **Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten** entsteht, der die großen Massen der Bevölkerung in ihrer Existenz auf das schwerste schädigen würde, dann werden Sie eine **Protestbewegung** in Deutschland erleben, wie sie noch nicht dagewesen ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.):

Es handelt sich bei diesen Resolutionen nicht nur um unser Verhältnis zu Amerika, sondern um die Meistbegünstigungsverträge im allgemeinen. Herr **Bernstein** warf mir eine mißbräuchliche Berufung auf den Abg. Calwer vor. Wer kann es mir denn verwehren, mich auf die Autorität eines socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten zu berufen? (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch mein Hinweis auf die „Socialistischen Monatshefte" war durchaus berechtigt. Herr Bernstein hat die Thatsachen falsch dargestellt. Auf dem Münchener Parteitage sagte Dr. David: „Bebel hat wiederholt erklärt, es sei niemand mundtot gemacht worden in der „Neuen Zeit". Bebel irrt in dieser Beziehung: es haben in der That Mundtotmachungen stattgefunden." (Hört! hört! rechts.) Den Beweis hat Herr Bernstein für sich selbst geführt. Das sagt Dr. David, ein hervorragendes Mitglied der socialdemokratischen Partei! Herr David sagte weiter, die unter dem Namen „Revisionismus" zusammengefaßten Bestrebungen hätten sich ein Organ schaffen müssen, in dem sie ihre Meinungen vertreten könnten. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Er fährt fort: „Ich stehe unter dem Eindruck, daß man versucht hat, die freie Meinung hinten herum einzuschränken." Das bestätigt doch das, was ich gesagt habe.

Das von mir gebrauchte Bild von der „goldenen Kette" habe ich hergenommen aus Aeußerungen, die der Handelsvertrags-Verein in meinem Wahlkreis gegen mich gerichtet hat. Man hat dort behauptet, ich ginge an der Kette des Bundes der Landwirte. Ich erkläre das meinerseits für eine Verdächtigung. Ich habe zum Bunde der Landwirte keine andern Beziehungen als das der Mitgliedschaft. (Heiterkeit.) Meine Kritik richtete sich gegen den Handelsvertrags-Verein im allgemeinen, nicht gegen einzelne Mitglieder. Das aber kann ich konstatieren, daß die haute finance allerdings dem Handelsvertrags-Verein sehr bedeutende Summen zur Verfügung gestellt hat zur Agitation gegen den Zolltarif. Von der finanziellen und sonstigen Unabhängigkeit eines jeden Abgeordneten in diesem Hause bin ich durchaus überzeugt. Meine Bemerkung sollte keinen Abgeordneten treffen. Im übrigen **ziehe ich,** da die Debatte ergeben hat, daß zwischen den beiden Resolutionen nur redaktionelle Unterschiede vorhanden sind, im Einverständnis mit den andern Antragstellern **meine Resolution zu Gunsten der Resolution Speck zurück.** (Ruf links: Na also! — Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.):

Die Zukunft wird lehren, daß die Verhandlungen über die hier in Frage stehenden Resolutionen eine Erschwerung der Handelsvertragsverhandlungen bedeuten. Die hier gehaltenen Reden der Befürworter der Resolutionen waren nichts andres als eine Aufreizung des Auslandes. Dem Abg. Fürst Bismarck bemerke ich, daß ich nicht in wegwerfendem Tone über Großgrundbesitzer und Großindustrielle gesprochen habe; ich habe einfach festgestellt, daß diese beiden Gruppen hinter der Resolution ständen. Die Bemerkung des Herrn v. Heyl über die goldenen Ketten des Handelsvertrags-Vereins mußten wir so auffassen, als ob der Abg. v. Heyl sagen wollte, der Handelsvertrags-Verein lege seine goldenen Ketten um Mitglieder dieses Hauses. Jetzt sagte Herr v. Heyl, die haute finance unterstütze den Handelsvertrags-Verein mit Reichtümern. Aus der ersten Auffassung heraus hat Herr Gothein seine Bemerkungen gemacht.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Dr. **Semler** (natl.) **schließt** die Diskussion.

Die Resolution Speck wird in namentlicher Abstimmung **mit 141 gegen 67** bei zwei Stimmenthaltungen **angenommen.**

Es folgt die Beratung der schon in der Kommission gestellten, dort aber abgelehnten **Resolution Albrecht** (Soc.) und Genossen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf baldigst vorzulegen, durch den untersagt wird, in **Straf-, Versorgungs- und Beschäftigungs-Anstalten,** welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstützt werden, **andre gewerbliche Arbeiten als solche für den eignen Bedarf,** für den **Bedarf des Reichs,** eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes auszuführen und den Vertrieb gewerblicher Erzeugnisse für eigne Rechnung, für Rechnung des Reichs, eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktmäßigen Preisen stattfinden zu lassen.

Abg. **Baudert** (Soc.):

Schon 1869 ist im damaligen norddeutschen Reichstag ein Antrag eingegangen, der eine Untersuchung über den Einfluß der Zuchthausarbeit auf die Lage der freien Arbeiter forderte. 1870 ging eine sich in derselben Richtung bewegende Petition der Cigarrenarbeiter mit über 8000 Unterschriften hier ein, die dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen wurde. 1876 kam eine Petition der Buchbinder, 1878 ein Antrag, der die Mitteilung statistischer Erhebungen an den Reichstag verlangte. 1881 ging eine Reihe weiterer Petitionen von selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden Deutschlands, von Korbmachern, Buchbindern und Kartonnagenarbeitern hier ein. Ein paar Jahre später kam ein socialdemokratischer Antrag, der noch weiter ging als unsre heutige Resolution. Es wurde darin auch ein Verbot der Herstellung gewerblicher Erzeugnisse in Strafanstalten für eigne Rechnung oder für Rechnung von Reich, Staat oder Kommune verlangt. Trotzdem unsrem damaligen Antrag von verschiedenen Seiten Wohlwollen entgegengebracht wurde, ist bis heute keine Verbesserung in diesen Verhältnissen eingetreten. Auch heute noch werden zahlreiche Gewerbetreibende und industrielle Arbeiter durch die unlautere Konkurrenz der Strafanstaltsarbeiten schwer geschädigt. Schon 1895 kamen zahlreiche neue Petitionen aus den Kreisen der deutschen Textilindustriellen, denen sich naturgemäß auch die Arbeiter und Kleinmeister anschlossen. Besonders richtete sich der Protest gegen die Strickmaschinenarbeit in Strafanstalten. Eine Petition aus Mühlhausen in Thüringen wurde damals vom preußischen Abgeordnetenhause dem Ministerpräsidenten zur Berücksichtigung überwiesen, während man über dieselbe Petition hier im Reichstage einfach zur Tagesordnung überging.

Im Reiche redet man sich immer damit heraus, diese Verhältnisse seien Sache der Einzelstaaten. In den Landtagen der Einzelstaaten aber wird erklärt: Was hilft es, wenn wir hier ernsthaft einschreiten, da ja Preußen, der größte Staat, nicht mitmacht! Gerade im Zusammenhang mit dem neuen Zolltarif, in dessen Begründung auf jeder Seite der Schutz der nationalen Arbeit proklamiert wird, müssen wir dieses Verlangen von neuem auf das energischste erheben. Wenn sich heute einzelne gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr so schroff wie früher gegen die Zuchthausarbeit erklären, so liegt das daran, daß gerade infolge dieser unlauteren Konkurrenz die Arbeitslöhne dieser Arbeiter-

kategorien so tief herabgedrückt sind, daß die Unternehmer die Arbeiten in den Strafanstalten nicht mehr billiger bekommen.

Ueber 30 000 Gefangene machen den freien Arbeitern Konkurrenz, darunter allein über 6000 Gefangene in der Textilindustrie, auf die Papierindustrie entfallen fast 3000 Gefangene, auf die Holzindustrie ca. 7000 Gefangene. Stark beteiligt ist auch die Korbmacherei, die Nahrungsmittelbranche, die Tabakindustrie und das Schuhmachergewerbe an der Gefangenenarbeit. Angesichts dieser Zustände kann niemand von den Parteien, die stets erklären, für die Arbeiter und für den Mittelstand einzutreten, gegen diese Resolution stimmen. (Bravo! bei den Soc.)

Abg. **Schlumberger** (natl.):

Die vorliegende Resolution wurde in der Tarifkommission als nicht zum Tarif gehörig und der Kompetenz der Einzelstaaten unterliegend abgelehnt. Principiell erklärten sich die meisten Mitglieder der Kommission für den Gedanken der Resolution. Ganz im Gegensatz zu dem Verlangen dieser Resolution steht aber die Haltung der Socialdemokraten in der Zolltarif-Kommission gegen alle Zölle. Von der Konkurrenz der Sträflinge will die Socialdemokratie die Arbeiter befreien, aber diese sich arbeiterfreundlich nennende Partei scheut sich nicht, durch Ablehnung aller Zölle die gesamte deutsche Arbeiterwelt dem unbeschränkten Wettbewerb der Arbeiter der ganzen Erde preiszugeben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die deutsche Textilindustrie ist in der Lage, durch die Zölle geschützt, trotz der traurigen wirtschaftlichen Lage ihren Arbeitern drei Millionen jährlich an Löhnen zu zahlen. Und wie liegen die Verhältnisse in den andren Industrien?

Präsident Graf **Ballestrem**:

Herr Abgeordneter, Sie können unmöglich bei dieser Resolution, die sich mit der Gefangenenarbeit befaßt, die ganze Zolltariffrage erörtern.

Abg. **Schlumberger** (fortfahrend):

Ich bitte Sie also die Resolution, weil nicht hierher gehörig, abzulehnen.

Geheimrat **Krohne**:

Die vorliegende Resolution bewegt sich in der Richtung einer Bundesrats-Verordnung vom Jahre 1898, deren Bestimmungen maßgebend sind für die Gefängnisverwaltungen sämtlicher deutscher Bundesstaaten. In Preußen ist die Angelegenheit folgendermaßen geregelt. Während 1869 noch 73 Proz. der Gefangenen für private Unternehmer beschäftigt wurden, waren es 1895 nur noch 52 Proz., 1901 noch 37 Proz. und es ist zu erwarten, daß in nicht all zu ferner Zeit die Arbeiten für Unternehmer eigentlich nur noch eine verschwindend geringe sein wird. Die preußischen Staatsministerien sind angewiesen, zur Deckung ihrer Bedürfnisse soweit als irgend möglich die Gefängnisverwaltungen in Anspruch zu nehmen. Der Kriegsminister, der Eisenbahnminister und der Minister für Handel und Gewerbe haben davon ausgiebigen Gebrauch gemacht. Besonders werden die Sträflinge auch für landwirtschaftliche Arbeiten, namentlich für solche, welche der allgemeinen Landeskultur dienen, Meliorationen von Mooren usw. verwandt. In all' den Fällen, wo Private nicht in der Lage sind, hohe Löhne zu zahlen, wenn die Meliorationen rentabel werden sollen, da tritt die billige Arbeitskraft der Gefangenen ein. Bei diesen Arbeiten sind ebenfalls mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt.

Abg. **Gamp** (Rp.):

Dies Vorgehen des Bundesrats ist wohl zum Teil auf frühere Resolutionen zurückzuführen, die meine Freunde in den Jahren 1893/1894 eingebracht haben. Gewiß ist noch nicht alles auf diesem Gebiete erreicht, was zu erreichen ist. In Preußen sind ja die besten Erfahrungen gemacht worden, und es wäre interessant, zu erfahren, wie die Dinge in dieser Beziehung in andren Bundesstaaten, z. B. Elsaß-Lothringen liegen. Wenn ich aber auch dem Grundgedanken der Resolution zustimme, muß ich doch ihrer Annahme widersprechen. Es ist falsch, mit einem Reichsgesetz einzugreifen, wie die Resolution verlangt, da es sich hier um Landessache handelt. Außerdem verlangt die Resolution das unbedingte Verbot jeder gewerblichen Arbeit der Gefangenen. Das geht natürlich zu weit. Man würde nicht wissen, wie man Hunderttausende von Gefangenen beschäftigen soll, die dann vom Staat ohne Gegenleistung ernährt werden müßten.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.):

Herr Schlumberger hat hervorgehoben, daß die Socialdemokratie inkonsequent handle, wenn sie die Arbeiter vor der Konkurrenz der Zuchthausarbeit schützen wolle und sie auf der andern Seite durch ihre Anträge auf Zollfreiheit der vernichtenden Konkurrenz der Kulis preisgebe. Aber hier handelt es sich gar nicht um den Zolltarif. Der ist angenommen und wird die Arbeiter schwer schädigen. Um so notwendiger ist es, die Arbeiter von der Konkurrenz der Gefangenenarbeit zu befreien. Die Bemerkungen des Herrn Schlumberger mögen ja die Socialdemokratie geärgert haben (Rufe bei den Socialdemokraten: Ach nein! Heiterkeit.), aber richtig sind sie nicht. Es handelt sich bei dieser Resolution um ein Princip, und für dieses Princip werden wir stimmen, ohne uns an den verbesserungsbedürftigen Wortlaut der Resolution zu binden. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung eine Enquete über die Gefängnisarbeit veranstalten würde. Der neue Zolltarif hat die Lage der kleinen Gewerbetreibenden erheblich erschwert, sie tragen nur die Lasten, nicht die Vorteile der Zollerhöhungen. Deshalb müssen die übrigen Schädigungen des Handwerks, und dazu gehört die Konkurrenz der Gefängnisarbeit, sobald wie möglich beseitigt werden. Die Gefängnisarbeit soll erzieherisch auf die Gefangenen wirken, sie sollen Freude an der Arbeit bekommen. Der Schwerpunkt muß nicht auf das Resultat der Arbeit, sondern auf die Erziehung zur Arbeit gelegt werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Schädler** (C.):

In der Resolution steckt ein vollberechtigter Kern. In der That wird dem Handwerk und dem kleinen Gewerbe durch die Gefängnisarbeit eine sehr heftige Konkurrenz gemacht. Die Regierungen sind ja auch bemüht, diese Konkurrenz weniger fühlbar zu machen. (Abg. **v. Vollmar**: Stellenweise!) Auch meine Partei hat im preußischen Abgeordnetenhause darauf hingearbeitet, die Konkurrenz der Gefängnisarbeit zurückzudrängen. Auf der andern Seite leidet die Resolution an gewissen Mängeln, wie eben auch Herr Schrader anerkannte. Während er aber trotzdem für die Resolution stimmen will, kommen wir zu dem entgegengesetzten Schluß. Wir betrachten die ganze Angelegenheit nicht als Reichssache. Das ist unser Hauptgrund gegen die Resolution, mit der wir im Princip sonst einverstanden sind.

Abg. **Baudert** (Soc.)

wendet sich gegen Schlumberger, der nur wiederholt habe, was schon in der Zolltarif-Kommission gegen die Resolution gesagt worden sei. Wenn Mängel in der Fassung der Resolution vorhanden sind, hätte man ja Verbesserungsanträge einbringen können. Man hat sich aber davor gehütet und sich auf die bequeme Ausrede beschränkt, man stimme dem Princip, aber nicht der Fassung der Resolution zu. Wir erheben nicht den Anspruch, mit unsrer Resolution einen neuen Gedanken ausgesprochen zu haben, aber weil auf unsre früheren Anregungen so gut wie nichts geschehen ist, müssen diese Forderungen immer wieder erhoben werden. Wenn Sie auch hier im Reichstag praktisch mitarbeiten wollen an der Verwirklichung unsrer Forderungen, so können Sie nicht anders, als unsrer Resolution zustimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Resolution wird gegen die Socialdemokraten, Freisinnigen, einige Nationalliberale und Antisemiten **abgelehnt**.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (**Interpellation Rösicke-Dessau** betreffend den Begriff **„Malzgerste"** und Weiterberatung der Zolltarif-Resolutionen.

Schluß 5¾ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Parteilitteratur. Bebels Broschüre „Unsre Ziele" ist soeben in 11. Auflage in der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Im Jahre 1869 hatte Bebel in einer Versammlung in Stuttgart eine Polemik mit einem Mitgliede der Volkspartei. Ein Organ dieser Partei, die „Demokratische Korrespondenz", zog in drei langen Artikeln gegen Bebels socialistische Tendenzen zu Felde. Im Leipziger „Volksstaat" vertrat Bebel seine Anschauungen, und so entstand die Broschüre, die seitdem in der Partei große Verbreitung gefunden hat und jetzt von der Parteibuchhandlung, durch immer noch starke Nachfrage veranlaßt, neu herausgegeben wurde. In seinem Vorwort zu dieser Auflage sagt Bebel:

„daß die Schrift noch immer Leser findet, ist wohl dem Bestreben zuzuschreiben, sich über eine Periode in der Bewegung zu unterrichten, die zweifellos eine interessante war, ohne die die Bewegung nicht wäre, was sie heute ist".

Dieses Werden unsrer Partei spiegelt die Broschüre wieder. Die lebendige Sprache, durch die sich die Schrift auszeichnet, ist aber geeignet, auch heute noch der socialistischen Bewegung neue Anhänger zuzuführen und deshalb empfiehlt sich noch immer ihre Verbreitung als Agitationsschrift. Der Preis ist 30 Pf. Bestellungen nehmen alle Parteiblätter entgegen.

Aus den Organisationen. Der socialdemokratische Verein in Essen vermehrte seinen Mitgliederbestand von 210 Personen im Jahre 1899 auf 612 im verflossenen Jahre. Außerdem haben sich 138 Personen zur Zahlung eines monatlichen Beitrages verpflichtet in beliebiger Höhe, jedoch nicht niedriger als die Höhe des Vereinsbeitrages.

Der socialdemokratische Verein in Offenbach begann das abgelaufene Jahr mit einem Mitgliederbestande von 656 und hatte am Jahresschlusse beinahe 1200 Mitglieder. Die Jahreseinnahme betrug 3933,60 M.

Die Landesversammlung der socialdemokratischen Partei Badens beginnt am 28. Februar in Offenburg.

Der socialdemokratische Verein in Schildesche (Westfalen) nahm in seiner letzten Generalversammlung 40 neue Mitglieder auf.

Das Agitationskomitee für den Niederrhein hatte im abgelaufenen Jahre einschließlich eines Zuschusses von 600 M. aus der Hauptkasse und 111 M. Kassenbestand eine Gesamteinnahme von 3172,61 M.

Der Gauvorstand für den Gau Südbayern berichtet über die Parteithätigkeit in den Jahren 1901 und 1902. Der Gauverband zählt 3250 Mitglieder. Die Vereine des Verbandes hatten zusammen in den 2 Jahren 36 325 M. Einnahme. Der Gauvorstand gab 3995 M. aus.

Totenliste der Partei. In Gadderbaum bei Bielefeld starb der Parteigenosse Friedrich Bächter im Alter von 79 Jahren. Der Verstorbene gehörte der Partei seit den frühesten Zeiten an und stand vor der Vereinigung auf Seite der Lassalleaner. Bis zu seinem Tode hat er alle seine Kräfte in den Dienst der Polizei gestellt und sich ein ehrendes Andenken bei seinen Freunden gesichert.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wenn zwei dasselbe thun.

Wegen Beleidigung von Polizeibeamten in Haynau war kürzlich Genosse Kaul in Breslau als verantwortlicher Redakteur der „Volkswacht" zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Es hatte sich dabei um einen Vorgang bei der Internierung eines Geisteskranken gehandelt, die in dem „Haynauer Stadtblatt" besprochen wurde. Der inkriminierte Artikel war aus diesem Blatte in die „Volkswacht", die in Haynau eine große Anzahl Leser hat, übernommen worden. Genosse Kaul wurde verurteilt, gegen die Redakteure des bürgerlichen „Haynauer Stadtblattes" und des „Anzeigers" wurde zwar Anklage erhoben, indessen sowohl von der Strafkammer in Liegnitz, wie vom Oberlandesgericht zu Breslau die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt, nachdem die Staatsanwaltschaft das letztere Gericht als Beschwerde-Instanz angerufen hatte.

Wir wollen es nicht etwa mißbilligen, daß die Redakteure der beiden bürgerlichen Blätter straffrei bleiben; wir finden das im Gegenteil ganz in der Ordnung. Wir nehmen für die Presse das Recht und die Pflicht in Anspruch, öffentliche Mißstände zu rügen und verlangen dafür eine weitgehende Freiheit, aber weshalb wird der socialdemokratische Redakteur bestraft? Soll man zu einer solchen Rechtshandhabung noch Vertrauen haben?

— **Zu 300 M. Geldstrafe** wurde der verantwortliche Redakteur der „Volkszeitung" in Düsseldorf, Genosse Erbert verurteilt. Eine Firma Gebr. Bauer in Düsseldorf war von einem Arbeiter wegen Lohneinbehaltung vor dem Gewerbegericht verklagt und durch Versäumisurteil zur Zahlung verurteilt worden. Durch eine Kritik dieser Angelegenheit soll die Firma beleidigt worden sein. Die angebotene Beweiserhebung wurde abgelehnt. Die Beleidigung sei in der Form zu finden.

Sociales.

Krankenkassen und Apothekenmonopol.

Der Vorsitzende Blenz von der Berliner Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe sollte den § 367 Nr. 3 des Straf-Gesetzbuches übertreten haben, welcher den mit Strafe bedroht, der ohne polizeiliche Erlaubnis Arzeneien, soweit der Handel mit denselben nicht freigegeben ist, zubereitet, feilhält, verkauft oder sonst an andre überläßt. Die Kasse hatte nämlich eine Anzahl vielgebrauchter Medikamente in größeren Mengen aus der Apotheke von Lutter in Potsdam bezogen, um sie auf ärztliches Rezept hier an ihre Mitglieder abzugeben, und der Kassenvorstand hatte an die Mitglieder auch solche Medikamente verabfolgt, die nach der kaiserlichen Verordnung vom 27. Januar 1890 nur von Apothekern feilgehalten und abgegeben werden dürfen.

Das Landgericht Berlin I verurteilte Blenz zu einer Geldstrafe. Das Kammergericht habe früher allerdings einmal den Vorsitzenden oder Lagerhalter eines homöopathischen Vereins von der gleichen Anklage freigesprochen, doch meinte das Landgericht in der Begründung seines verurteilenden Erkenntnisses, daß bei den Krankenkassen die Sachlage anders sei. Bei solchem homöopathischen Einkaufsverein seien die Mitglieder von vornherein Eigentümer der durch den Vorsitzenden im großen bezogenen Medikamente; es liege deshalb auch kein Feilhalten, Verkaufen oder Ueberlassen an andre vor. Die Krankenkasse sei jedoch eine juristische Persönlichkeit, die angeschafften Mittel gingen daher in das Eigentum der Kasse als solcher über und gehörten so lange keinem ihrer Mitglieder, als sie nicht an ein Mitglied verabfolgt werden. Das Kassenmitglied gewinne erst im Falle der Erkrankung ein Anrecht auf das Heilmittel und dies werde erst mit der Uebergabe sein Eigentum. Demnach handle es sich hier um ein „Ueberlassen an andre" gemäß § 367 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Das Kammergericht als Revisionsinstanz, das vom Angeklagten angerufen wurde, schloß sich dieser Rechtsauffassung an und verwarf die Revision.

Es ist ein eignes Ding mit so einer juristischen Persönlichkeit. Sie besteht aus einzelnen Menschen so gut wie der homöopathische Einkaufsverein und kann so gut wie dieser nur handeln durch einen Beauftragten; sie ist nicht vorhanden, wenn die Mitglieder nicht vorhanden sind, und doch ist sie ein andres wie die Mitglieder. Indem sie etwas erwirbt, erwerben es noch nicht die Mitglieder, es ist erst ein zweites Rechtsgeschäft nötig, um den Mitgliedern ein Anrecht zu verschaffen auf das, was sie zusammen erworben haben.

Ist das ein vollendetes kommunistisches oder ein vollendetes individualistisches Princip? Die Schauer unergründlichster Scholastik fassen einen an, wenn man sich in diese geheimnisvollen Irrgänge juristischer Spitzfindigkeiten verliert.

Bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes wird man sich auch mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen — selbstverständlich nur mit dem thatsächlichen Zustande, wie ihn dieses Urteil schafft. Nach dem Krankenversicherungsgesetze ist die Kasse verpflichtet, dem erkrankten Mitgliede Arzenei in natura zu liefern, dennoch darf sie ihm die Arzenei nicht in natura liefern, sondern muß sich die Vermittlung des Apothekers oder vielmehr der Apotheke gefallen lassen und dieser etliche hundert Prozent Aufschlag zahlen. Das muß sie selbst dann thun, wenn es sich um Mittel handelt, die von Fabriken im großen hergestellt und verkaufsfertig verpackt an den Apotheker abgegeben werden, so daß der Apotheker absolut nichts mit der Ware vornimmt, als sie aus einer Hand in die andre zu geben. Ja selbst wenn die Kasse zu dieser Manipulation einen geprüften Apotheker in ihren Dienst nähme, dürfte sie trotzdem die Medikamente nicht selbst beziehen und an die Mitglieder abgeben; sie ist unter allen Umständen der Apotheke tributpflichtig. Welches moralische Recht besteht nun eigentlich für die paar tausend Apothekenkapitalisten zur Schröpfung der zehn Millionen Kassenmitglieder? Womit rechtfertigt man dieses Ausbeutungsmonopol?

Gefangenenbeschäftigung in Amerika. In 14 Staaten der Union ist das Regiesystem in den Gefängnissen eingeführt. Die Gefangenen werden zu öffentlichen Arbeiten verwendet. Selbst Untersuchungsgefangene können auf Wunsch in dieser Art beschäftigt werden. Werden sie später freigesprochen, so erhalten sie vom Staat oder der Gemeinde, der sie ihre Arbeitskraft geliehen, nachträglich ein fair wago (den üblichen gewerkschaftlich anerkannten Tagelohn) ausgezahlt; wird der betreffende schuldig befunden, so werden die Arbeitstage von seiner Strafzeit abgerechnet. Die einzelnen Staaten zahlen den Gefangenen 60 Pf. bis 2,40 M. pro Tag. Auf der andern Seite giebt es Staaten, in denen die Gefängnisarbeit noch keinerlei Regelung erfahren hat. So teilt der „Shoe Retailer" mit, daß in dem Gefängnis von Jefferson City 2000 Gefangene mit der Herstellung von Schuhwaren beschäftigt sind. Die Masse des produzierten Schuhwerks sei gleich der Produktion von 5—6 ziemlich umfangreichen Schuhfabriken. In dem Blatt wird ferner mitgeteilt, daß in den andren Gefängnissen des Westens im Durchschnitt 21 000 Paar Schuhe pro Tag hergestellt werden.

Aus Industrie und Handel.

Sonntagsruhe in Engros-Geschäften. Die Berliner Handelskammer scheint jetzt selbst zu empfinden, daß die Stellung, die sie zu dem Gesuch der Handlungsgehilfen an den Magistrat, durch Ortsstatut die Sonntagsarbeit in den Engros-Geschäften aufzuheben, eingenommen hat, einer besseren Begründung bedarf, als in der ersten für die Presse bestimmten Notiz enthalten war; denn sie versendet hinterher folgende Ergänzung zu ihrer ersten Mitteilung:

„In der letzten Sitzung der Berliner Handelskammer wurde auf Grund des Vortrages des Herrn James Simon ein Gutachten festgestellt, daß sich mit der Sonntagsruhe der kaufmännischen Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt. Die Angelegenheit, die hier berührt wird, ist von so erheblichem Interesse, daß wir aus dem Referat des Herrn Simon einiges wiedergeben. Nachdem die Gründe dargelegt sind, die eine Verkürzung der auf 5 Stunden normierten Sonntags-Arbeitszeit für den Kleinhandel unthunlich erscheinen lassen, werden die wesentlich anders liegenden Verhältnisse des Fabrik-, Großhandels- und Bankgeschäfts behandelt. Wenn das Gutachten hier ebenfalls zu dem Ergebnis gelangt, daß eine ortsstatutarische Einschränkung der bisherigen Sonntagsarbeitszeit oder gar ein Verbot der Sonntagsarbeit sich nicht empfehle, so ist maßgebend die Erwägung, daß von der Mehrzahl der in Frage kommenden Geschäfte die Sonntagsarbeit entweder völlig aufgegeben oder auf ganz wenige Sonntage eingeschränkt worden ist. Die Sonn- und Feiertagsarbeit geht in Fabrik- und Engros-Geschäften höchst selten über 2—3 Stunden hinaus; meistens wird auch in Wechsel-Schicht gearbeitet. Man kann also dem heilsamen Prozesse der allmählichen freiwilligen Arbeitseinschränkung hier ohne Bedenken seinen Lauf lassen. Andrerseits ist nicht zu verkennen, daß ein Teil der Großgeschäfte durch ein Verbot der Sonntagsarbeit stark geschädigt werden würde. Durchaus erforderlich ist die Sonntagsarbeit für die Speditionsgeschäfte; einmal wegen der Expedierung der Eilgüter und Bereitstellung der Gütersendungen, die Montag früh abzufertigen sind (es handelt sich dabei häufig um internationale Anschlüsse), dann wegen Wartung der Pferde, Putzen der Geschirre, Reparaturen an den Wagen usw. Zeitweilig ist in denjenigen Branchen, welche Saison-Artikel vertreiben, auf der Höhe der Saison wegen der Häufung dringlicher Aufträge Sonntagsarbeit für viele Geschäfte erforderlich, damit der ordnungsmäßige Geschäftsgang aufrecht erhalten und Stockungen vermieden werden. Unter diesen Kategorien fällt ein großer Prozentsatz der Berliner Geschäfte. Sonntagsarbeit wird auch häufig wünschenswert, um die Vorlagen für die neue Saison zu prüfen, die Kollektionen für die auf die Tour gehenden Reisenden fertig zu stellen, eilige Muster zu expedieren, Waren für die an bestimmten Tagen abgehenden Ueberseedampfer versandbereit zu machen, ferner um Weihnachten, für die Inventur, bei den Bankgeschäften zur Abwicklung der Ultimo-Regulierungen u. s. f. Aber auch für solche Betriebe, bei welchen die Beschäftigung nicht im Zusammenhange mit bestimmten Abschnitten des Jahres steht, kann sich durch besonders starken Geschäftsgang eilige Arbeit in solchem Maße vorübergehend häufen, daß die Möglichkeit, sich durch teilweise Erledigung derselben am Sonntag zu entlasten, sehr willkommen ist. Häufig genug kommt es vor, daß Angestellte, um à jour zu kommen, aus eignem Antriebe, ohne Anregung der Chefs, am Sonntage einige Mußestunden der Pflichterfüllung opfern. Es ist klar, daß alle diese zeitweilige Arbeit, deren Notwendigkeit sich manchmal erst im letzten Augenblick ergiebt, nicht für jeden Fall von der polizeilichen Genehmigung abhängig gemacht werden kann."

Die meisten der Gründe sind recht wenig überzeugend; sie gehören zu den bekannten Einwendungen, die bisher noch bei jeder Beschränkung der Arbeitszeit in kaufmännischen Betrieben erhoben worden sind; z. B. auch bei der Beschränkung der Sonntagsarbeit und des 9 Uhr-Ladenschlusses. Soweit aber in einzelnen Fällen thatsächlich ein Bedürfnis für die Verrichtung gewisser Arbeiten an Sonntagen besteht, ließen sich dafür Ausnahmebestimmungen treffen.

Auswanderung über Hamburg im Jahre 1902. Als ein glückliches Zusammentreffen für einen wesentlichen Teil der Hamburger Schiffahrt kann man es bezeichnen, daß dem großen Ausfall amerikanischer Ausfuhrgüter, dem die Schiffahrt ihre schwierige Lage im letzten Jahre zumeist verdankt, zwei teilweise ausgleichende Momente gegenüberstehen: eine lebhafte deutsche Ausfuhr nach Nordamerika und ein überseeischer Personenverkehr über Hamburg, dessen Höhe alle voraufgehenden zehn Jahre weit übersteigt. Was speziell die überseeische Wanderung betrifft, so erreichte sie im verflossenen Jahre die Zahl von 128 335 Personen, das sind 30 863 Personen mehr als im Jahre 1901. Rückgreifend findet man erst im Jahre 1891 eine größere Wanderung: nämlich 144 879 Personen, eine freilich um so erheblichere Zahl, als die damalige Statistik den Passagierverkehr nach europäischen Ländern nicht mitzählte und die Wanderung des verflossenen Jahres, entsprechend um den europäischen Passagierverkehr vermindert, nur 110 283 Personen ergeben würde.

Um innerhalb der genannten Passagierzahlen den Umfang der eigentlichen Auswanderung festzustellen, müssen zunächst 18 838 Ausländer, die sich ausdrücklich als Rückreisende oder sonst als Nicht-Auswanderer bezeichneten, in Abzug gebracht werden. Für die Auswanderung Deutscher kämen fern.r 7190 Nicht-Auswanderer und 894 Personen, die nach den deutschen Kolonien Afrikas übersiedelten, in Abrechnung. Der Rest von 92 063 ausländischen und 9580 deutschen Auswanderern ergiebt ebenfalls nur eine ungefähre Vorstellung der wirklichen Auswanderung. In Wirklichkeit ist die Zahl der Auswanderer beträchtlich kleiner, da viele Passagiere,

die nur zu zeitweiliger gewerblicher Thätigkeit oder zu beruflicher Ausbildung ins Ausland gehen und später zurückkehren, ebenfalls der Gruppe der Auswanderer zugerechnet sind.

Zur Beförderung der Auswanderer und Reisenden im Jahre 1902 wurden 784 Schiffe, darunter 2 Segelschiffe, expediert. Als Bestimmungsländer kamen am meisten die Vereinigten Staaten von Amerika (96 458 Passagiere) und England (13 253) in Betracht. Britisch-Nordamerika empfing 6539, Afrika 2870, Brasilien 1979, Argentinien 1382 Personen. Die Wanderung über Hamburg nach den Vereinigten Staaten strömte in erster Linie aus Oestreich-Ungarn (39 581 Personen) und Rußland (33 571), dann aus Deutschland (12 008) und den übrigen fremden Staaten (11 295) zusammen. Nach England gingen überwiegend Russen (9027), dann aber auch Oestreicher und Ungarn (1527) und Deutsche (1145). Britisch-Nordamerika wurde hauptsächlich von Oestreichern (5177) aufgesucht; nur in der Wanderung nach Afrika und Südamerika waren die Deutschen voran: nach Afrika gingen 1953, nach Brasilien 1226, nach Argentinien 454, nach andren südamerikanischen Staaten 378, nach Mexiko und Centralamerika 112 Landsleute.

Zur Kohlennot in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie aus Liverpool berichtet wird, sind seit Weihnachten in verschiedenen Häfen Großbritanniens über 60 Dampfer zur Verladung von Kohlen nach Amerika gemietet worden, darunter solche von 10 000 Tonnen Ladefähigkeit. Nach hier aus Amerika eingegangenen Depeschen können jetzt keine weiteren Bestellungen in Beförderung gegeben werden, da man annimmt, daß die in Ausführung befindlichen Aufträge eine ernstliche Ueberfüllung in den amerikanischen Seehäfen hervorrufen werden.

Lohnreduktionen im Krefelder Textilgewerbe. Wie uns aus Krefeld berichtet wird, ist es den dortigen Sammetwebern, die vor 4 Jahren einen heldenmütigen Kampf gegen das Unternehmertum führten, beschieden worden, zuerst praktisch die Wirkung des Zolltarifs auf die Lebenshaltung der Arbeiter zu erproben. Dieser Kategorie von Arbeitern ist mit Berufung auf den angenommenen Zolltarif, der den Export wesentlich erschwere, ein Uebelstand, der angeblich nur durch billige Warenpreise beseitigt werden könne, der Lohn um 15 Proz. bis 20 Proz. gekürzt worden. Das Unternehmertum hat in seinem Bestreben, das Risiko auf die Arbeiter abzuwälzen, den günstigsten Zeitpunkt zur Durchführung der Lohnreduktion gewählt. Seit längerer Zeit schon ist die wöchentliche Arbeitszeit für die Weber auf 25 bis 30 Stunden reduciert worden, während in der betreffenden Hilfsindustrie nur 18 bis 42 Stunden gearbeitet wird.

Die deutsche Reichspost im Jahre 1901. Nach der vor kurzem erschienenen Statistik der deutschen Reichs-Postverwaltung für 1901 waren zu Ende dieses Jahres im deutschen Reichs-Postgebiet 32 194 Postanstalten, 17 073 Reichs-Telegraphenanstalten und 15 179 Fernsprechanstalten vorhanden. Das Personal der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung hat im Jahre 1901 eine Vermehrung von 194 256 auf 202 587, also um 8331 Personen oder 4,29 Proz. erfahren. Befördert wurden im Laufe des Jahres insgesamt 5321,9 Millionen Sendungen, 4,47 Proz. mehr als im Vorjahre. Unter diesen Sendungen befanden sich 1771,2 Millionen Briefe, 1009 Millionen Postkarten, 819 Millionen Drucksachen, 7,8 Millionen Geschäftspapiere, 63,3 Millionen Warenproben, 142,8 Millionen Postanweisungen, 5,7 Millionen Postauftrags-Briefe, 1168,5 Millionen Zeitungsnummern und 148,1 Millionen außergewöhnliche Zeitungsbeilagen, ferner 174,6 Millionen Pakete ohne Wertangabe, 3,333 Millionen Pakete mit Wertangabe und 8,6 Millionen Briefe und Kästchen mit Wertangabe. Der Gesamtbetrag der Wertangaben und des vermittelten Geldverkehrs belief sich auf 25 848,9 (im Vorjahre auf 26 554,4) Millionen Mark.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter! Parteigenossen!

Wiederum wenden sich die organisierten Barbiergehilfen an Euch. Es handelt sich immer noch um Hochhaltung unsrer Kontrollkarte. Selbst dadurch, daß wir der wirtschaftlichen Krisis Rechnung trugen unsren vor zwei Jahren mit Eurer Hilfe erkämpften Tarif herabsetzten, glaubt es der größte Teil unsrer Arbeitgeber nicht nötig zu haben, die Gehilfen von unsrem Nachweis zu entnehmen. Sie verlassen sich darauf, daß von Eurer Seite aus nun nicht mehr darauf geachtet wird. Selbst bei Aushilfen entnehmen unsre Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte von andren Nachweisen. Das Ganze geht darauf hinaus, unsre Organisation zu schädigen.

Parteigenossen, unterstützt uns in unsrem schweren Kampfe, laßt Euch nicht von unsren Arbeitgebern täuschen. Nur die neue Kontrollkarte von 1903, in welcher mindestens die zweite Woche schon abgestempelt ist, giebt darüber den Ausweis, daß einigermaßen annehmbare Zustände bei dem betreffenden Arbeitgeber herrschen. Auch bei Aushilfen achtet darauf, daß der Gehilfe die Kontrollkarte besitzt.

Die Agitationskommission der Barbiere.

Zur Lohnbewegung der Jungbierkutscher. In einer Versammlung, die am Donnerstag stattfand, berichtete Werner, daß die Brauereibesitzer ihr bei der ersten Verhandlung gegebenes Versprechen, die Kutscher bis zur Beendigung der Verhandlungen zu den alten Bedingungen zu beschäftigen, gebrochen haben. Bei etlichen Firmen sei schon am Sonnabend versucht worden, die Lohnberechnung nach dem von den Brauereibesitzern geplanten Tarif vorzunehmen. Auch die bereits zum Montag festgesetzte Verhandlung habe nicht stattfinden können wegen angeblicher Verhinderung der Besitzer. Letztere seien am selben Tage jedoch wahrscheinlich selber zusammengekommen, um ihr Verhalten den Kutschern gegenüber zu beraten, denn am Dienstag erhielt der Transportarbeiter-Verband einen eingeschriebenen Brief, worin der Brauereibesitzer mitteilte, daß die Unternehmer jede weitere Verhandlung mit der Lohnkommission ablehnen und auf der Durchführung ihres Tarifs bestehen würden. In den meisten Brauereien ist denn auch am Mittwochmorgen den Kutschern erklärt worden, der neue Tarif werde von Montag, den 19. d. M. an in Kraft treten. Gleichzeitig versuchte man, den Kutschern vorzureden, daß schon in andren Brauereien ein großer Teil von ihnen den Tarif unterschrieben habe. In Wirklichkeit hat jedoch noch kein Kutscher unterschrieben. Da die Bierkutscher auf Grund ihrer Beschäftigung den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches unterstehen, so haben sie ein Recht auf sechswöchentliche Kündigung. Aus diesem Grunde können die Unternehmer für alle Nachteile, die sie den Kutschern bereiten, gerichtlich haftbar gemacht werden, wobei der Verband den Rechtsschutz leisten werde. Redner schlug vor, ehe der Kampf auf die Spitze getrieben werde, die Vermittlung des Einigungsamtes anzurufen. Sollte es dennoch zum äußersten kommen, so habe die Lohnkommission Fürsorge getroffen, daß die Kutscher ihrer Kundschaft dennoch das nötige Bier zu liefern im stande seien. Denn schon jetzt haben sich mehrere Brauereien bereit erklärt, das benötigte Bier unter günstigen Bedingungen an die Kutscher abzugeben. In der Diskussion wurde diesen Ausführungen allseitig zugestimmt. Um den Kampf mit Nachdruck führen zu können, wurde beschlossen, jedem Bierkutscher, der Mitglied des Verbandes ist, eine Legitimationskarte auszuhändigen, die alle Vierteljahre in der Farbe zu wechseln ist. Hiervon sollen die gesamten Arbeiter Berlins in Kenntnis gesetzt werden, damit sie nur Kutschern mit Legitimationskarten Bier abnehmen. In einer Resolution drückten die Kutscher ihren festen Entschluß aus, den in der Versammlung entwickelten Bedingungen entsprechend zu handeln.

Musterarbeiter und Organisationszerstörer. Man schreibt uns: Die Desinfekteure der städtischen Desinfektionsanstalt, welche bisher in einer besonderen Filiale im Verband städtischer Arbeiter organisiert waren, haben am 27. Dezember 1902 auf Antrag eines Mannes, der noch nicht einmal das Wesen einer Arbeiterorganisation begriffen hat, indem er seinen Antrag auch von Nichtmitgliedern unterschreiben ließ, beschlossen, in einer Generalversammlung die Auflösung der Filiale vorzunehmen. Ohne den Verbandsvorstand oder die Berliner Ortsleitung davon zu verständigen, fand bereits drei Tage darauf, am 30. Dezember, diese Versammlung statt und in wenigen Minuten wurde die Auflösung vollzogen. Das sind dieselben Leute, welche Tag für Tag der Verbandsleitung gegenüber das brutale Benehmen ihres Vorgesetzten nicht schlimm genug schildern konnten, die sogar von der Organisation und dem Fachorgan die Hervorzerrung rein privater Verhältnisse dieses Herrn, die schon jahrelang zurückliegen, verlangten, damit derselbe „unmöglich" gemacht werde, die jetzt den Lockungen dieses „Vorgesetzten" folgen, um der Thätigkeit des Verbandes in diesem Betriebe ein Ziel zu setzen. Die Organisation hält es für ihre Pflicht, die Berliner Arbeiter auf diese „Aucharbeiter" aufmerksam zu machen.

Die Firma Gans u. Goldschmidt ersucht uns, die Mitteilung, welche die Metallarbeiter-Gewerkschaft gestern an dieser Stelle veröffentlicht hat, dahin zu berichtigen, daß die Streikenden bei Accordarbeiten nicht die Garantie eines Minimallohnes, sondern eines um 10 Pf. per Stunde erhöhten Lohnes verlangen. —

Weshalb die Firma auf diese Richtigstellung Wert legt, vermögen wir nicht einzusehen, wir nehmen vielmehr an, daß die Arbeiter guten Grund haben werden, ihre Forderung zu stellen und daß es ihnen ferngelegen hat, unrichtige Mitteilungen darüber zu verbreiten.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterausstand auf der Florentinegrube bei Beuthen in Oberschlesien ist einer Wolffschen Meldung zufolge beendet.

Textilarbeiterausstand in Forst. Wegen Lohndifferenzen legten am Donnerstag sämtliche 22 Weber der Firma Heinrich in Forst die Arbeit nieder.

Streikvergehen. Aus Anlaß eines Streiks, der vor einiger Zeit in einer Fabrik in Barmen stattgefunden hat, waren dieser Tage 11 Arbeiter vor das dortige Schöffengericht citiert, weil sie sich gegen Streikbrecher vergangen haben sollten. Die Polizei scheint hier wieder mit übergroßem Eifer zu Werke gegangen zu sein, denn von den 11 Angeklagten wurden 7, gegen die nichts vorlag, freigesprochen, während zwei andre mit Geldstrafen von je 5 M. davonkamen. Zwei Sachen wurden vertagt. — Ein Maurer, der vor demselben Gericht wegen Beleidigung und Bedrohung Arbeitswilliger angeklagt war, erhielt dagegen eine schwere Strafe. Ihm wurden 3 Monate Gefängnis auferlegt.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend hielt am 14. Januar seine halbjährliche Generalversammlung in Obsts Festsälen ab. Herr Lagerhalter Küter hielt einen sehr lehrreichen und interessanten Vortrag, dessen Thema „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" war. Reicher Beifall wurde dem Redner gespendet. In den Vereinsangelegenheiten gab die Kassiererin den halbjährlichen Kassenbericht, worauf ihr Decharge erteilt wurde. Der Vorsitzende machte auf den am 31. Januar in Obsts Festsälen stattfindenden Maskenball aufmerksam. Es wird ein Bauern-Ernte-reigen von Kindern getanzt. Auch sonst wird für Vergnügen und Amusement Sorge getragen werden. Unter andern wird während des Tanzes ein Bärenführer und ein Elefant herumgehen und jeder seine Kunststücke zeigen. Die Vorsitzende bittet um rege Beteiligung. Ferner wurde noch bekannt gemacht und von der Versammlung beschlossen, daß der Erlös der Tellersammlung kranken und bedürftigen Mitgliedern zu gute kommt. Die nächste Vereinsversammlung findet am 11. Februar in Obsts Festsälen, Martin Lutherstraße, Ecke Meiningerstr. 8, statt. Fräul. Ida Altmann wird einen Vortrag über: „Was zum Munde hineingeht, ist keine Sünde", halten. Gäste, Herren wie Damen, herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den ersten Kreis sprach Dr. Arons am Dienstag über das Thema: „Ist das Reichstags-Wahlrecht in Gefahr?" Die gut besuchte Versammlung fand in den „Sprechsälen" in der Kirchstraße statt. Der Redner wies auf verschiedene Erscheinungen im politischen Leben in Deutschland hin, auf Aussprüche reaktionärer Politiker und Preßäußerungen, die dafür zeugen, daß die bürgerlichen Parteien keine Freunde des allgemeinen, gleichen und direkten Reichstags-Wahlrechts sind und daß dieses Wahlrecht thatsächlich in seiner Existenz bedroht ist. Dann gab der Redner eine Uebersicht über die Geschichte des Wahlrechts in Frankreich und in England und zeigte, wie in diesen beiden Ländern unter fortwährendem Druck des Volkes eine konsequente Entwicklung zum allgemeinen Wahlrecht stattgefunden hat, wogegen wir in Deutschland das Reichstags-Wahlrecht einem schlauen politischen Schachzug Bismarcks verdanken, es dem Volke gewissermaßen als ein Geschenk zu teil wurde. Darum müsse hier das Wort gelten: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen." Die Vorgänge in verschiedenen Kommunen, z. B. die Erhöhung des Wahlcensus in Kiel, die Debatte über den Antrag auf Nichterhebung der untersten Steuerstufe in Berlin, hätten bewiesen, daß selbst die radikalsten Freisinnigen keine unbedingten Anhänger des allgemeinen, gleichen Wahlrechts sind und daß die einzige Partei, die theoretisch und praktisch gegen jede Verschlechterung und für Verbesserung des Wahlrechts eintritt, die Socialdemokratie ist. Gegenüber den Angriffen der Reaktion auf das Reichstags-Wahlrecht müsse die Socialdemokratie Forderungen auf Verbesserung stellen. — Ferner müsse die Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Einzelstaaten gefordert werden. Das alles seien zunächst Aufgaben der parlamentarischen Fraktion. Damit sie aber durchgeführt werden könnten, müsse die ganze Bevölkerung mit Verständnis dahinter stehen. Der Redner wies dann darauf hin, daß die Wahlbeteiligung bei den letzten Reichstags-Wahlen in manchen Wahlkreisen, auch in Berlin, noch viel zu wünschen übrig ließ, und schloß mit der Aufforderung zu eifriger Agitation. Wenn jeder Parteigenosse in dieser Richtung unermüdlich thätig sei, dann könne man sagen: das Wahlrecht ist zwar bedroht, aber keineswegs in Gefahr.

Im Anschluß hieran forderte der Vorsitzende zum Eintritt in den Wahlverein und zur Agitation für die Arbeiterpresse auf. Beitrittserklärungen zum Wahlverein werden auch jeden Montag nach dem 15. jeden Monats in der Flensburgerstr. 24 entgegengenommen. Genosse Oppel machte auf die am 22. Januar stattfindenden öffentlichen Versammlungen (für den ersten Wahlkreis in den „Arminhallen") aufmerksam.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein hielt am Mittwoch seine Generalversammlung in Frankes Salon in der Sebastianstraße ab. Seit der letzten Versammlung sind die Mitglieder Ziesener und Gosau verstorben. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Dann erstattete der Vorsitzende Fritz den Bericht des Vorstandes. Der Wahlverein hat jetzt 1050 Mitglieder, ungefähr 100 mehr als im vorigen Jahre. Der Kassenbericht weist einschließlich des alten Bestandes von 500,75 M., eine Einnahme von 1141,20 M. auf. Die Ausgaben betrugen 503,50 M., darunter 431 M. für Agitation und Broschüren. Es verbleibt ein Kassenbestand von 637,70 M. Dem Kassierer Harndt wurde einstimmig Decharge erteilt. Darauf fand die Ergänzungswahl des Vorstandes statt. Wiedergewählt wurden: als erster Vorsitzender Fritz, als erster Kassierer Harndt; als erster Schriftführer wurde Mahle gewählt und als Beisitzer König, Hinz, Wartenberg. Sodann hielt Georg Bernhardt einen Vortrag über „Aktiengesellschaften und die Arbeiter". Der Redner führte einleitend aus, daß die Arbeiterschaft und auch die Partei im allgemeinen den Aktiengesellschaften viel zu wenig Aufmerksamkeit zuwende und daß es auch in mancher Hinsicht an gründlicher Kenntnis dieser Materie fehle. Er gab dann eine Uebersicht über die Entwicklung und Ausdehnung der Aktiengesellschaften und über die Aktiengesetzgebung in Deutschland und wies auf die Korruptions-Erscheinungen der Gründerperiode, sowie auf die Zusammenbrüche der neuesten Zeit hin. Diese Dinge gingen nicht allein die Kapitalisten an, auch die Arbeiter hätten darunter zu leiden, auch sie hätten ein starkes Interesse an einem blühenden Wirtschaftsleben, ja, auch die Gewerkschaften könnten unter Umständen ihr Vermögen bei Bankrachs verlieren. Die öffentliche Berichterstattung der Aktiengesellschaften müsse von der Arbeiterschaft mehr ausgenutzt werden, denn sie biete wichtiges Material zur Beurteilung unsrer Wirtschaftszustände, und der Zwang zur Oeffentlichkeit müsse durch die Gesetzgebung weiter ausgestaltet werden. Schließlich machte der Redner noch einige Angaben darüber, wie die Aktiengesellschaften zu socialen Maßnahmen herangezogen werden könnten und wie man die Uebel, die mit dem Wesen der Aktiengesellschaften verbunden sind, durch die Gesetzgebung einschränken könnte, wobei man natürlich nicht so tolpatschig vorgehen dürfte, wie die Antisemiten und Centrumsleute das wünschen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Vorsitzende machte auf das am Sonnabend stattfindende Stiftungsfest aufmerksam, Genosse Hoch auf die Volksversammlungen am nächsten Donnerstag und besonders auf die für den dritten Wahlkreis im Gewerkschaftshaus und in der Ressource. —

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. Januar, vormittags 8¾ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung". Um 10½ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Frl. Ida Altmann: „Gewissensfreiheit". Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 19. Januar, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Central-Klubhauses, Am Königsgraben 14a, beschließende Versammlung. Beschlußfassung über Errichtung einer Feuerbestattungs-Kasse. Weiße Quittung legitimiert.

Im Arbeiterinnenheim Brückenstr. 8 I findet am Sonntag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, ein Konzert statt, zu dem Gäste herzlich willkommen sind. Eintritt frei.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29, Hamburg.) Mitgliederversammlungen am Sonnabend, den 17. Januar, abends 9 Uhr: Filiale Berlin 3 bei O. Bergener, Reichenbergerstr. 157. — Filiale Berlin 4 bei Merkowski, Andreasstr. 26. — Filiale Berlin 5 bei Fritz, Lothringerstr. 68. — Filiale Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3. — Filiale Rixdorf Kirchhofstr. 41. — Filiale Berlin 1 am Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10½ Uhr in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5—7. — Filiale Berlin 2 bei Albrecht, Admiralstr. 19c.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Nachruf. 77/9

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Jalousie-Arbeiter

Hugo Bachsteffen

am 5. Januar verstorben ist und am Donnerstag den 8. Januar zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Adlershof. Alt-Glienicke.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Parteigenossen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, der Arbeiter 3802

August Zoll

zu Alt-Glienicke im Alter von 51 Jahren nach langem, schwerem Leiden im Kreis-Krankenhaus zu Britz gestorben ist. Dies zeigt, um stilles Beileid bittend, an

im Namen der Hinterbliebenen

Carl Zoll.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause zu Alt-Glienicke, Rudowerstr. 75, aus statt.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Buchbinder

Bruno Hoffmann

am Dienstag früh verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **morgen, Sonntag,** nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause am Urban aus nach dem neuen Rixdorfer Kirchhof statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

23/3 **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle d. Bauarbeiter Berlin III.

Todes-Anzeige.

Am 14. Januar ist unser treuer Kollege

Hermann Reicherd

verstorben. Die Beerdigung findet Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Wiesenstr. 6 aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzlichen Beweise innigster Teilnahme und schönen Kranzspenden am Grabe meines Mannes sagen wir hiermit unsren herzlichsten Dank. 1565b

Wwe. **Pahlau** und Kinder.

Allen Parteigenossen, besonders dem Genossen Rob. Flatow für die Blumenspende, sagen wir für die herzlichen Gratulationen zu unsrer

silbernen Hochzeit

den besten Dank. 3842

W. Langfeldt nebst Frau.

Kranken- u. Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

E. H. S. Nr. 115.

Sonntag, den 25. Januar 1903, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Krüger, Grunewaldstraße 110:

Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Jährlicher Bericht. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandter Gewerbe.

Montag, den 26. Januar 1903, abends 8 Uhr,

im

Fraktionszimmer des Berliner Ratskellers. Eingang: Jüdenstraße:

Außerordentliche General-Versammlung

der

Vertreter der Arbeitgeber.

Tagesordnung:

Wahl eines Vorstands-Mitgliedes (Ersatzwahl für Herrn August Lübke.)

Das Mandat legitimiert.

Berlin, den 16. Januar 1903.

Der Vorstand.

Carl Guthelt. 15665

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (E. H.).

Zahlstelle Lichtenberg.

Mitgliederversammlung

Sonntag, den 18. Januar 1903, vorm. 10 Uhr, bei Schneider, Kronprinzenstraße 47.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Um regen Besuch bittet 184/1

Die Ortsverwaltung.

A. Stippekohls Restaurant

Köpenick, Schönerlinderstr. 5.

Arbeiter-Verkehrslokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

General-Vertreter: **C. F. Heinz,** NW. 21, Dreysestr. 9.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 17. Januar.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Mignon.
Schauspielhaus. Gyges und sein Ring.
Deutsches. Der arme Heinrich.
Berliner. Heimkehr.
Lessing. Mamma Bamma.
Neues. Die Fliege.
Residenz. Die beiden Schulen.
Thalia. Seine Kleine.
Westen. Der Freischütz.
Central. Madame Sherry.
Belle-Alliance-Theater. Cupido u. Co. — Am Telephon.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Renaissance.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Jugendfreunde.
Carl Weiß. Die Blüte des Bagno.
Luisen. Der Rattenfänger von Hameln.
Metropol. (Ball. Anfang 11 Uhr.)
Buntes. System Aubert. — Theodor sucht Streichhölzer.
Kleines. Erdgeist.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Palast. Auf hoher See.
Casino. Moderne Frauen.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Das Land Tirol. Im Hörsaale um 8 Uhr: Professor Dr. Donath: „Sichtbare und unsichtbare Strahlen".
Invalidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Zum **158.** Male:
Seine Kleine.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Im 1. Akt: Ein Winterfest im Grunewald. Im 2. Akt: Haben Sie nicht den kleinen Sohn gesehn? (mit Guido Thielscher). Im 3. Akt: Lebende Märchen. Anfang 7½ Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Dorf und Stadt.**

Residenz-Theater.
Direktion: **Sigmund Lautenburg.**
Anfang 7½ Uhr.
Die beiden Schulen.
(Les deux Ecoles.)
Lustspiel in 4 Akten von Alfr. Capus.
Morgen und folgende Tage: **Die beiden Schulen.** Sonntagnachm. 3 Uhr: **Sein Doppelgänger.**

Central-Theater
Heute zwei Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei:
Schneeweisschen und Rosenrot.
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
1. Bild: Der verzauberte Bär. 2. Bild: Der böse Zwerg. 3. Bild: Am Weihnachtsabend. 4. Bild: Die Erlösung.
Abends 7½ Uhr zum 75. Male:
Madame Sherry.
Fräul. **Fritzi Georgette** a. G.
Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: **Die Fledermaus.** Abends 7½ Uhr: **Madame Sherry.**
Montag, den 19. Januar, und die folgenden Abende 7½ Uhr: **Madame Sherry.**
Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei: Jubiläums-Vorstellung. Zum 25. Male: **Schneeweisschen und Rosenrot.** Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Fritzi Georgette als Gast.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Nachmittags 4 Uhr kleine Preise:
Häusel und Gretel.
Kindermärchen m. Gesang v. W. Lang.
Abends 8 Uhr:
Die Blüte des Bagno.
Morgen nachmittag 3 Uhr: **Die letzten Tage der Antillen.** Abends: **Die Blüte des Bagno.**

Winter-Garten
Das sensationelle
Januar-Programm.
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac".
Morton und Elliott, Excentrics.
Walino und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das Bordeverry-Trio.
Adrienne Larive, Pariser Sängerin.
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.
Die 7 Allisons, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar", Eine Vision.
Pariser Luft, Ballett.
„Die Reise in den Mond". Biographische Bilder.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Donath: „Sichtbare und unsichtbare Strahlen."

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Gr. Wilhelm Busch-Ausstellung
in Bildern mit plastischen Figuren.
Zauberkünstler **F. Roberts.** Verschwinden einer Dame.
Illusionssaal. — Germanensaal. Franz. Saal. — Kasperle-Theater. Grosses Konzert.

Passage-Theater.
D-Vorstellung.
Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochent. 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Nur noch kurze Zeit: Auguste Adamovic
Nachmittags 7 Uhr. Abends 10 Uhr.
Willy Prager.
14 neue erstklass. Nummern.

Buntes Theater
Köpnickerstr. 68. Anfang 8 Uhr.
System Aubert
Hierauf: Theodor sucht Streichhölzer. — **Tiny Senders.**
Nachm. 3 Uhr: **Fritz Reuter-Vortrag** von Otto Fritzsche.
Sonntag ½ Uhr bei bedeutend ermässigten Preisen: Opernvorstellung: **Der Waffenschmied.**

Casino-Theater.
Lothringer Straße 37.
Neu! Franz Kern **Neu!**
Amonés — Gretchen Reimann 2c.
Dazu mit neuer glänz. Ausstattung:
Moderne Frauen.
Großer Lacherfolg. Zeitgem. Couplets.
Anf.: Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.
Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Leonore die Grabesbraut,** dazu sämtliche Specialitäten.

Luisen-Theater.
Der Rattenfänger von Hameln.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Kasse.
Morgen 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Die Anne-Lise. Abends 8 Uhr: **Die Cameliendame.** Montag: **Die Cameliendame.** Dienstag zum erstenmal: **Die Maschinenbauer von Berlin.** Mittwoch: **Die Räuber.** Donnerstag: **Die Maschinenbauer von Berlin.** Freitag zum erstenmal: **Die Tochter Belials.** Sonnabend: **Die Tochter Belials.**

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.

Cirkus Schumann
Sonnabend, den 17. Januar 1903, abends 7½ Uhr:
High-Life-Soirée.
Die hervorragendsten Gala-Nummern des Repertoirs. — Um 9½ Uhr:
Der phänomenale Künstler
Mr. Diavolo
Looping the Loop
Um 9½ Uhr:
Die unverwüstliche Pantomime
Die lustigen Heidelberger.
Sonntagnachmittag die reizende Pantomime:
Pierrots Weihnachten.
Zum Schluss: Die Riesenbenbonnière und der **Bonbonregen.**
In beiden Vorstellungen:
Looping the Loop.
Abends: **Die lustigen Heidelberger.**
Montag: **Extra-Gala-Festvorstellung** z. Best. d. Krankenküche Brüderstr.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Renaissance.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Franz Koppel-Elfeld.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Jugendfreunde.
Sonntagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Montagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Lustspiel in vier Aufzügen von Ludwig Fulda.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Montagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Belle-Alliance-Theater.
Heute u. folgende Tage: Abds. 7½ Uhr.
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.
Hierauf 8¼ Uhr:
Cupido & Co.
Schwank mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Von 8—9¼ Uhr: **Specialitäten** und **Robert Steidl** **auf dem Hängeboden.**
Um 9¼ Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Ausstattungs-Operette v. **Paul Lincke.**
Sonntag, den 18. Januar, Nachmittags-Vorstellung. Ermässigte Preise. Um 3 Uhr zum 1000. Male:
Frau Luna.
Vorher: Brillante Specialitäten.

Bernhard Rose-Theater
Badstr. 58.
Sonntag, den 18. Januar 1903:
Der Hüttenbesitzer.
(Le Maître de Forges.)
Schauspiel in 4 Akten (5 Verwandl.) von Georges Ohnet. Anfang 6½ Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Montag, den 26. Jan.: Gr. Soiree der Norddeutschen Sänger (Herren Führmann, Horit, Waldt).

W. Noack's Theater.
Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
Heute wegen Privat-Festlichkeit Geschlossen!
Sonntag: **Eine Posse als Medizin.**
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Buntes Theater
Köpnickerstrasse 68.
Sonnabend, den 24. Januar:
Erste Subskriptions-Redoute.

Eintrittskarte	10 M.
Künstlerkarte	5 „
Loge für 4 Personen	20 „

Anfang 10 Uhr.
Subskriptionslisten liegen im Sekretariat von heute ab täglich von 10—3 Uhr vormittags und von 6—10 Uhr abends auf.
Herren in Ball-Toilette **unmaskiert.** Damen in excentrischen Dominos und Hüten oder Ball-Toilette **maskiert.**

Cirkus Busch.
Sonnabend, den 17. Januar 1903, abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung.
Tartakoff Troupe.
Die wunderbaren **Seelöwen.** Elefant und Pferd und **Dahomey** mit den **badenden Elefanten.**

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Zum Schluß neu: **6 dicke Chansonnetten** in Uniform von Wenzel.

Trinkt „Apfelblümchen"
Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk
ohne Alkohol.
Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H.
Görlitzer Ufer 24. Fernsprech-Amt 4. 1673. [2082*

Achtung, Mühlenarbeiter!
Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c (großer Saal):
Oeffentl. Mühlenarbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit im Müllergewerbe", Referent: Kollege **Bartels-Lübeck.**
Kein Müller, Mühlenarbeiter 2c., gleichviel, wo er zur Zeit beschäftigt ist, darf fehlen. 15629* **Der Einberufer.**

Metropol-Theater.
Heute:
1. Metropol-Theater-Ball.
Anfang 11 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Das phänomen. Januar-Programm.
Alles neu! Neu! Alles neu!
8½ Uhr. Neu inszeniert: 8½ Uhr.
Auf hoher See.
Lebensbild m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
The Atlantics, Kraft-Akt.
Gebr. Belleng, großart. Mélange-Akt.
Jonny Manchenez, das med. Weltwdr.
The Helsons, eine Scene im Kaffeeh.
Elsa Byron, Soubretten-Diva.
Anfang: Wochent. 8, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Steidl-Theater
Linienstraße 132. Oranienburger Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Stürmischer Lach-Erfolg!
Familie Humbert
Ulk-Komödie von **Fritz Steidl.**
U. a. m. gänzlich neue Programmnr.
Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.), Sperrsitz 1 M., Loge 1,50 M.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten-Straße 77/79.
Direktion: **Carl Haverland.**
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Streich-Konzert.
Heute: **Bockanstich.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanz-Kränzchen.
Neu! Grünebergs Neu!
Sensationsparodie:
De Lup in de Lupt.

Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erstkl. **Specialitäten-Vorstellung.** Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Wein- u. Bierflaschen kauft und holt ab **Kolinsky,** Krautstraße 36. 2*

Kunststopferei
von
Frau Kokosky,
Steinmetzstr. 48, Quergeb. hochpart.
2982*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Branche Parkettleger.
Sonnabend, den 17. Januar, abends 6 Uhr, Werkstellensitzung der Firma **Mittag,** Uhlandstr. 178, Restaurateur **Schuch.**
77/8 **Der Obmann.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

Sonntag, 18. Januar 1903, vormittags 10 Uhr, bei Lietzke, Brunnenstr. 41:
Versammlung der Hobler, Bohrer, Fräser etc.

Sonntag, den 18. Januar 1903, vormittags 10 Uhr, bei Sachse, Lindowerstr. 26:
Versammlung der Feilenarbeiter.

Montag, den 19. Januar 1903, abends 8½ Uhr, bei Lindner, Türrschmidtstr. 37:
Bezirks-Versammlung für Rummelsburg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Wuschick** über: „Die Anträge des Hauptvorstandes zum Verbandstage". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 19. Januar 1903, abends 8 Uhr, bei Mercier, Steinmetzstr. 113:
Bezirks-Versammlung für Rixdorf.
Tages-Ordnung:
1. Die Einführung der Krankenunterstützung in unserer Organisation. Referent Kollege **A. Cohen.** 2. Diskussion. 3. Vierteljahrsbericht der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 110/12

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich; Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Branchen-Versammlungen
am 19., 20. u. 21. Januar, abends 8½ Uhr
in folgenden Lokalen:

Etuis-Arbeiter und -Arbeiterinnen
am **Montag, den 19. Januar,** im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15.

Karton-Arbeiter und -Arbeiterinnen
am **Montag, den 19. Januar,** im **Englischen Garten,** Alexanderstr. 27c.

Goldschnittmacher
am **Montag, den 19. Januar,** im Lokale von **Simonis, Beuthstr. 21.**

Kontobuch-Arbeiter und -Arbeiterinnen
am **Dienstag, den 20. Januar,** im **Gewerkschaftshause** (Saal III).

Papier- und Ledergalanterie-Arbeiter und -Arbeiterinnen
am **Dienstag, den 20. Januar,** im **Gewerkschaftshause** (Saal X).

Luxuspapier-Arbeiter u. -Arbeiterinnen
am **Dienstag, den 20. Januar,** in **Feuersteins oberem Saale, Alte Jakobstraße 75.**

Buchbinder u. Buchbinderei-Arbeiterinnen
am **Mittwoch, den 21. Januar,** in den **„Arminhallen", Kommandantenstr. 20** (großer Saal).

Album-Arbeiter und -Arbeiterinnen
am **Mittwoch, den 21. Januar,** im **Gewerkschaftshause** (Saal V).

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht der Vertrauenspersonen über ihre Thätigkeit.
2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 28/1
3. Werkstätten-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Alles Nähere ist in der **„Buchbinder-Zeitung"** bekannt gegeben.

Wir ersuchen alle Branchenangehörigen, in den obigen Versammlungen recht zahlreich zu erscheinen. Die Verbandsmitglieder sind ganz besonders dazu verpflichtet.
Mit kollegialem Gruß
Die Branchen-Vertrauenspersonen.

Verband der Bauanschläger
Deutschlands, Ortsverwaltung Charlottenburg.
Sonntag, den 18. Januar 1903, bei Hagen, Bismarckstraße 50:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Aufnahmen neuer Mitglieder finden statt außer in den Versammlungen in den Zahlstellen: Charlottenburg bei Hagen, Bismarckstr. 50, Fernspr. 170. Berlin bei Wartmann, Hallesches Ufer 75, Fernspr. Amt 3, 2056. Rixdorf bei Preil, Rosenstr. 24, Fernspr. 312. Schöneberg bei Rochlitz, Tempelhoferstr. 17. 13605 **Der Vorstand.**

Verband der Möbelpolierer.
Die Kollegen werden hiermit ersucht, heute abend von 8—10 Uhr in den Zahlstellen ihre Beiträge zu begleichen und die Kontrollkarten abzuliefern. Die Zahlstelle in **Rixdorf** ist verlegt nach der **Steinmetzstr. 103.**

Montag, den 19. d. M., abends 8½ Uhr, Andreasstr. 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow** über: **„Die Handelsverträge und die reaktionären Parteien."** 2. Bericht des Delegierten. 3. Wahl. 4. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zum Maskenball.
145/3 **Der Vorstand.**

Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter.
Zweigverein Berlin. Sektion I (Brauer).
Sonntag, 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal D):
Monats-Versammlung.
Vortrag des Genossen **Fritz Wilke** über: „Unsre Waffen im Kampf ums Dasein". 41/1
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand. I. A.: **L. Hadasche,** Weißenseer, Wörthstr. 18.

Verantwortl. Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 16. Januar 1903.

Das russische Budget. — Wittesche Finanz-Verdunkelungskunst. — Vom russischen Eisenbahn-Etat. — Staatseinnahmen und Volkswohlstand. — Kornverbrauch und Kornausfuhr. — Die kommende russische Anleihe. — Europas Eisenbahnlinien.

Soweit auch Rußland sonst mit seinen wirtschaftlichen Einrichtungen hinter Westeuropa zurückbleibt, seine Reichsbudget-Aufstellungen veröffentlicht Herr Witte regelmäßig präcise am russischen Neujahrstag. Auch diesmal sind Etat und Budgetbericht pünktlich erschienen. Bisher liegen nur erst telegraphische Meldungen vor, nach denen die Staatseinnahmen und -Ausgaben für 1903 im Vergleich zum vorigen Jahre mit folgenden Summen veranschlagt werden:

Einnahmen

	1903	1902
ordentliche	1 897 032 678 Rbl.	1 800 784 482 Rbl.
außerordentliche	2 500 000 „	1 800 000 „
	1 899 532 678 Rbl.	1 802 584 482 Rbl.
Zuschuß aus dem Barbestande der Reichsrentei	172 134 794 „	143 987 494 „
zusammen	2 071 667 472 Rbl.	1 946 571 976 Rbl.

Ausgaben

ordentliche	1 880 405 229 Rbl.	1 775 913 481 Rbl.
außerordentliche	191 262 243 „	170 658 495 „
zusammen	2 071 667 472 Rbl.	1 946 571 976 Rbl.

An ordentlichen Einnahmen werden erwartet: direkte Steuern 132 051 949 R., indirekte Steuern 405 994 300 R., sonstige Abgaben (Gebühren, Stempel) 98 169 223 R., Staatsregalien 502 284 800 R., Staatsbesitztum und Kapitalien 523 406 347 R., Veräußerung von Staatsbesitztum 531 959 R., Ablösungszahlungen 89 162 600 R., Ersatz von den Ausgaben der Reichsrentei 79 085 049 R., andre Einnahmen 6 346 457 R.

Von den ordentlichen Ausgaben entfallen auf die Zahlungen für die Staatsschuld 290 966 336 R., oberste Behörden 3 210 449 R., Heiliger Synod 28 388 049 R., Kaiserliches Haus 15 808 652 R., Auswärtiges Amt 5 742 048 R., Kriegsministerium 329 923 866 R., Marine 115 631 241 R., Finanzen 389 410 068 R., Landwirtschaft und Domänen 49 085 395 R., Ministerium des Innern 99 717 008 R., öffentlicher Unterricht 39 214 985 R., Verkehrsanstalten 458 469 935 R., Justiz 49 384 341 R., Reichskontrolle 8 382 592 R., Gestütswesen 2 070 294 R., Vorräte und Futter im Falle von Preissteigerungen 3 000 000 Rubel, in den Voranschlägen nicht vorgesehene Ausgaben für besondere im Laufe des Jahres auftretende Bedürfnisse 12 000 000 R.

Die außerordentlichen Einnahmen werden veranschlagt: Ewige Einlagen bei der Reichsbank 2 500 000 Rubel, aus dem freien Barbestande der Reichsrentei 172 134 794 Rubel; die außerordentlichen Ausgaben: zur Einlösung der 4½ Proz. Obligationen der Moskauer Jaroslawbahn 2 458 300 Rubel, für den Bau der sibirischen Bahn 20 921 023 Rubel, für Hilfsunternehmungen bei der sibirischen Bahn 3 418 340 Rubel, für den Bau andrer Bahnen 145 194 580 Rubel, für Darlehen an Privatgesellschaften zum Eisenbahnbau 9 270 000 Rubel, zur Entschädigung von Privatpersonen und Institutionen für Aufhebung der Branntweinbrenngerechtigkeit 10 000 000 Rubel.

Aeußerlich sieht der Voranschlag ziemlich günstig aus. Weisen auch die ordentlichen Ausgaben eine beträchtliche Steigerung auf, so werden sie doch von den ordentlichen Einnahmen übertroffen, und zudem hat sich, wie der Budgetbericht des Finanzministers im weiteren ausführt, bei nur ganz geringer Verschiebung der Wertsummen für Silber und Kreditbillete das in der Reichsbank und der Reichsrentei befindliche Gold um ungefähr 102½ Millionen Rubel vermehrt. Herr Witte unterläßt denn auch nicht, in seinem Bericht mit einer gewissen Gespreiztheit hervorzuheben, daß, während er in den letzten Jahren stets die schwere Pflicht gehabt hätte, auch ungünstige Verhältnisse erwähnen zu müssen, von denen die russische Volkswirtschaft betroffen worden sei, er dies Jahr versichern könne, daß die allgemeinen Bedingungen, unter denen die russische Volkswirtschaft lebe, augenscheinliche Anzeichen einer Wendung zum Bessern aufwiesen.

Indes handelt es sich nur um Voranschläge, und überdies dürfen die russischen Budgets nicht von demselben Standpunkt aus beurteilt werden, wie die Etataufstellungen parlamentarischer oder parlamentarisch kontrollierter Staaten. Nicht nur, daß in finanzwirtschaftlicher Hinsicht das russische Finanzsystem sonst nirgends zu findende Absonderlichkeiten zeigt, daß das wenig klare Verhältnis des Schatzamtes (der Reichsrentei) zur russischen Reichsbank die seltsamsten Verschiebungen ermöglicht und die einzelnen Ministerialressorts nach parlamentarisch-konstitutionellen Begriffen in unzulässiger Weise mit einander verquickt sind, auch in finanz-technischer Hinsicht, besonders was die Zusammensetzung der einzelnen größeren Posten und die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Conten anbetrifft, leidet das russische Budget an bedenklichen Mängeln. Es gleicht darin den Bilanzen mancher Banken und Aktiengesellschaften, die sich auch äußerlich ganz schön präsentieren, bei deren Prüfung man aber findet, daß oft das zur Beurteilung der Geschäftslage Wichtigste übergangen ist und in manchen Posten absichtlich alles Mögliche zusammengehäuft wird, nur zu dem Zweck, um schwache Einzelpositionen in der Masse verschwinden zu lassen.

Seit Professor Jsaieff vor einigen Jahren seine Schrift über die russischen Finanzen veröffentlicht hat, sind den offiziellen russischen Aufstellungen und Budgetberichten von Parvus, Scharapow, Butmi, Schwanenbach und erst in letzter Zeit wieder von Rohrbach und von Cyon von der Brüggen derartige eigentümliche Rechnungsmethoden und sogar direkte Unrichtigkeiten der einzelnen spezifizierten Ziffern nachgewiesen, daß eine starke Dosis Optimismus dazu gehört, die Positionen des russischen Staatshaushalts ernst zu nehmen. So hat z. B. Butmi in einer Kritik des Finanzberichts über den Staatshaushalt für 1902 gezeigt, daß, während Herr Witte für das Jahr 1900 als Ergebnis der Beteiligung des Staates am Eisenbahngetriebe einen „kleinen Reingewinn" herausrechnet, nach den Berichten der Reichskontrolle sich ein Deficit von 31,6 Millionen Rubel ergiebt: ein Deficit, das, wenn auch nicht in Wirklichkeit, so doch rechnerisch Herr Witte dadurch aus seinem Budget herauszaubert, daß er einen bedeutenden Teil der Unkosten, die zur Instandhaltung der Staatsbahnen und der staatlich garantierten Privatbahnen dienen: Ausgaben für Schienenersetzungen, Bahnhofsbauten, Reparaturen — einfach von den allgemeinen Betriebsunkosten absetzt und als „Ausgaben auf Kapitalconto" bucht, also nicht als laufende Erneuerungskosten des Bahnnetzes, sondern als neue Kapitalsanlage aufmarschieren läßt. Auch Parvus und Lehmann haben in ihrem bekannten Buch „Das hungernde Rußland" dem russischen Finanzminister eine Reihe derartiger Berechnungs- und Buchungskünste nachgewiesen. Thatsächlich sind die Netto-Einnahmen aus den Eisenbahnen von 1896—1901 von 127,8 auf 57,1 Millionen Rubel zurückgegangen; ein Rückgang, der nach Außen aber dadurch zu verdecken versucht wird, daß je nach Gutdünken erhebliche Summen für die „Verbesserung und Verstärkung" der Staatsbahnen und der staatlich garantierten Privatbahnen als Ausgabeposten in die Rechnung eingestellt werden (im Jahre 1900 = 45,9 Millionen Rubel) — ohne daß irgend welcher nähere Aufschluß über die Verwendung dieser Summen erteilt wird. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß bei dieser Rechnung die Verzinsung des Anlagekapitals der Staatsbahnen mit ungefähr 125 Millionen nicht berücksichtigt ist, da dieses Kapital, das mit den vom Staat übernommenen Eisenbahnschuldverschreibungen und neueren Eisenbahnanleihen sich auf etwa 2,7 Milliarden Rubel stellen dürfte, nicht als verzinsliches Eisenbahnkapital gesondert aufgeführt wird, sondern der allgemeinen Staatsschuld einverleibt worden ist.

Doch es würde zu weit führen, einzeln den Finanzkünsten Wittes nachzuspüren; nur auf einige der „Thatsachen", mit denen er in seinem Budgetbericht die „Besserung" der russischen Finanzlage begründet, möchte ich noch kurz hinweisen, da sie äußerst charakteristisch für die Schönfärberei des russischen Finanzministers sind.

Er weist z. B. darauf hin, daß trotz der Krise die Staatseinnahmen in den letzten Jahren stetig zugenommen haben, was nach seiner Meinung für die gesunde Fortentwicklung der russischen Volkswirtschaft spricht. Bei näherer Betrachtung kommt man jedoch zu einem andren Resultat. Allerdings haben sich in den letzten zehn Jahren die ordentlichen Einnahmen verdoppelt; aber diese Zunahme entfällt größtenteils auf die (zum Teil nur nominellen) Einkünfte aus den Staatseisenbahnen, dem Branntwein-Monopol, Getränkesteuern, aus den Forsten, der Münze, also aus Einkünften, die mit der Prosperität des Wirtschaftslebens recht wenig zu thun haben. Zieht man die auf diese Einnahmen entfallenden Mehrerträge sowie ferner die aus den Zollerhöhungen und -Zuschlägen sich ergebenden Summen von den Staatseinnahmen ab, so ergiebt sich, daß weder die Konsum-, noch die Gewerbe-, Handels-, Stempel-, Bodensteuer etc. trotz der Bevölkerungsvermehrung in nennenswertem Maße zugenommen haben, von einer Vermehrung des Volkswohlstandes demnach nicht die Rede sein kann. Der schon erwähnte russische Nationalökonom Scharapow kommt denn auch in seiner Untersuchung der russischen Finanzen zu dem Resultat: „Aus der Untersuchung des Hauptbestandteils unsrer staatlichen Einkünfte, der indirekten Steuern, ergiebt sich, daß ihr Wachstum ganz und gar nicht durch die gesunde Entwicklung des Konsums bedingt ist. . . . Im Gegenteil, die Zunahme erfolgt ausschließlich auf Rechnung der Erhöhung der Steuerlast, d. h. einer stetig steigenden Lebensverteuerung."

Wie wenig von einer günstigen Lage gesprochen werden kann, zeigt schon das Anwachsen der Staatsschuld, die auf 6,3 Milliarden Rubel, beinahe 14 Milliarden Mark, gestiegen ist. Rußlands Schuld hat demnach beinahe die Englands von 709 Millionen Pfd. Sterl. erreicht; aber was sich das meerbeherrschende, kapitalreiche England gestatten kann, das kann sich deshalb noch nicht das Reich des Zaren mit seiner hungernden, ausgesogenen Bauernbevölkerung leisten.

Herr Witte allerdings sieht überall auf den russischen Gefilden nur Ueberfluß. Sogar der Außenhandel des Jahres 1902 zeigt nach seiner Behauptung ein außergewöhnlich günstiges Bild, denn der Wert der ausgeführten Waren hat, wie es im Budgetbericht heißt, den der Einfuhr um 300 Millionen Rubel, also um einen höheren Betrag als in irgend einem Jahre des vorhergehenden Jahrzehnts überschritten. Man weiß nicht recht: leistet sich Herr Witte mit seiner Folgerung einen unbedachten Witz, oder ist das vielgelobte Finanzgenie des Zarenreichs wirklich noch in den primitivsten merkantilistischen Anschauungen befangen? Ehe der Telegraph meldete, daß auch die Handelsstatistik des Jahres 1902 von Herrn Witte als Beweis für die günstige Finanzlage Rußlands Verwendung finden werde, ist schon im letzten „Wochenbericht" (Nr. 8 des „Vorwärts") kurz dargelegt worden, daß thatsächlich der russische Handelsausweis für die ersten drei Quartale des Jahres 1902 nichts andres besagt, als daß nicht nur der Konsum der russischen Bevölkerung an einheimischen Ackerbau-Produkten und tierischen Erzeugnissen abgenommen, sondern zugleich auch die Kaufkraft Rußlands für ausländische Industrie-Erzeugnisse nachgelassen hat. Schon das vorvorige Jahr zeigte beträchtlichen Rückgang des russischen Konsums, aber das letzte Jahr hat unter dem Druck der andauernden Krise in der russischen Eisenindustrie und des zunehmenden Verfalls der bäuerlichen Landwirtschaft das voraufgegangene Jahr noch überholt. Es bestätigt den Ausspruch von der Brüggens: „Es wird mehr Korn ausgeführt, als das russische Volk bei genügender Ernährung entbehren kann; der größere Teil des russischen Volkes hungert zum Wohl der Finanzen des Staates!"

Mag der Herr Witte auch mit seinen durch fortwährende fremde Anleihen, durch Steuerdruck und scharfe Reizmittel mit Gold gefüllten Staatskassen prunken, das russische Volk wird infolge der starken Schröpfungen immer blutleerer. Und die „glänzenden Finanzen" — sie werden Herrn Witte nicht davor bewahren, alsbald auf die Suche nach neuen Anleihen gehen zu müssen; denn größer noch als die Einnahmen sind die Anforderungen, die Rußlands „äußere Machtstellung" an den Säckel stellt. Die schönen Deklamationen des Budgetberichts sind nichts als Vorzeichen des Anleihebedürfnisses — wie lange wirds dauern, dann werden wir wieder in einem Teil der Presse jene bekannten Artikel auftauchen sehen, die immer vor russischen Anleihen sich einstellen: über die Bodenreichtümer Rußlands, die ungehobenen Riesenschätze Sibiriens, das großartige russische Eisenbahnsystem, den zunehmenden Wohlstand der russischen Bevölkerung — und die hohe Finanzkunst des Herrn Sergius Juliewitsch Witte. Vor einiger Zeit hieß es, daß Rußland zu dem Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Deutschland bereit sei, wenn ihm von der deutschen Regierung das Zustandekommen einer größeren russischen Anleihe auf dem deutschen Geldmarkt gewährleistet werde. Sollte doch mehr an dem Gerücht sein, als Anfangs schien?

Im französischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist eine Statistik der am 1. Januar 1901 und 1902 in den verschiedenen Ländern Europas im Betrieb gewesenen Eisenbahnlinien auf-

---

Dresdener Liebeshändel.

Die „sittlichen Verirrungen" der Kronprinzessin von Sachsen haben wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die Liebesaffairen an Fürstenhöfen gelenkt. Speciell der sächsische Hof hat hierin ja eine reiche Geschichte, wenn auch die Dresdener Lakaienpresse sich so stellt, als ob es nie einen August den Starken gegeben hätte. Freilich macht ja die Ordnungspresse einen feinen Unterschied. Die geflohene Kronprinzessin möchte sie wegen ihrer Flucht in die Freiheit steinigen, über die schmutzigen Liebesaffairen aber, welche die Geschichte von dem Dresdener Hof berichtet, hat dieselbe Ordnungspresse noch stets den Mantel des Schweigens gedeckt. Zu Nutz und Frommen dieser Presse möchten wir hier ein paar historische Erinnerungen auffrischen.

Schon unter der Regierung Kurfürst Augusts, im 16. Jahrhundert, stand das Dresdener Hofleben, ganz im Gegensatze zu seinem heutigen frömmelnden Zuge, im Rufe großer Lustigkeit. Die dritte Tochter des Kurfürsten, eine Prinzessin Anna, kam mit achtzehn Jahren von dem lustigen Hofe weg, um dem Herzog Johann Casimir von Coburg angetraut zu werden. In das stille Coburg versetzt und von ihrem Gemahl, der über alles die Jagd liebte, vernachlässigt, beging sie, nach sechsjähriger Ehe, Ehebruch mit einem italienischen Abenteurer Scotto und einem Hofjunker v. Lichtenstein. Dafür ließ ihr Mann sich von ihr scheiden und sperrte sie überdies noch in die Veste Coburg, wo sie nach zwanzigjährigem Arreste starb. Als sich der Herzog wieder mit einer braunschweigischen Prinzessin verheiratete, ließ er Münzen schlagen, worauf er selbst mit seiner neuen Frau stand mit der Ueberschrift: „Wie küssen sich die zwei so fein!" Und hinten stand die arme Anna als Nonne mit der etwas schadenfrohen Legende: „Wer löst mich armes Nönnelein?"

Unter dem Kurfürsten Johann Georg I. war der Dresdener Hof weniger bekannt durch die Liebe als durch den Trunk. Schon die Thatsache, daß Max v. Bayern ein Gemälde besaß, welches den sächsischen Kurfürsten als Bacchus auf einem großen Fasse sitzend darstellte, daß der Kurfürst bei seinen Zeitgenossen die lieblichen Spitznamen: „Biergörgelein", „sächsischer Bacchus", „Rehbockfürge" trug, zeigen, daß er seine Zeit zwischen Trinken und Jagen einteilte. Im Spitzhause, in der Hofiösnitz bei Dresden, veranstaltete er bei Illumination seine tollen „Bachus-Aufzüge und Tänze". Die Kurfürstin hatte mit ihrem trinkfesten Gemahl ihre liebe Not und die meisten Briefe, in welchen sie Zärtlichkeiten mit „Euer Liebden" austauscht, schließen mit dem sorgenvollen Rat, sich nicht wieder so schändlich zu besaufen. Da ist es denn kein Wunder, daß der berühmte schwedische Staatsmann Oxenstierna, bei seinem letzten Besuche in Dresden, ergrimmt über das Hof-Zechgelage, den Hof verließ und die Stadtherberge als einen wohnlicheren Ort erkürte.

Unter dem Nachfolger dieses trinkfesten Monarchen, Johann Georg II., bekam der Dresdener Hof einen weltmännischeren Zug. Dieser Kurfürst zog Ausländer in beträchtlichem Maße nach Dresden, Franzosen als Sprach- und Tanzmeister, Italiener als Sänger in die Kapelle, Heiducken und Kroaten als Leibwache. Seiner einzigen Tochter, der bildschönen Prinzessin Erdmuthe Sophie, die er an den Kaiser Leopold verheiraten wollte, schließlich aber froh war, nach Bayreuth unterzubringen, gab er einen französischen Sprachlehrer Stephan de Rouille. Allein die Prinzessin empfand gegenüber dem Franzosen noch nicht die Gefühle wie Luise gegenüber Giron. „Sie machte dem armen Franzmann," sagt Vehse in seiner Hofgeschichte, „viel Not, sie konnte ihn nicht leiden, schmiß ihm Gesichter, stieß ihn mit Füßen, spuckte ihn an und überhäufte ihn mit deutschen Ehrentiteln." Rouille klagte seiner Mutter in einem noch erhaltenen Briefe, daß die junge Dame nicht müde werde, ihn zu nennen: „Verrenkenter, Narr, Esell, garstig Kerle". Man sieht, bis heute haben die Sprachlehrer mehr Glück gemacht.

Dagegen haben sich, in früheren Zeiten, galante Damen niemals zu beklagen brauchen, daß sie am Dresdener Hofe etwa nicht nach Gebühr gewürdigt würden. Schon im 17. Jahrhundert konnte bei einem heftigen Streite der Hofmann v. Lüttichau, als ihm der Obermarschall Haugwitz vorwarf, sein Geschlecht habe das Privilegium, dem kurfürstlichen Hause allezeit einen Narren zu halten, grob erwidern, die v. Haugwitz hätten das Vorrecht, demselben Hause H— zu ziehen. Wirklich hat denn auch eine Schwester des Obermarschall v. Haugwitz in ihrer Tochter Sybille (der bekannten Sybille v. Reitschütz) dem Kurfürsten Johann Georg IV. eine Maitresse direkt zugeführt. Die Mutter dittierte ihrer Tochter sogar die Antworten auf die Briefe des liebebedürftigen Wettiners in die Feder und führte sie dem Könige ins Schloß. Nach der Aussage der Kammerjungfer der Reitschütz, Elisabeth Nitsche, hat der Kurfürst selbst zu seiner geliebten Sybille geäußert: „Billchen, es wäre mit unsrer Inklination nicht so weit kommen, wenn nicht Deine Mutter gethan: die ist capable, einem alles zu überreden." Diese würdige Mutter setzte sich, nach eigner Aussage, wenn die Tochter beim Kurfürsten im Bette lag, vor dasselbe, „und segnete dasselbe beim Abschiede mit gemachten Kreuzen ein." Solche Gewalt übten Mutter und Tochter über den Kurfürsten, daß er die Reitschütz zu seiner Gattin zur linken Hand machte, also in Bigamie lebte. Bekannt ist der Hexenprozeß gegen Mutter und Tochter nach dem Tode des Kurfürsten, in welchem gegen beide die Anklage erhoben wurde, den Kurfürsten durch zauberische Mittel an sich gefesselt zu haben. Man löschte so die Schande des Kurfürsten im Sinne der Zeit, indem man den Bigamisten als einen armen Verführten hinstellte.

Die Reitschütz war jedoch, trotz all' dem Hasse, mit der man sie in Sachsen verfolgte, die reinste Nonne gegen die Huldinnen, die August der Starke an seinen Hof zog. Er hatte schon frühzeitig die „galanten Künste" auf seinen zahlreichen Reisen, vor allen Dingen aber in Paris gelernt. Die bekannte Herzogin v. Orleans, „Liselott", schreibt in ihren famosen Briefen u. a. von dem Kurfürsten: „Frankreich hat dem sächsischen Kurfürsten abscheulich geschadet, mein guter Freund v. Harthausen hat mir das oft mit Thränen geklagt, daß sein Prinz zu Paris so unbändig geworden, daß er nicht mehr mit ihm zurecht kommen könne. Sobald junge Kinder in die „Debauchen" fallen, ist ihnen kein Laster zu viel, wo sie nicht in fallen und werden recht bestialisch."

Dieser August der Starke machte denn auch alsbald den Dresdener Hof zu einem Dirnen- und Liebeshofe großen Stils. Er verkaufte wichtige Gebietsteile und sog sein Land ungeheuer aus, um Geld zu haben, die Launen seiner Dirnen zu befriedigen. Berüchtigt waren seine „feinen Partien", zu denen nur ein enger Cirkel von Junkern und Hofdamen zugezogen wurden, ebenso berüchtigt seine rauschenden Feste, die mit kolossalem Prunke begannen, um in Gemeinheit zu enden.

Der französischen Tänzerin Duparl, welche, als der starke August verlangte, sie solle sich ihm hingeben, auf ihre „niedere Geburt" hinwies, sagte dieser Monarch: bei den zartesten Gefühlen hörten die Standesunterschiede auf. Dies blieb in der That sein Leibspruch, und der adelsstolze Weltmann umarmte die gewöhnliche bürgerliche Maitresse mit derselben Inbrunst, wie die gefälligen Ehegattinen seines erlauchten Hofadels. Unter seinen beinahe unzähligen Maitressen war die Frau v. Haugwitz ursprünglich ein einfaches Fräulein Kessel, die Frau v. Spiegel eine in Ofen erbeutete Türkin Fatime und bedienstet im Hause der Gräfin Königsmark, die Fürstin Lubomirska, ein Fräulein v. Bockum, die Madame Renard, eine Warschauer Weinschenkin, die Gräfin Cosel, ein Fräulein v. Brockdorf, die Gräfin Dönhoff eine geborene Bielinska. Sie konkurrierten mit der Gräfin Orselska, Frau v. Stanislawsky, Frau v. Loß, Gräfin Esterle, Gräfin Königsmark und den zahllosen ungenannten Maitressen am Dresdener Hof, um die Gunst des starken August. Der Dresdener Hof war durch diese Maitressenwirtschaft und die ausschweifende Sinnlichkeit Augusts derart verkommen, daß Wolframsdorf folgendes Portrait entwarf: „Die sächsischen Damen machen ihren Fürsten keine Ehre, wenn sie von ihnen zu Maitressen gewählt werden: ihre Gesinnung ist zu niedrig und ihr Geist zu unbedeutend, sie erwecken kein Ehrgefühl sondern reizen nur zur Ausschweifung fort. Es giebt eine eigne Klasse Leute bei Hofe, die, da sie aus eignen Mitteln nicht leben können, ihre Frauen dem Vergnügen des Königs aufopfern, um sich in seiner Gunst zu erhalten." Der Prediger Hasche, der Geschichtsschreiber Dresdens, hat eine Berechnung über die Maitressenwirtschaft des starken August gemacht, wobei er eine Summe von zwanzig Millionen als nicht übertrieben bezeichnete.

Und der sittliche Rückschlag auf das Land! Die Leipziger Messe war ein Tummelplatz der adeligen Ausschweifung und bürgerlichen Prostitution. Von der Fürstenschule in Schulpforta berichtet Dr. Bahrdt mit Grauen, „daß die gesamte Knabenwelt dieser Fürstenschule bis auf ihn und etwa drei andre von dem griechischen Laster geschändet gewesen sei." In dieser Hinsicht sagt auch eine 1758 in Aschaffenburg gegen den allmächtigen Günstling des starken August, Minister Brühl, erschienene Schrift, man wolle der modernen Hofmoral nicht gedenken, „zu deren Perfektionierung man in Erlauchten Gesellschaften das Problem aufgeworfen, ob nicht ein wohlgebildeter Knabe den schönsten Fräuleins vorzuziehen sei."

Und während am Dresdener Hofe, unter den verschiedenen Fürsten, bald die Maitressen bald ein Günstling regierten, verkam das sächsische Volk in Elend und Armut und mußte sich zu Gunsten des Adels und zu Gunsten der Maitressen auspowern lassen.

Loyal, wie die Dresdener Hof- und Ordnungspresse nun einmal ist, entrüstet sie sich wohl über den Fall der Kronprinzessin Luise, um sich desto gründlicher über die historisch bekannten Liebschaften am Dresdener Hofe auszuschweigen.

genommen worden. Danach betrug die Länge der Eisenbahnlinien:

	am 1. Januar 1901	am 1. Januar 1902	Zunahme im Jahre 1901 km	Zunahme im Jahre 1901 %
	km	km		
Deutschland	51 391	52 710	1 319	2,57
Rußland und Finnland	48 460	51 409	2 949	6,09
Frankreich	42 827	43 657	830	1,94
Oestreich-Ungarn	36 883	37 492	609	1,65
Großbritannien	35 186	35 462	276	0,78
Italien	15 787	15 810	23	0,15
Spanien	13 357	13 516	159	1,19
Schweden	11 320	11 588	268	2,37
Belgien	6 345	6 476	131	2,06
Schweiz	3 783	3 910	127	3,36
Türkei, Bulgarien und Rumelien	3 142	3 142	—	—
Rumänien	3 038	3 171	73	2,36
Dänemark	3 001	3 067	66	2,20
Niederlande	2 743	2 791	48	1,75
Portugal	2 376	2 388	12	0,51
Norwegen	2 053	2 101	48	2,34
Griechenland	972	972	—	—
Serbien	578	578	—	—
Luxemburg	466	466	—	—
Malta, Jersey und Man	110	110	—	—
Zusammen	283 878	290 816	6 938	2,44

Während des Jahres 1901 wurden hiernach 6938 Kilometer neu eröffnet. Die größte Zunahme hat das Schienennetz des europäischen Rußlands mit Finnland zu verzeichnen (2949 Kilometer), an zweiter Stelle kommt Deutschland (1319 Kilometer), dann Frankreich (830 Kilometer), Oestreich-Ungarn (609 Kilometer), Großbritannien (276 Kilometer) und Schweden (268 Kilometer). Im Verhältnis zur Bevölkerung hat Schweden das ausgedehnteste Schienennetz, da in diesem Lande 22,7 Kilometer auf 10 000 Einwohner entfallen. Luxemburg kommt an zweiter Stelle mit 19,4 Kilometer auf 10 000 Einwohner, sodann Dänemark mit 12,3 Kilometer, die Schweiz mit 11,8 Kilometer, Frankreich mit 11,3 Kilometer, Deutschland sowie Norwegen mit je 9,4 Kilometer, Belgien mit etwas über 9 Kilometer, Großbritannien mit 8,5 Kilometer, Oestreich-Ungarn mit 8 Kilometer und Spanien mit 7,8 Kilometern auf 10 000 Einwohner. Rußland hat nächst Deutschland zwar das ausgedehnteste Bahnnetz, es entfallen aber nur 4,4 Kilometer auf 10 000 Einwohner. Im Verhältnis zur Bevölkerung ganz Europas kommen 7,3 Kilometer auf 10 000 Bewohner.

Wenn auch noch immer eine Vergrößerung des Schienennetzes zu verzeichnen ist, so hat sie doch sehr nachgelassen im Vergleich zu dem Bahnbau vor 20 oder 30 Jahren. Es werden auch weniger Hauptlinien als kleine Nebenlinien gebaut. Die Zeit der großen Bahnbauten ist vorüber, namentlich in West- und Mittel-Europa.

Tat.

Der Raubmordversuch in der Friedrichstraße

kam gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin I zur Verhandlung, die damit endete, daß der Angeklagte zu **15 Jahren Zuchthaus** verurteilt wurde. Das Publikum drängte sich auf dem Korridor, besonders war das zarte Geschlecht wieder zahlreich vertreten.

Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte, Klempnergeselle Karl Moser ist ein bartloser junger Mann von ziemlich kräftiger Körperkonstitution. Nachdem er den Anklageraum betreten und eine kurze Rücksprache mit seinem Verteidiger, Justizrat Bodländer, gehalten, sinkt er in sich zusammen und verbirgt sein Gesicht in seinem Taschentuch. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Stachow, die Anklage vertritt Assessor Bensche, die Verteidigung führt Justizrat Bodländer. Auf dem Gerichtstische liegt das blutbefleckte Dolchmesser, welches der Angeklagte benutzt hat. Der letztere giebt auf Befragen an, daß er 1875 in Löwenberg i. Schl. geboren, katholischer Religion und bereits vorbestraft ist. Er ist im Jahre 1898 in Breslau wegen Diebstahls und Unterschlagung in 12 Fällen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich damals um Gelegenheitsdiebstähle an Ueberziehern. Er ist beschuldigt, am 23. November den Versuch gemacht zu haben, den Bankbeamten Otto Salzwedel zu ermorden und zu berauben, außerdem wird er noch wegen vier Diebstähle an Ueberziehern und einem Fahrrad zur Verantwortung gezogen. Er erklärt sich im allgemeinen für schuldig, behauptet aber jetzt, daß er den Salzwedel nicht habe töten wollen. — Die Fragen des Vorsitzenden nach seinen persönlichen Verhältnissen beantwortet der Angeklagte in völliger Ruhe dahin: Er sei in Chemnitz in einem Nickelwerk in Stellung gewesen. Nach Verbüßung seiner Strafe sei er nach Berlin gegangen, um hier zunächst in dem großen Weltgetriebe unterzutauchen. Im August 1902 sei er bei dem Klempner Schwarz in der Linienstraße in Arbeit getreten, habe auf Accord gearbeitet und 22 M. pro Woche verdient. Als er dort eintrat, habe er nicht gewußt, daß die

Klempner dort streikten

und in einem Konflikt mit den Streikenden sei er an der Hand verletzt worden. Eine Darstellung, die der Wahrheit übrigens nicht entspricht, da die Ausständigen dem Streikbrecher nicht das geringste zu Leide gethan haben. Am 10. Oktober sei er entlassen und erwerbslos geworden. Er lebte zunächst von Geldern, die ihm seine Eltern ab und zu schickten, dann beging er die Gelegenheitsdiebstähle und versetzte die Sachen, schließlich aber hatte er doch mit Not zu kämpfen. Dazu kam, daß die Polizei gegen ihn einen Ausweisungsbefehl erlassen hatte. Er erhielt sogar eine Strafverfügung in Höhe von 100 M., weil er dem Befehl nicht nachgekommen war. Er habe Reisegeld von seinen Eltern haben wollen, doch seien nur 10 Mark eingetroffen, für die er sich ein Dolchmesser zu 3 Mark und dann am Tage vor dem Morde in dem Baukgeschäft von Schwerdtfeger in der Friedrichstraße für 1 M. alte Kupfermünzen gekauft habe. Am Morgen des Totensonntags ist der Angeklagte dann wieder in dies Geschäft gegangen und hat Salzwedel mehrere Dolchstiche versetzt, als dieser sich bückte. Als der Angestellte um Hilfe schrie, wurde Moser verwirrt und lief, vom Publikum verfolgt, in die Spree, aus der ihn ein Schiffer herausfischte. Dann nahm ein Schutzmann den Verbrecher in Gewahrsam.

Der Ueberfallene,

Bankbeamter Otto Salzwedel,

ein 23jähriger hochgewachsener junger Mann, nimmt bei seiner Vernehmung wegen seines leidenden Zustandes auf einem Stuhle Platz. Er bekundet: Am Totensonntag, etwa um 8¼ Uhr morgens, sei der Angeklagte in das Geschäft gekommen und habe noch zwei Münzen verlangt. Er habe ihm solche Münzen auf dem Ladentisch vorgelegt und da habe der Angeklagte plötzlich eine Silbermünze, wie sie im Schaufenster lag, haben wollen. Er habe 4—5 Silbermünzen herausgeholt und sie dem Angeklagten vorgelegt. Sie gefielen ihm nicht. Er habe dann die Schaufensterscheibe noch einmal geöffnet, um eine andre Münze herauszunehmen. In diesem Moment, so erzählt der Zeuge weiter, erhielt ich plötzlich einen Messerstich. Ich wußte im ersten Augenblick nicht, was mir geschah und sah nur den Menschen mit einem Messer dastehen. Ich wollte die Thür erreichen, der Angeklagte kam mir aber nach und versetzte mir noch mehrere Stiche, ich fiel zu Boden, er beugte sich über mich und stach fortwährend nach mir. Auf meine Hilferufe eilte er schließlich davon und ich schleppte mich zur Thür. Um diese Zeit sind, wie der Zeuge bekundet, nur wenige Passanten in der Friedrichstraße. Des Zeugen nahm sich dann ein Schutzmann an, der ihn nach der königlichen Klinik brachte. Er befindet sich noch jetzt in der Klinik und kann den verletzten Arm noch nicht gut bewegen. Die Messerstiche waren in den Oberarm, die Schulter, den Kopf, den Hals und Rücken gegangen und hatten einen starken Blutverlust verursacht. Bei dem Feilschen um die Münzen hat der Angeklagte nach der Wahrnehmung des Zeugen Salzwedel gar keine Erregtheit zur Schau getragen, sondern sei ganz ruhig und kaltblütig gewesen.

Beachtenswert ist noch die Aussage des

Fabrikanten Schwarz

aus der Linienstraße, bei dem der Angeklagte als Streikbrecher gearbeitet hat. Er bekundet: Bei ihm war seiner Zeit ein Streik ausgebrochen und er hatte sich Arbeitskräfte von Außerhalb beschafft. Auch der Angeklagte, der aus Chemnitz gekommen war, war bei ihm eingetreten. Er hat zunächst bei ihm einige Zeit gearbeitet. Dann kam er eines Tages mit einer verbundenen Hand zur Abeitsstelle. Er erzählte, daß er abends vorher im Lessing-Theater gewesen und auf dem Wege dorthin von drei Personen verfolgt worden sei. Nach dem Verlassen des Theaters sei er von denselben Personen überfallen und an der Hand verletzt worden. Er habe dann bis zum 12. September Krankengelder bezogen, sei dann aber wieder eingetreten und habe weiter gearbeitet. Schließlich habe er ihn entlassen, weil er sich zu der Arbeit nicht eignete, nicht aber weil er, wie er behauptet, eine verminderte Arbeitsfähigkeit infolge der Verletzung hatte.

Staatsanwalt Assessor Bensche hält den Thatbestand, wie ihn die Anklage dargestellt, durch die Beweisaufnahme für völlig erwiesen. Danach liege außer den kleinen Diebstählen versuchter Raubmord vor, wie ja auch der Angeklagte vor dem Untersuchungsrichter ohne weiteres eingeräumt hätte. Es sei nicht wahr, daß er arbeitsunfähig geworden war, er habe sich vielmehr einem lüderlichen Lebenswandel ergeben und nicht arbeiten wollen. Ihn müsse die volle Strenge des Gesetzes treffen.

Verteidiger Justizrat Bodländer sucht auszuführen, daß der Angeklagte kein von Grund aus schlechter, sondern nur ein schwacher Mensch sei. Verhängnisvoll für ihn sei der

polizeiliche Ausweisungsbefehl

geworden. Er habe sich mit der Bitte an seine Eltern gewandt, ihm Geld zur Auswanderung zu schicken, das Geld sei ausgeblieben; er habe nur 10 M. erhalten, zu gleicher Zeit sei ihm aber das polizeiliche Strafmandat und die Androhung von Zwangsmaßregeln zugegangen und nun habe er die That der Verzweiflung begangen. Die ganze Ausführung der That zeuge auch dafür, daß der Angeklagte kein hartgesottener Verbrecher, sondern ein im Verbrechertum unerfahrener Mensch ist. Nach Ansicht des Verteidigers hat der Angeklagte nicht die Absicht gehabt, Herrn Salzwedel zu ermorden, sondern ihn nur unschädlich zu machen und beiseite zu schieben, um zu dem Gelde zu gelangen.

Nach ganz kurzer Beratung sprachen die Geschwornen **im vollen Umfange der Anklage unter Verneinung der mildernden Umstände** schuldig.

Der Staatsanwalt beantragt für den Raubmordversuch 14 Jahre Zuchthaus, für die Diebstähle zusätzlich ein Jahr, zusammen also **15 Jahre Zuchthaus,** 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Das Urteil, welches den Angeklagten als einen ganz gemeingefährlichen Menschen bezeichnet, lautet auf **15 Jahre Zuchthaus,** Ehrverlust auf 10 Jahre und Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sein zwölftes Stiftungsfest feiert der Wahlverein des dritten Wahlkreises am heutigen Sonnabend im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Achtung, 6. Wahlkreis. Die Bezirksführer werden nochmals ersucht, die noch nicht verkauften Billets zur Sondervorstellung am 18. Januar in der Urania unverzüglich an den Kassierer Karl Fahrow, Ravenéstr. 6, zurückgelangen zu lassen. Später zurückgebrachte Billets müssen bei der Abrechnung als verkauft betrachtet werden.

Der Vorstand.

Die Gewerkschaften und Vereine werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in Berlin und den Vororten **Volksversammlungen** stattfinden, in welchen die socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten über das Thema „Was steht auf dem Spiel?" sprechen werden. Wir bitten die in Betracht kommenden Organisationen daher, für Donnerstag nächster Woche keine andren Versammlungen einzuberufen.

Die Vertrauensleute von Berlin.

In Zehlendorf ist am Sonntagnachmittag 3 Uhr eine Volks-Versammlung bei Bellrich, Alsenstraße 86 (Anglersruh). Genosse Zubeil spricht über die Vorgänge im Reichstag. Zahlreicher Besuch speciell der Frauen ist erwünscht.

Der Einberufer.

Lokales.

Groß-Berlin im Staatshaushalts-Etat.

Von den Forderungen des neuen Etats für Berlin und die Vororte sind einige von allgemeinem Interesse. Am Landgericht I sollen zwei weitere Direktoren und ein neuer Staatsanwalt, beim Landgericht II gleichfalls ein Staatsanwalt angestellt werden. Diese Forderung wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Strafverfolgung in Industriebezirken durch die fluktuierende Arbeiterbevölkerung besonders erschwert wird. Für das Stadtvoigtei-Gefängnis wird ein Geistlicher gefordert. Um die Seelsorge der katholischen Gefangenen in den Gefängnissen in und um Berlin besser als seither wahrzunehmen, sollen die männlichen katholischen Gefangenen in Plötzensee konzentriert und soll eine der dort vorhandenen drei Stellen für Gefängnisgeistliche mit einem katholischen Geistlichen besetzt werden. Ein Teil der männlichen evangelischen Gefangenen aus Plötzensee wird dann dem Stadtvoigtei-Gefängnis zugeführt werden müssen. Hierdurch erfährt die Zahl der Gefangenen in der Stadtvoigtei eine Steigerung auf etwa sechshundert im täglichen Durchschnitt. Zu ihrer Pastorierung soll ein Geistlicher im Hauptamt angestellt werden. Am Oberverwaltungsgericht soll die Stelle eines neuen Senatspräsidenten geschaffen werden, damit die Beschwerden in Staatssteuersachen eine schnellere Erledigung finden. Die Polizeiverwaltung fordert an neuen Stellen für Berlin 1 Polizeirat, 2 Lieutenants, 5 Wachtmeister, 2 Kriminal-Wachtmeister, 65 Schutzleute, 4 Kriminal-Schutzleute, für Charlottenburg 8, für Rixdorf 3, für Schöneberg 5 weitere Beamte. Die Stelle des Vorsitzenden beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung soll in eine Oberregierungsrats-Stelle umgewandelt werden. Der besondere Fonds zu Ausgaben aus Anlaß des nächtlichen Sicherheitsdienstes in Berlin (26 000 M.) wird als entbehrlich bezeichnet und abgesetzt.

In der vorgestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde beschlossen, einen besonderen Ausschuß mit der Vorbereitung der Wahl von zwei unbesoldeten Stadträten an Stelle des zum besoldeten Stadtrat gewählten Herrn O. Fischbeck und des kürzlich ausgeschiedenen Stadtrats Struve zu beauftragen. Für letztren, der das Dezernat für die städtischen Rieselfelder jahrelang bearbeitet hat, hat ein tüchtiger Landwirt die größten Aussichten, gewählt zu werden. — Auf den Vorschlag des Magistrats stimmte die Versammlung zu, dem ausgeschiedenen verdienten Stadtrat Struve das Prädikat „Stadtältester" zu verleihen. Der Magistrat hatte bei der Neuwahl der Mitglieder des Kuratoriums der Therese Leßmann-Stiftung die Stadträte Schaefer, Dr. Weigert und Kalisch, den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, sowie die Stadtverordneten Klitzschke und Louis Sachs I wiedergewählt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich damit einverstanden erklärt.

Ein städtischer Arbeiter schreibt uns: „Im Anschluß an den Bericht über die Versammlung, in welcher die mit 3,50 M. entlohnten städtischen Arbeiter eine Teuerungszulage forderten, möchte ich mir den bescheidenen Hinweis erlauben, daß leider für eine ganze Anzahl Arbeiter der Stadt Berlin ein Einkommen von 1050—1100 Mark ein sehnlichst herbeigewünschtes Ziel bedeutet. Mein Einkommen z. B. betrug im vergangenen Jahre nur etwas über die Hälfte des erwähnten Lohnes. Wie ist es da einer Familie nur möglich, zu existieren? wird mancher verwundert fragen. Ich bin jetzt 62 Jahre alt, habe eine Frau und eine Tochter zu ernähren, Lust und Liebe zur Arbeit, habe alle drei Feldzüge mitgemacht, 6 Orden für treue Diensterfüllung erhalten, zahlte pünktlich meine, wenn auch geringe Steuer und bin seit dem Jahre 1894 auf dem städtischen Steindepot der Stadt Berlin beschäftigt, wo ich im vergangenen Jahre glücklicherweise 29 Wochen thätig war. Jeder wird fragen, sollte es denn nicht möglich sein, alte Bürger im Winter durch anderweite Beschäftigung über Wasser zu halten? So dachten eine Anzahl meiner Kollegen, so dachte ich auch. Vertrauensvoll schickten mich meine Kollegen zu dem Herrn Oberbürgermeister, der auch in zuvorkommender Weise Abhilfe versprach. Nicht lange darauf erhielt ich unterm 8. November 1901 folgendes Schreiben:

Im Auftrage des Herrn Oberbürgermeisters Kirschner teilen wir Ihnen mit, daß die Erörterungen über die Anträge der Steindepotarbeiter bisher noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Doch steht die Entscheidung des Magistrats in nächster Zeit bevor, worauf Sie alsbald endgültigen Bescheid erhalten werden.

Wir ersuchen Sie, Ihren Mitarbeitern hiervon Kenntnis zu geben.

Trotzdem Schmalhans ständiger Küchenmeister wurde, warteten wir vertrauensvoll auf die Entscheidung des Magistrats, welche „in nächster Zeit bevorstand". Bemerkt möge noch werden, daß seitens der Arbeiter eine entsprechende Petition am 11. November 1901 abgesandt wurde. Anfang Dezember hatte ich auch das Glück, 1½ Woche wieder in Dienst gestellt zu werden. Seitdem warte ich nach wie vor auf die Erfüllung unsres Wunsches. Auch der Herr Stadtbau-Inspektor Rohde, an den ich mich inzwischen wandte, wollte sein Möglichstes thun, damit wir Arbeit erhielten. Er schickte mich zu dem Chaussee-Aufseher Wachsmann, der mir aber erklärte, daß er selbst Leute entlassen hätte. Wiederum warte ich auf den Augenblick, Verdienst zu erhalten. Häufig jedoch, wenn ich mir in meiner Mußezeit meine Orden betrachte, gedenke ich des dankbaren Vaterlandes!"

Dem Verdienste des Herrn v. Windheim. Dem bisherigen Polizeipräsidenten v. Windheim haben die Offiziere der Schutzmannschaft einen kostbaren Tafelaufsatz in Barock, der von den Hofgoldschmieden D. Vollgold und Sohn nach eignen Entwürfen in massivem Silber ausgeführt worden ist, als Abschiedsgeschenk gestiftet. Das Werk wird gekrönt von der Figur eines reitenden Schutzmannes. Links und rechts vom Schaft stehen zwei Schutzleute, der eine in der historischen Ausrüstung vom Jahre 1854 mit dem charakteristischen hohen Helm, der andre in moderner Uniform. Oben am Schaft ist das drei Ringe enthaltende Wappen des Herrn v. Windheim angebracht, auf der entgegengesetzten Seite der Schutzmannshelm mit der Inschrift „In Treue fest". Auf dem Sockel selbst liest man die Widmungsworte. Auf der Rückseite sind die Worte eingraviert, die der Kaiser beim 50jährigen Jubiläum der Berliner Schutzmannschaft gesprochen hat: „Den Bürgern Berater, Helfer, Retter, den Verbrechern ein Schrecken." Es ist gut gemeint, trifft aber angesichts der vielen unentdeckten Morde wohl nicht ganz den Nagel auf den Kopf, daß Herr v. Windheim den Verbrechern ein Schrecken war.

Von Berlin nach China in 15 Tagen. Der Landweg über Sibirien nach China ist noch nicht fertig gestellt, aber die Schlafwagen-Gesellschaft, welche jeden dritten der allwöchentlichen Luxuszüge über die Westsibirische Bahn führt, macht bereits Mitteilungen über die Beförderungszeit und den Fahrplan nach China und Japan. Es wird angegeben, daß man jetzt von Berlin über Sibirien nach Japan 17 Tage, nach Peking 19 Tage, nach Port-Arthur 15 Tage, nach Shanghai 20 Tage brauche. Die Luxuszüge der Russischen Bahn und der Schlafwagen-Gesellschaft verkehren regelmäßig jede Woche von Moskau nach Irkutsk. Die Abfahrt von Irkutsk weiter findet jedesmal am andern Morgen in der Frühe statt, um am Tage noch den Beikal-See zu erreichen. Man setzt über den See und landet in Missovaia auf der andren Seite des Sees. Dort findet man wieder einen Eisenbahnzug nach Sretensk, am Ufer des Flusses Chilka. Von dort weiter ist im Winter das einzige Transportmittel der Schlitten bis nach Kabarowsk. Im Sommer kann man mit dem Dampfboot von Sretensk nach Kabarowsk den Chilka und den Amur hinunter fahren. In Kabarowsk erreicht man dann wieder die Eisenbahn, um nach Wladiwostok zu gelangen. Der Landweg ist jetzt schon nicht nur kürzer, sondern auch billiger wie der Seeweg. Eine Fahrkarte von Moskau nach Irkutsk kostet mit dem Zuschlag für ein Bett, dessen man bei der langen Reise nicht wohl entbehren kann, I. Klasse 123 Rubel, II. Klasse 78 Rubel. Gegen einen weiteren Zuschlag erhält man eine besondere Kabine. Die Ueberfahrt von Irkutsk nach Sretensk kostet 22 Rubel in der I. und 13 Rubel in der II. Klasse. Das Dampfboot von Sretensk nach Kabarowsk kostet in der I. Kajüte 52 Rubel, in der II. 31 Rubel ohne Verpflegung. Von Kabarowsk nach Wladiwostok kostet die Bahn 17 Rubel. Da eine Fahrkarte von Berlin nach Wirballen I. Klasse 67, II. 50 M. und eine von Wirballen nach Moskau 59 und 35 Rubel kostet, so stellt sich heute der Fahrpreis für die ganze Reise von Berlin nach Wladiwostok auf ungefähr 658 M. in der I. und 415 M. in der II. Klasse. Die Reisenden haben 16 Kilogramm Freigepäck, Uebergewicht wird nach einem Zonentarif berechnet. Die Ueberfahrt von Bremen oder Hamburg nach Shanghai oder Honglong kostet z. B. in der I. Kajüte 1500 M., in der II. 860 M. Der Fahrpreis ist also zur See mehr als noch einmal so groß wie über Land.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, die durch den Anschluß der Vereine Süd, Schöneberg und Weißensee jetzt bereits 15 Verkaufsstellen inne hat, erzielte im ersten Halbjahr des vierten Geschäftsjahres — Juli-Dezember — einen Umsatz von 393,045,09 Mark; die Mitgliederzahl dürfte in kürzester Zeit das fünfte Tausend erreichen. Das erfreuliche Fortschreiten garantiert auch das fernere Gedeihen der Genossenschaft, so daß diese weiteren Unternehmungen sich zuwenden kann. Sie wird in kürzester Zeit die im Statut vorgesehene Sparkasse ins Leben rufen, die einesteils den Mitgliedern Gelegenheit geben soll, in kleinen Beträgen Einzahlungen zu leisten, andrerseits aber auch die Grundlage für eine eigne Bäckerei zu schaffen, um endlich den Mitgliedern ein gutes schmackhaftes Brot zu liefern, damit sie nicht länger gezwungen sind, das tägliche Brot Betrieben zu entnehmen, die durch ihre skandalösen Mißstände den Genuß verekeln. Die Mitglieder verfügen bereits über ein eingezahltes Kapital von ca. 60 000 M. Die Genossenschaft beschäftigt schon heute ein Personal von gegen 55 Personen, die durchweg eine gute Entlohnung erhalten, auch leistet sie die vollen Beiträge zur Kranken- und Invaliditäts-Versicherung. Die Zeitschrift „Frauen-Genossenschaft", welche seit 7 Monaten eingeführt ist und den Mitgliedern zweimal im Monat in allen Verkaufsstellen gratis verabfolgt wird, erfreut sich bei den Frauen der größten Sympathie; ebenfalls hat sich der „Wochenbericht", das Centralorgan sämtlicher Konsumvereine Deutschlands, einen ständigen Leserkreis erworben. Wenn wir von kleinen Mängeln und Fehlern absehen, die sich nie ganz ausmerzen lassen werden, so kann man der Genossenschaft, die sich aus kleinen Anfängen herausgearbeitet, die Anerkennung ihres Fortschrittes nicht versagen.

Die Ferien der Berliner Gemeindeschulen für das kommende Schuljahr sind folgendermaßen festgesetzt: Osterferien: Schluß des Unterrichts Mittwoch, 1. April, Beginn Mittwoch, 15. April. Pfingstferien: Freitag, 29. Mai, bis Freitag, 5. Juni. Sommerferien: Freitag, 3. Juli, bis Dienstag, 11. August. Herbstferien: Sonnabend, 26. September, bis Dienstag, 6. Oktober. Weihnachtsferien: Sonnabend, 19. Dezember, bis Dienstag, 5. Januar. Osterferien 1904: Sonnabend, 26. März, bis Montag, 11. April. Der Unterschied zwischen den Ferien der Gemeinde- und der höheren Schulen besteht lediglich darin, daß letztere zu Ostern, erstere zu Pfingsten einen Tag länger sind, als die andern; in der Pfingstwoche finden regelmäßig die größeren Lehrerversammlungen statt.

Den Rektoren der hiesigen Gemeindeschulen ist gestern die Mitteilung zugegangen, daß die für das Kalenderjahr gültigen Berechtigungskarten für Schulkinder zur Benutzung der Schwimmhallen und Brausebäder in den städtischen Volksbadeanstalten wieder abzuheben sind. Die Anstalten befinden sich Thurmstraße 85a, Schillingsbrücke 2, Bärwaldstraße 64, Dennewitzstraße 24a und Oderbergerstraße 57/58. Bei Vorlegung dieser Karten werden den Kindern Schwimm- und Brausebäder zu dem ermäßigten Preise von 10 und 5 Pf. verabfolgt. Die städtische Behörde macht hierbei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß bei Verteilung dieser Berechtigungskarten — im Gegensatz zu den Freikarten für die Flußbäder — die Frage der Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist, daß sie vielmehr allen Kindern ohne weiteres verabfolgt werden können.

Der Gemeindevorsteher von Wilmersdorf hat gegen den Berliner „Lokal-Anzeiger" die Staatsanwaltschaft zu Hilfe gerufen. In diesem Blatt waren am Freitag voriger Woche unzutreffende Mitteilungen über einen Konflikt in der Gemeindevertretung unsres Vororts veröffentlicht worden. Ein Gemeindevertreter, der Direktor einer Terraingesellschaft ist, sollte bei einem Grundstückserwerb, den die Gemeinde vornahm, diese in illoyaler Weise überboten haben. Die Aufnahme einer preßgesetzlichen Berichtigung verweigerte die Redaktion des „Lokal-Anzeigers" dem Gemeindevorsteher mit dem Hinweis darauf, daß die falsche Meldung bereits in andrer Weise korrigiert worden sei. Da diese Richtigstellung dem Gemeindevorsteher nicht genügte, hat er die Staatsanwaltschaft ersucht, gegen den „Lokal-Anzeiger" einzuschreiten.

„Vorsicht beim Aussteigen, der Wagen hat zwei Trittstufen." Rote Plakate mit dieser Aufschrift findet man je zwei in jedem Wagenteil der Vorortwagen, die in den Stadtbahnverkehr eingestellt sind. (Vorläufig führen nur die Nordringzüge solche Wagen.) Diese auffällige Mahnung ist ganz angebracht. Nur wird man sie im Halbdunkel der spärlichen Abendbeleuchtung kaum entziffern können. Vielleicht beherzigt man, da man nun einmal beim erfreulichen Reformieren ist, auch im Stadtbahnverkehr den Ruf nach mehr Licht.

Ein Leichenfund in der Jungfernheide. Nicht weit vom Restaurant „Waldlater" am Tegeler See fand man die Leiche eines über 20 Jahre alten Mädchens mit einer Schußwunde im Kopfe. Die Leiche war mit Schnee bedeckt, muß also schon vor Montag, der den letzten Schneefall brachte, dagelegen haben. Auffallend ist, daß sich eine Waffe, mit der das Mädchen sich den tödlichen Schuß beigebracht haben könnte, bei der Leiche nicht fand. Es ist ja möglich, daß sie gestohlen worden ist, aber es liegen doch auch sonst noch Anzeigen vor, die auf ein Verbrechen schließen lassen. Daher sind Regierungsassessor Dr. Lindenau, in Vertretung des Chefs der Kriminalpolizei, Kriminalinspektor Klatt vom Erkennungsdienst und die Kriminalkommissare v. Kracht und Härtel, die für diesen Monat die Kommission für besondere Vorgänge bilden, nach der Fundstelle gefahren, um die nötigen Aufnahmen für die weiteren Nachforschungen zu machen.

Der Fund steht wahrscheinlich mit folgenden Vorgängen in Verbindung. In einer Fabrik im Centrum der Stadt war ein 35jähriger Kaufmann Hugo Roecker aus Lichtenberg angestellt. Dieser hatte, obwohl er verheiratet ist, ein Verhältnis mit einer 22 Jahre alten Arbeiterin. Beide blieben am Mittwoch voriger Woche aus der Fabrik weg und ließen nichts mehr von sich hören. Frau Roecker hatte ihrem Manne und auch dem Mädchen wiederholt Vorhaltungen gemacht; sie wollten aber von der Liebschaft nicht lassen. Am Montag kam nun Necker mit zwei Schußwunden im Kopfe in ein hiesiges Krankenhaus. Er sprach davon, daß er mit einem jungen Mädchen in der Tegeler Forst gewesen sei. Das Mädchen habe sich in den Kopf geschossen. Da es aber noch nicht ganz tot gewesen sei, so habe er nachgeholfen und sich dann ebenfalls zweimal in den Kopf geschossen, um sich zu töten. Da er diese Absicht nicht erreicht habe, so sei er nach Berlin zurückgegangen, um das Krankenhaus aufzusuchen. Frau Roecker meinte dieser Erzählung gegenüber, es sei nichts darauf zu geben, da ihr Mann geisteskrank sei. Die Persönlichkeit des Mädchens ist noch nicht festgestellt. Die Beschreibung paßt aber auf die verschwundene Fabrikarbeiterin, eine gewisse Martha K. aus der Reichenbergerstraße.

Nähere Nachforschungen haben ergeben, daß die Mitteilungen Roeckers, der Wilhelmstr. 84 zu Lichtenberg wohnt, im wesentlichen richtig sind. Roecker, der Brust- und Blasenleidend ist, lebt seit sechs Jahren in kinderloser Ehe und verkehrte mit der Knofler, die ihn ihren Eltern als Bräutigam vorstellte. Im Laufe des Nachmittags erschien an der Fundstelle auch eine Gerichtskommission, die auch ihrerseits den Befund genau feststellte. Nachdem dann die Leiche in der Lage, in der sie Roecker augenscheinlich gebettet hatte, von dem Kriminal-Wachtmeister Waberkamp vom Erkennungsdienst photographiert worden war, wurde sie nach der Friedhofshalle in Tegel gebracht. Während der Erhebungen draußen im Walde vernahm Kriminalinspektor Braun den verwundeten Roecker im Krankenhause, soweit sein Zustand es zuließ. Roecker änderte seine erste Aussage dahin, daß seine Geliebte zuerst auf ihn geschossen habe. Erst dann habe er die Waffe genommen und sie gegen seine Geliebte und schließlich gegen sich selbst gerichtet. Das Befinden des Verletzten ist befriedigend. Aller Voraussicht nach wird er mit dem Leben davon kommen. Was das Pärchen bis zum blutigen Schluß der Liebesgeschichte im einzelnen in den letzten Tagen getrieben hat, kann erst ein eingehendes Verhör feststellen.

Die polizeilichen Ermittelungen über den in voriger Woche durch Leuchtgasvergiftung erfolgten Tod des Kaufmanns Friedländer haben bisher zu einem Resultate nicht geführt. Wenngleich mit der Möglichkeit eines Verbrechens gerechnet wird, erscheint es ist nicht ausgeschlossen, daß F. Selbstmord verübt hat. Es konnte bisher nicht festgestellt werden, daß der Kaufmann in der fraglichen Nacht in Begleitung einer andern Person seine Wohnung aufgesucht hat. Auch die Thatsache, daß Geld bei dem Toten nicht vorgefunden wurde, ist keineswegs ein Beweisgrund für ein Verbrechen. Gerade dieser Umstand berechtigt auch zu der Annahme, daß F. in selbstmörderischer Absicht den Gashahn geöffnet hat. Jedenfalls dürfte die fortschreitende Untersuchung Aufklärung darüber bringen, wo Friedländer an dem Abend vor seinem Tode geweilt, und ob resp. wie viel Geldmittel er besessen hat.

Der bekannte Wucherer Heinrich Pariser befindet sich wieder in Moabit. Er wurde gestern morgen auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I verhaftet. Diese Wiederverhaftung hängt mit alten Sünden des Herrn Pariser zusammen, der unter dem Deckmantel einer Lederhandlung hier in der Brüderstraße 13 umfangreiche Wuchergeschäfte betrieb. Zu einer Aburteilung konnte es bisher nicht kommen. Herr Pariser brachte ärztliche Atteste bei, auf Grund deren von einer längeren Untersuchungshaft abgesehen werden mußte. Man behauptet, daß Herr Pariser auch jetzt bald wieder aus der Haft wird entlassen werden müssen.

Es ist mit diesem ehrenwerten Herrn ein eignes Stück. Seit Jahren war er seiner kranken Nerven wegen außer Verfolgung, was ihn aber nicht hinderte, in Monte Carlo zu spielen oder auf der Promenade von Ischl so vergnügt, wie es nur einem Menschen möglich ist, zu lustwandeln. Daß dieser Herr an Einbildungen leidet, steht allerdings fest; jedem, der es hören wollte, erzählte er seiner Zeit, daß kein Richter ihm etwas zu leide thun könne, da er Verbindungen in den höchsten Kreisen habe. Sollte Pariser auch jetzt wieder aus der Haft entlassen werden, so dürfte diese fixe Idee sich weiter in ihm befestigen.

Die Unkenntnis des Wechselrechts ist dem 23jährigen beschäftigungslosen Kaufmann Levy bei seinem ersten Betrugsversuch verhängnisvoll geworden. Eine hiesige angesehene Firma hatte gestern einen Wechsel in Höhe von 900 M. zu zahlen, konnte jedoch, als ihr das Papier vorgelegt wurde, der Verpflichtung nicht nachkommen, und erbat sich 24 Stunden Ausstand, die auch bereitwilligst gewährt wurden. Gestern nachmittag erschien ein junger Mann bei dem Acceptanten und legte ihm den Wechsel zum zweiten Mal vor. Da Zahlung unter Hinweis auf die am Vormittag getroffenen Vereinbarungen auch jetzt wiederum nicht geleistet wurde, so begab sich der Wechselinhaber, ohne das Papier erst zum Protest zu geben, zu dem ersten Giranten und forderte dort die Regulierung des Betrages. Diese merkwürdige Art der Geltendmachung des Wechselrechtes rief das Mißtrauen des Giranten hervor, der, sofort einen Betrugsversuch vermutend, den jungen Mann festhielt. Das Papier war dem rechtmäßigen Inhaber verloren gegangen und von L. gefunden worden. Der Verlierer, der inzwischen festgestellt hatte, daß mit dem Wechsel Unfug verübt worden, telephonierte inzwischen bei dem Giranten an, so daß die Verhaftung des unehrlichen Finders sofort bewirkt werden konnte. L. wurde, da er eine Wohnung nicht besitzt, dem Polizei-Präsidium zugeführt.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896 werden der 24. Januar, 7., 14. und 28. Februar, 7., 14., 21. und 28. März, 9. und 25. April, 2., 28. und 29. Mai d. J. als solche Tage festgesetzt, an denen in Bäckereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Kampf für Ordnung, Religion und Sitte. Zwischen zwei Offizieren der Potsdamer Garnison, dem Hauptmann von Leibziger im 1. Garde-Regiment zu Fuß und einem jüngeren Offizier des Garde-Jäger-Bataillons fand gestern morgen 8 Uhr im Grunewald, in der Nähe des nach Spandau führenden Weges ein Pistolen-Duell statt. Der Garde-Jäger-Offizier wurde durch einen Schuß in den Kopf getötet. v. L. nahm den getöteten Gegner in seinen Wagen und fuhr mit ihm zu dem Militär-Lazarett in der Scharnhorststraße. Dem Duell wohnten, der „Berl. Ztg." zufolge, im ganzen zwölf Offiziere bei, jedenfalls um sich in ihrer Achtung vor dem Gesetz zu festigen. Handlungen dieser Art haben den Vorteil, daß auch die Volkskreise, die vor dem bunten Rock bisher in Ehrfurcht ersterben sind, über die Sittlichkeit des „ersten Standes" zur rechten Einsicht kommen.

Drei Personen bei einer Benzinexplosion verletzt. Freitagabend 6 Uhr wurde ein großes Löschaufgebot nach der Alten Jakobstraße 119 gerufen, wo in der Putzfederfabrik von A. Elias eine Benzinexplosion erfolgt war. In der sogenannten Arbeitsstube war man damit beschäftigt, Kautschuk in Benzin aufzulösen, wobei die Masse Feuer fing und explodierte. Durch den Luftdruck wurden die Fenster auf den Hof hinabgeschleudert, während Stichflammen das Zimmer in Brand setzten. Die in der brennenden Stube anwesenden Personen — Frau Elias mit ihrem dreijährigen Sohne und das Dienstmädchen Gertrud Badens — befanden sich in großer Gefahr, da ihnen der Ausgang durch die Flammen versperrt war. Auf ihre Hilferufe eilten Hausbewohner herbei, erbrachen die Korridorthür und erstickten zunächst durch Wasser die an der Stubenthür emporschlagenden Flammen, worauf die drei Personen befreit wurden. Die mittlerweile erschienene Feuerwehr löschte den Brand vollständig ab und legte den im Gesicht und an den Händen Verletzten Notverbände an, worauf sich alle drei in ärztliche Behandlung begeben mußten. Die Arbeitsstube brannte vollständig aus.

Im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Sonnabend, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, Herr Professor Dr. Otto Jaekel seinen Vortragskursus „Ueber den Bau und die Geschichte der Erde" in der Aula des Königlichen Französischen Gymnasiums, Reichstags-Ufer 6. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den sechs Abende von je anderthalb Stunden umfassenden Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, W., Leipzigerstraße 136; A. Schütz, O., Holzmarktstraße 60; Tischendörfer, C., Sophienstraße 20; F. E. Lederer, W., Kurfürstenstraße 70; Bernhard Staar, SW., Friedrichstraße 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, SW., Dessauerstraße 11 (8 bis 3 Uhr).

Von der Straßenbahn überfahren. Ein aufregender Vorfall, welcher mit dem Tode eines Menschen endete, hat sich Freitagvormittag gegen 10 Uhr in der Potsdamerstraße zugetragen und eine gewaltige Menschenansammlung verursacht. Die in der Potsdamerstraße 105 wohnende 65 Jahre alte Hausverwalterin Frau Witwe Schade passierte zur genannten Zeit die Potsdamerstraße und wollte vor dem Hause Nr. 53 den Fahrdamm überschreiten. Zu dieser Zeit kam der Straßenbahnwagen 2219 der Linie 72 (Alexanderplatz—Schöneberg) herangesaust, und Frau Sch. betrat, obwohl der Wagenführer das Warnungssignal gab, etwa 1 Meter vor der Vorderplattform des Waggons das Gleis. Der Straßenbahnfahrer gab zwar sofort Gegenstrom, und es gelang ihm auch, den Wagen auf 1½ Meter Entfernung zum Stehen zu bringen, doch konnte er nicht verhindern, daß die Wittwe von der Plattform erfaßt und zu Boden gerissen wurde. Frau Sch. erlitt eine Gehirnerschütterung, Knöchelbruch, doppelten Rippenbruch und innere Verletzungen, und wurde nach der Professor Rinneschen Privatklinik, Magdeburgerstraße 2 gebracht, wo sie zwei Stunden nach der Einlieferung verstarb.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag hatte die Wehr in der Perlebergerstraße 58 einen größeren Brand zu bekämpfen. Hier war auf nicht ermittelte Weise auf dem Boden Feuer ausgekommen, das sich mit unheimlicher Schnelligkeit verbreitete und bei Ankunft des ersten Löschzuges bereits auf den Dachstuhl übergesprungen war. Obgleich nun die Wehr sofort mehrere Schlauchleitungen in Thätigkeit setzte und den Brand von mehreren Seiten aus angriff, dauerte es doch über eine Stunde, bevor die Flammen erstickt waren. Ein Teil des Dachstuhles ist fast ganz zerstört. — Im übrigen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden verhältnismäßig wenig zu thun. In der Linienstraße 121 hatte in einem Keller altes Gerümpel und Verpackungsmaterial Feuer gefangen, dessen Ablöschung indes bald erfolgte. Gardinen und Kleidungsstücke waren Donnerstagabend 9 Uhr in der Frankfurter Allee 118 in einer Wohnung in Brand geraten. Außerdem wurde die Wehr nach der Magdeburgerstr. 28 gerufen, wo Kisten, Stroh ꝛc. in Flammen standen, die aber noch im Keime erstickt werden konnten.

Aus den Nachbarorten.

Schiller-Abend im Charlottenburger Volkshause. Bei dem einleitenden Vortrage, den der Direktor des Schiller-Theaters, Herr Dr. Löwenfeld, am Donnerstagabend im Volkshause hielt, handelte es sich nicht um das zur Zeit viel erörterte Projekt, auch der Bevölkerung Charlottenburgs die Vorteile eines Schiller-Theaters zugänglich zu machen. Im Volkshause war, Kopf an Kopf gedrängt, ein „voraussetzungsloses" Publikum erschienen, Männer und Frauen, die einzig versammelt waren, um den Lieblingsdichter des deutschen Volkes näher kennen und würdigen zu lernen. In einem lichtvollen, fein pointierten Vortrage behandelte Herr Löwenfeld unsern Schiller vor allem als Freiheitsdichter. In dieser Würdigung wies der Vortragende darauf hin, wie weit unsre Zeit noch von dem Schillerschen Freiheitsideal entfernt ist. Der heutige Zustand geistiger Unfreiheit sei durch nichts schlagender gekennzeichnet als durch die Thatsache, daß der Recitator erst zum Censor laufen müsse, wenn er Verse von Schiller vortragen wolle.

Nach dieser Einleitung, die in die Erwartung ausklang, daß das Volkshaus in Charlottenburg noch manchen Dichterabend erleben möge, folgten Recitationen und Gesangsvorträge Schillerscher Dichtungen. Fräulein Marianne Wulff, die für die unpäßlich gewordene Gertrud Arnold eingetreten war, sowie die Herren Gustav Rickelt, Waldemar Runge und Alfred Schmasow trugen bekanntere Dichtungen vor — Herr Schmasow selbstverständlich die Kapuzinerpredigt —, wogegen Fräulein Betsy Schot mit sympathischer Stimme vier von Franz Schubert komponierte Lieder — darunter „Des Mädchens Klage" und „Die Sehnsucht" — sang. Das Publikum war begeistert und lohnte die Künstler mit reichem Beifall. Ende Februar wird im Volkshause ein zweiter Dichterabend stattfinden.

Alt-Weißensee. In der hiesigen Gemeinde-Vertretung sind die Alten und die Jungen wieder einmal hart an einander geraten. Die Minorität beanstandete die Anstellungsbedingungen für den am 1. April 1903 anzustellenden Gemeindekassen-Rendanten und Gemeinde-Sekretär. Sie hält den Beschluß für Errichtung einer solchen Stelle für rechtsungültig, weil die Tagesordnung der betreffenden Sitzung nicht in beiden Weißenseer Zeitungen gestanden hat. Auch die Beschlußfassung über ein Ortsstatut, betr. die Einladung der Gemeindeglieder zu den Wahlen der Gemeinde-Verordneten, die Zusammenberufung der Gemeinde-Vertretung, sowie die Art und Weise der Publikation öffentlicher Bekanntmachungen usw. gab Veranlassung zu heftigen Auseinandersetzungen, weil darin festgelegt war, daß nur die „Weißenseer Zeitung" zu den Publikationen zugelassen. Die Majorität steht auf dem Standpunkt, den „Amtlichen Anzeiger" völlig auszuschalten auf Grund seiner gegen die Gemeinde-Vertretung gerichteten „Hetz- und Schmutzartikel", welche noch dazu von einem Gemeinde-Verordneten verfaßt seien, und von denen bereits der „Vorwärts" Notiz genommen habe! Ein Antrag, wonach gegen Bezahlung die Wählerlisten abgeschrieben werden können, wurde abgelehnt. — Ferner wurde der Versammlung ein Kanalisations-Projekt vorgelegt; die Gesamtkosten sollen sich auf 558 000 M. belaufen. Zu einem Beschluß kam man noch nicht, da dieser Anschlag noch einer reiflichen Erwägung bedarf.

Johannisthal. Das gemeinsame Standesamt für die Gemeinde Johannisthal—Nieder-Schöneweide ist jetzt getrennt; für die Gemeinde Johannisthal ist Roonstr. 14 ein besonderes Standesamt errichtet worden. Zum provisorischen Standesbeamten ist vorläufig der Glasermeister und Schöffe Mitschinger ernannt worden. — Die Klage des Bäckermeisters Ludwig gegen die Wahl des von der ersten Klasse gewählten Architekten Schmidt zur Gemeindevertretung ist von dem Kreisausschuß kostenpflichtig abgewiesen worden. Der Kreisausschuß stellte sich auf den Standpunkt des Wahlvorstandes, daß der Amts-Baumeister Posegg zur Zeit nicht wählbar war und der Architekt Schmidt trotzdem er nur 3 Stimmen erhielt, als gewählt zu betrachten sei. Damit ist auch das Gerede widerlegt, daß die beiden socialdemokratischen Wahlvorstandsmitglieder nur deshalb gegen die Gültigkeit der auf den Amts-Baumeister Posegg abgegebenen 5 Stimmen gestimmt hätten, weil dieser in dem Majestätsbeleidigungsverfahren gegen seinen Konkurrenten, den Maurermeister Pförtner in Adlershof, eine gewisse Rolle gespielt hat.

Ein Einbruch in der Gerichtskasse zu Belzig ist dortselbst mit großer Kühnheit von mehreren bisher noch nicht ermittelten Verbrechern ausgeführt worden. Das Amtsgericht ist in dem dicht beim Bahnhof belegenen alten Schloß Eisenhart, dessen dicke Mauern mit dem verfallenen Turm trutzig ins Land ragen, untergebracht. Vom Bahnhof aus haben nun die Einbrecher zur Nachtzeit eine hohe Leiter mitgeschleppt, mittels welcher sie die alte Schloßmauer erklimmten und nun auf einen Boden gelangten, der früher als Salzmagazin benutzt wurde. Hier fanden sie Wäscheleinen vor, mit welchen sie sich in die Räume des Amtsgerichts, nachdem sie die Dielen auf dem Boden aufgerissen und die Decke in einem Gerichtszimmer durchbrochen hatten, herabließen. In der Gerichtskasse, die sie nun unbehindert aufsuchen konnten, trotzte zum Glück der eiserne Geldschrank den Bemühungen der Einbrecher, ihn zu öffnen, sodaß sie nur etwa 28 M. aus einem andern Behälter mitgehen lassen konnten, als sie auf demselben Wege, auf dem sie gekommen, wieder zurückkehrten.

Vermischtes.

Ein vermißter Amerikadampfer. Der von Southampton in New York erwartete Dampfer „St. Louis" der American Linie ist seit vier Tagen überfällig. Alle in New York angekommenen Dampfer berichten, daß sie eine sehr stürmische Fahrt hatten. Obwohl die Bureaus der Londoner American Linie, so wird dem „Berliner Tageblatt" berichtet, keinerlei Befürchtung wegen der noch immer nicht eingetroffenen, aber auch von keinem Schiff gesehenen und seit drei Tagen in New York erwarteten „St. Louis" hegen, sind doch die Besorgnisse des Publikums nicht absolut ungerechtfertigt. Ich erfahre von einem Passagier der „Mineapolis" von der Atlantic Transport-Linie, welcher New York mit dieser vor drei Wochen verließ, daß die „St. Louis" schon damals nicht als seetüchtig galt und daß eigentlich „Mineapolis" anstatt der „St. Louis" die Rückfahrt unternehmen sollte, damit „St. Louis" gründlich repariert werden könnte. Wen die Verantwortung trifft, dennoch die „St. Louis" hinausgesandt zu haben, ist momentan nicht zu ermitteln. Beide Linien gehören der Morgan-Kombination.

Beim Tunnelbau verschüttet. 17 Arbeiter, die mit den Tunnelarbeiten in der Nähe von Ferrol beschäftigt waren, sind nach einem Telegramm aus Madrid, 15. Januar, durch einen Erdrutsch verschüttet worden. Es ist Hilfe abgesandt worden

Aus London, 16. Januar, wird telegraphisch gemeldet, daß das Gouvernementsgebäude in Aldershot, der Sitz des Generalkommandos des 1. Armeecorps, in der Nacht durch eine Feuersbrunst gänzlich zerstört worden ist.

Ein seltsamer Nachruf findet sich in der Totenliste eines schweizerischen Blattes für 1902. Es heißt dort: „R. N., Alt-Gemeindepräsident und Landrat in Elm. 70 Jahre alt. Beim Elmer Bergsturz leitete er mit Mut und geschickter Hand die Katastrophe."

Ein Haveldorf durch Feuer zerstört. Durch grobe Unvorsichtigkeit ist das Dorf Grütz bei Rathenow fast gänzlich bei einem Brande vernichtet. Achtzehn große Gebäude, die acht Besitzern gehören, sind total in Asche verwandelt. Das Feuer entstand in einer mit Stroh gefüllten Scheune, die in wenigen Augenblicken in hellen Flammen stand. Bei dem starken Winde sprangen diese auf die Nachbargrundstücke über und gewannen mit jeder Minute größere Ausdehnung. Weithin wurde der Horizont blutrot gefärbt, und von allen Seiten eilten benachbarte Feuerwehren herbei. Bei der großen Hitze war nur schwer an das verheerende Element heranzukommen, weshalb man sich in der Hauptsache auf den Schutz der Wohnhäuser beschränken mußte. Um das Vieh zu retten, wurde es meistens einfach ins Freie gejagt. Menschen sind ebenfalls glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist ein ganz bedeutender und der ganze Ort wäre unrettbar verloren gewesen, wenn nicht die Havel offen und genügend Wasser vorhanden gewesen wäre. Der unvorsichtige Besitzer der zuerst verbrannten Scheune ist der Verzweiflung nahe.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

A. H., Hirschberg. Die Frage ist ohne mündliche Darlegung der Verhältnisse und ohne Kenntnis des Rechtsstreits unmöglich zu beantworten. Sie thun gut, sich an einen dortigen Anwalt zu wenden. — **M. 19, Kanonierstraße.** 1 u. 2. Nein. 3. Solches Rückforderungsrecht von Geschenken giebt es nicht. — **P. Liebing.** Wenn nicht das Gegenteil vereinbart ist: nein. — **Nachtwächter S. 12.** Nein. — **A. 2. 17.** Der Brief würde eine strafbare Beleidigung enthalten. Auf Schadenersatz können Sie klagen, wenn Sie nachweisen, daß Unwahres über Sie verbreitet ist. — **M. K. 100.** Wenn Sie der Erbschaft entsagen: nein. — **T. F.** Nein. — **E. W. 222.** 1. und 2. In der Regel nein: ein zur Beseitigung der Alimentationsansprüche erteiltes Recht, das Kind der Mutter fortzunehmen, besteht seit 1900 nicht mehr. — **B. 100.** 1. Ja. 2. Nein. — **Rot-Rot.** Nicht dem Standesbeamten, sondern der Heimatgemeinde hatten Sie die Gebühren zu zahlen. Sie hätten diese nur dadurch sparen können, daß Sie vorher Preuße wurden. — **C. H.** Die Witwe erbt die Hälfte und außerdem das Voraus, das heißt die Haushaltungsgegenstände und die Hochzeitsgeschenke. Die dann verbleibende Hälfte fällt den Eltern oder Geschwistern des Verstorbenen zu.

Witterungsübersicht vom 16. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	781	Still	—	Dunst	—7	Haparanda	777	SW	2	halb bd.	—9
Hamburg	780	OSO	2	Dunst	—5	Petersburg	780	WNW	1	bedeckt	—5
Berlin	780	NO	2	wolkig	—4	Cork	758	S	9	bedeckt	5
Frankf./M.	776	NO	2	wolkenl.	—5	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	774	O	5	bedeckt	—8	Paris	772	O	1	wolkenl.	—8
Wien	778	NW	1	halb bd.	—6						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. Januar 1903.

Trocken und vielfach heiter bei mäßigen südöstlichen Winden; Nachts ziemlich strenger, am Tage leichter Frost.

Berliner Wetterbureau.

Heize

mit

357L*

Anhaltische Kohlenwerke
MONOPOL
Mariengrube

Brikets

Bekanntmachung.

Infolge überaus günstiger Waren-Abschlüsse durch Kassa-Zahlung sind wir in der Lage,

Teppiche, Gardinen, Portièren,

sowie sämtliche Sorten Decken zu **spottbilligen Preisen** zum Verkauf zu stellen.

Teppichhaus

382L

Adler & Co.

20–21 Königstrasse 20–21 beim Rathaus

nur im alten bekannten Lokal an der Jädenstrasse.

Jede Uhr

zu **reparieren** und **reinigen** kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring, 900 gest.,** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen, Pincenez, Operngläser. 2052*

T. STOLZ, Chausseestr. 78, **P. Stolz, Badstr. 57.**

Englischer Hof, Neue Rossstr. 3.

Säle zu Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen.

Große und kleine **Vereinszimmer und Kegelbahn.** [1530*

Hüte

Chapeau claque . von 7,50.
Cylinderhüte . . von 4,00.
Filzhüte . . . . von 1,50.

204L* **Pelz-Waaren** nur eignes Fabrikat.

Schirme grösstes Lager.

Otto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2. Ecke Skalitzer-Str.

Das Richtigsehen

ist für jeden Menschen von größter Bedeutung, unangenehm aber für denjenigen, dessen Augen durch angestrengtes Sehen oder unpassende Gläser geschwächt sind. Jeder Brillenbedürftige, ob weit-, kurz-, oder übersichtig, sollte deshalb beim Kauf eines Augenglases darauf achten, daß ihm dieses auch genau paßt. Das altbekannte Institut für Präcisions-Optik von

Carl Buttendorff, in Firma **Ernst Riek,**

Berlin N., Weinbergsweg 15b

(6. Laden vom Rosenthaler Thor)

bietet jedem Käufer Gewähr für **richtiges Anpassen** aller Augengläser.

Stahl-Brillen und Pince-nez	mit besten Glasern	v. Mk. 1.00– 3.50
Nickel „ „ „		„ „ 1.50– 4.00
Doublé- „ „ „		„ „ 3.50–13.00
Gold- „ „ „		„ „ 8.00–40.00

Bitte genau auf Firma und Haus-Nummer 15b achten.

---

bewährteste Nahrung für **Hufeke's Kinder-mehl** gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

Garantiert aus Rind- bezw. Schweinefleisch offeriert:

sogenannte Berliner **Mett-** bezw. **Bratwurst**	a Pfd.	60 Pf.
schnittfeste **Cervelat-** und **Salamiwurst**	„	85 „
Thüringer **Rot-** und **Zwiebel-Leberwurst**	„	60 „
geräuch. **Bauch-** und **Rückenspeck** } vom hiesigen Viehhof	„	80 „
„ **Schinkenspeck** }	„	85 „
„ **Schweinekämme** ohne Knochen	„	75 „

Butter- & Fleischwaren-Handlung Micke, 3272*

Gr. Frankfurterstr. 105, am Straussberger-Platz.

Prämiiert mit der goldenen Medaille.

Kraft-Rothwein
Für Blutarme u. Kranke ärztlich empfohlen
Fl. 1.50 u. 2 M.
Überall zu haben

Unter ständiger Kontrolle des Gerichts-Chemikers **Dr. C. Bischoff.**

Alle Gummiwaren!

Irrigatorbecher	0,45
do. Emaille v.	0,65
Irrigatoren kompl.	0,90
Gr. Unterlagen, rot, grau	0,50
Wasserdicht. **Oeltuch** f. Wöchnerinnen Meter	1,80
Inhalations-Apparate	1,25
Stechbecken v.	1,80
Damenbinden Dtzd.	0,50
Zinnspritzen mit gut. Rohr	2,70

Auf Wunsch weibl. Bedienung.

Leisegang, Reinickendorfer-straße 56b.

---

60 000 Ctr. Kohlen

verk. **Josef Fischer** billig ab sein. beid. Lagerplätz. **Brombergerstr. 19, Hauptgeschäft, Romintenerstr. 10, Zweiggeschäft.** 2483*

100 St. Sentend. Briqu. nur	50 Pf.
100 „ Riesenkohlen 7" „	60 „
Henkels Werke u. Stadtgr. Saatlenberg	
100 St. Riesenkohlen 7" nur	70 Pf.
1 Ctr. Bruchkohlen nur	65 „
1 „ engl. Anthracit nur	1,75 M.

Köpenick.

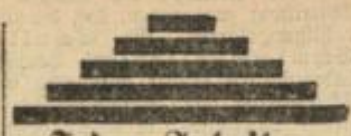
Echten alten **Kottbuser Korn** empfiehlt 2972*

Aug. Tauchert, Gastwirt, Müggelheimerstr. 4.

Dr. Schünemann,

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.** ½12–½3, ½6–½8, Sonnt. 9–11.

Frack-Verleih-Institut, Friedrichstr. 115 I u. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, West. 50 Pf.



Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Zäcken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Echtblaues Monteur-Jackett	1 M. 80
Echtblaue Monteur-Hose . .	1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . .	2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . .	2 M. 10
Manchester-Hose 8,50, 5,25, 4,25,	3 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 11,—	9,—
Weiße Friseur-Jacketts 3,50,	2 M. 75
Konditor-Jacken, dreifach, 4,25,	3 M. —
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50,	2 M. —
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—,	2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, dreifach	7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50,	2 M. 75
Zwirnhosen, fest u. schön, 3,—,	1 M. 75

Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chausseestr. 24 a. 25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 30.

Die 20. Preisliste 1902 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 2062*

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck [redacted] verboten!

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Specialarzt für [5811*

Haut- und Harnleiden.

10–2, 5–7. Sonntags 10–12 2–4.

Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen. **Aeltestes Fabrik-Versandthaus am Platze. — Gegründet 1876.**

14 Tage zur Ansicht versenden wir **franco prima** Nickeluhrkette Nr. 965 genau wie Zeichnung 27 cm lang nach Wunsch mit Quaste oder Kompaß-Anhänger, damit sich Jeder ohne Risiko von der Qualität und Ausführung überzeugen kann. Besteller verpflichtet sich, in angegebener Zeit die Kette zu retournieren oder den Betrag von **nur Mark 1,50** einzusenden.

Sollte aufgeführte Nummer Ihrem Wünsche nicht entsprechen, so verlange man neuesten **Hauptcatalog für's Jahr 1902** (ohne Kaufzwang) gratis u. franco. Derselbe enthält außer aufgeführter Nr. noch ca. 80 verschiedenartige Herrenketten, ferner große Auswahl in Damenuhr- u. Halsketten, Broschen, Ringen, Taschenuhren, Regulateure, Wecker, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuß- u. Stichwaffen, Waagen, Sensen, Reben- oder Gartenscheeren, Gärtnermesser, Brod-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- u. Wiegemesser, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafelmesser und Gabel, Damen-, Haar- und Schneiderscheeren, Haarmaschinen, Rasierutensilien, Musikinstrumente und sonstige Schmuck- und Haushaltungsartikel.

Mehr wie ein Stück nur gegen Nachnahme. Bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Catalog enthält Neuheiten in Handwerker-Uhrketten für Schuster, Zimmerleute, Maurer, Metzger, Klempner, Böttcher, Schlosser, Bäcker, Schreiner, Dachdecker, Schmiede und Bergleute.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft sofort billig zu verkaufen oder zu vermieten, Charlottenburg, Grünstraße 21. †142*

Kürschnergeschäft sofort oder später billig verkäuflich. Neu-Weißensee, Langhansstraße 71. 1592*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Beinkleider spottbillig. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63. 1525b*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Hosen, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstraße 16, August Achilles.

Winterpaletot. Anzüge, Teppiche, Betten spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 56/17*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 23A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im **Teppichlager Brünn,** Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Winterpaletots, Anzüge, Kamentolruhren, Regulatoren, Gardinen, Spiegel, Waschtoiletten, Stühle, Kostümröcke Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 55/10*

Nähmaschinen kaufen Sie nur beim Fachmann am zweckmäßigsten. Passende Geschenke von 25 Mark an. Tadellos: Ringschiff-, Bobbin-Schnellnäher, bequemste Teilzahlung wöchentlich und monatlich. Reparaturen billig, sachgemäß. Diese, Mechaniker, Nähmaschinen-Specialgeschäft, Brunnenstraße 119. 14498*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, feine Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 14682*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Eisenöfen zum Trocknen für Neubauten billig Müllenhofstraße 16/19. *

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 127/4*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1472R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Schankgeschäft wegen Verzug ins Ausland spottbillig zu verkaufen, Eisenbahnstraße 35. †21

Cigarren für Wiederverkäufer offeriert Cigarrenengros Friedenau, Cranachstraße neunundvierzig. †108

Mahagoni Kleiderspind 40,00, Vertiko 40,00, Spiegelspind mit Spiegel, sofort bei Höfer, Mantteuffelstraße 77. 1567b

Plüschsofa, hochfein, 45,00, Teppich, Kleiderspind, Wäschespind, vollständig neu, sofort, Friedrichstraße 131d, vorn IV links. 82/12

Fahrräder, verfallene, Riesenauswahl. Qualitätsmarken. Brennaborräder, Adlerräder, Wanderer-räder. Gebrauchte Fahrräder 20,00, 30,00. Achtung, Winterpreise! Fahrrad-Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11.

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, spottbillig Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †93*

Pianino 100,00, seltene Kaufgelegenheit, Turmstraße 7 parterre. †

Seifengeschäft zu verkaufen. Auskunft Spedition Marx, Kastanien-Allee 95/96. †78*

Hocheleganter Kinderwagen billig. Landsbergerstraße 22, **Goldbaum.**

Grünkramgeschäft, großer Umsatz, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen im Friseurladen Putbuserstraße 38. *

Kommode, vierkätzig, gut gearbeitet, billig verkäuflich Wilhelmshavenerstraße 33, links, Hof parterre, geradeaus links. †85

Verschiedenes.

Musikschule Skalitzerstraße 116a, monatlich 4,00. 11625

Rechtsbureau Fabisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Ratserteilung. 1501b*

Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz, bis abends neun.

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3307. *

Fahrräder kauft Israelsky, Jacobsenstraße 153. 56/16*

Goldsachen, alte Zahngebisse, Platin kauft Schneider, Brunnenstraße 137, Eingang Bernauerstraße, Schmelzerei. 1551b*

Metallbruch, Lumpen, Abfälle kauft, gut zahlend, holt ab Mißling, Oppelnerstraße 11. †21*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchlosete Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Parteigenossen! Zur gefälligen Kenntnis, daß ich die Restauration zur Taubenbörse, Knesebeck- und Walterstraße in Rixdorf, übernommen habe. Um Zuspruch bittet Rudolf Schulz. †131*

Wer Stoff hat, fertige Anzug 20 Mark. Feinste Zuthaten, zwei Anproben. Für tadellosen Sitz goldene Medaille. Ludwig Engel, Brenzlauerstraße 23, II, Alexanderplatz. Komme maßnehmen, Postkarte. 82/11

Platina. Gold, Silber, Gebisse, Blattgold, Rehrgold, alte Uhren sowie sämtliche Metalle kauft Brob, Wrangelstraße 4. 56/20

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratserteilung. Hall, Brunnenstraße vierzig. 1562b*

Bücher, alt und neu, sowie ganze Bibliotheken kauft Antiquariat Beyer, Oranienstraße 138. 1557b*

Masken verleiht billig Ferdinand Henke, Dennewitzstraße 1 (Ecke Steglitzerstraße). 1559b*

Zettelaustragen, dafür Musikstunden, Lehrmittel 3,00. Oranienstraße 118. 1574b

Vermietungen.

Zimmer.

Teilnehmer zu einfach möbliertem Hinterzimmer gesucht. Lammel, Oranienstraße 107, vorn I links.

Zimmer, zwei Herren, vermietet Burdack, Ritterstraße 110. 1551b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, II, Gläser.

Volkssänger: Gesellschaft Lewandowsky, Beusselstraße 28.

Stellenangebote.

Klavierspieler für Sonntags verlangt Hasse, Eisenbahnstraße 20. †21

Tüchtige Gürtler auf chirurgische Instrumente verlangen Louis und H. Löwenstein, Ziegelstraße 28.

Tüchtigen Kohlenarbeiter verlangt Lutherstraße 9. 1553b

Lehrling, Sohn achtbarer Eltern, gesucht. Kunstglaserei, Kottbuser Damm 101. 1555b*

Gesucht Maschinennäherin im Hause. Schröder, Pankow, Kaiser Friedrichstraße 67. 1532b*

Farbigmacherinnen auf Bilder- und Spiegelleisten verlangt Wolff, Dieffenbachstraße 33. 1558b

Mädchenjacken-Arbeiterinnen verlangt Hulle, Frankfurter-Allee 16. *

Posamentier-Handarbeiterin im und außerm Hause, Lehrmädchen verlangt David Riese, Oderwallstraße 19.

Mamsells auf bessere kurze Sacres verlangt Schulze, Görlitzerstraße 41, I.

Mamsells auf bessere Sommer-Saccos verlangt Bruch, Brunnenstraße 139, vorn II links. 1527b

Gesucht Bindermeisterinnen verlangt Silberwarenfabrik Ritterstraße 6. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Ein

Walzer,

selbständiger Arbeiter, der bereits in Flaschenkapsel-Fabriken thätig war, wird sofort bei gutem Lohn aufgenommen. 3892

Gustav H. Glaser,
Staniol- u. Flaschenkapsel-Fabrik,
Turn-Teplitz i. Böhmen.

Tüchtiger, durchaus selbständiger

Betonmeister,

welcher größere Bauten nach Zeichnung anlegt, zum sofortigen Antritt gesucht. 3812*

Schriftliche Angebote unter **N. 8** Expedition des „Vorwärts".

Zur Gratis-Verteilung von 2000 Broschüren

in Berlin wird eine oder mehrere **Personen** gegen Bezahlung gesucht. Adr. unter **W. F. 442** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8,** erbeten. 101/7

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:

Kurz u. Engbrecht, Görlitzer Ufer.
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Lieszewski, Küstrinerplatz 9.

Für Drechsler:
Fröbe, Hellmannstr. 32.

Die Ortsverwaltung.

Stuccateure!

Gesperrt ist die Firma **Bachmann,** Prenzlauer Allee 222, wegen Nichtbezahlung der bisherigen Tarifpreise, und die Firma **Schuchard,** Neuenburgerstr. 20 und Dambau, wegen Ablehnung der Abschaffung einer unwürdigen Arbeitsordnung und Nichtbewilligung eines Arbeiters zum Material zutragen. Die genannten Firmen sind bis auf weiteres zu meiden. **Die Ortsverwaltung.**

Klavierarbeiter.

Wegen Lohnreduzierung haben sämtliche Umleimer der Pianofabrik von **Kuhla, N., Wattstraße 18,** die Arbeit niedergelegt. 141/1*

Zuzug streng fernhalten.

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.